INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 2,50 DM

2 DM

Nr. 94

Endlich wieder vereint:

Die deutsche Familie

15. März 1990

INHALTSVERZEICHNIS

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.
V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag



DER
KRIMINALISIERUNGSRUNDBRIEF

berichtet alle 1 - 2 Monate
über
alle anschlagsrelevanten Themen

- Knast
- 129 a
- Prozesse
- Startbahnwiderstand
- Gentechnik/Frauenbwegung
- Anti-AKW-Kampf
- Antiimp- und autonome Scene
- VS-Aktivitäten
- ...und vieles mehr

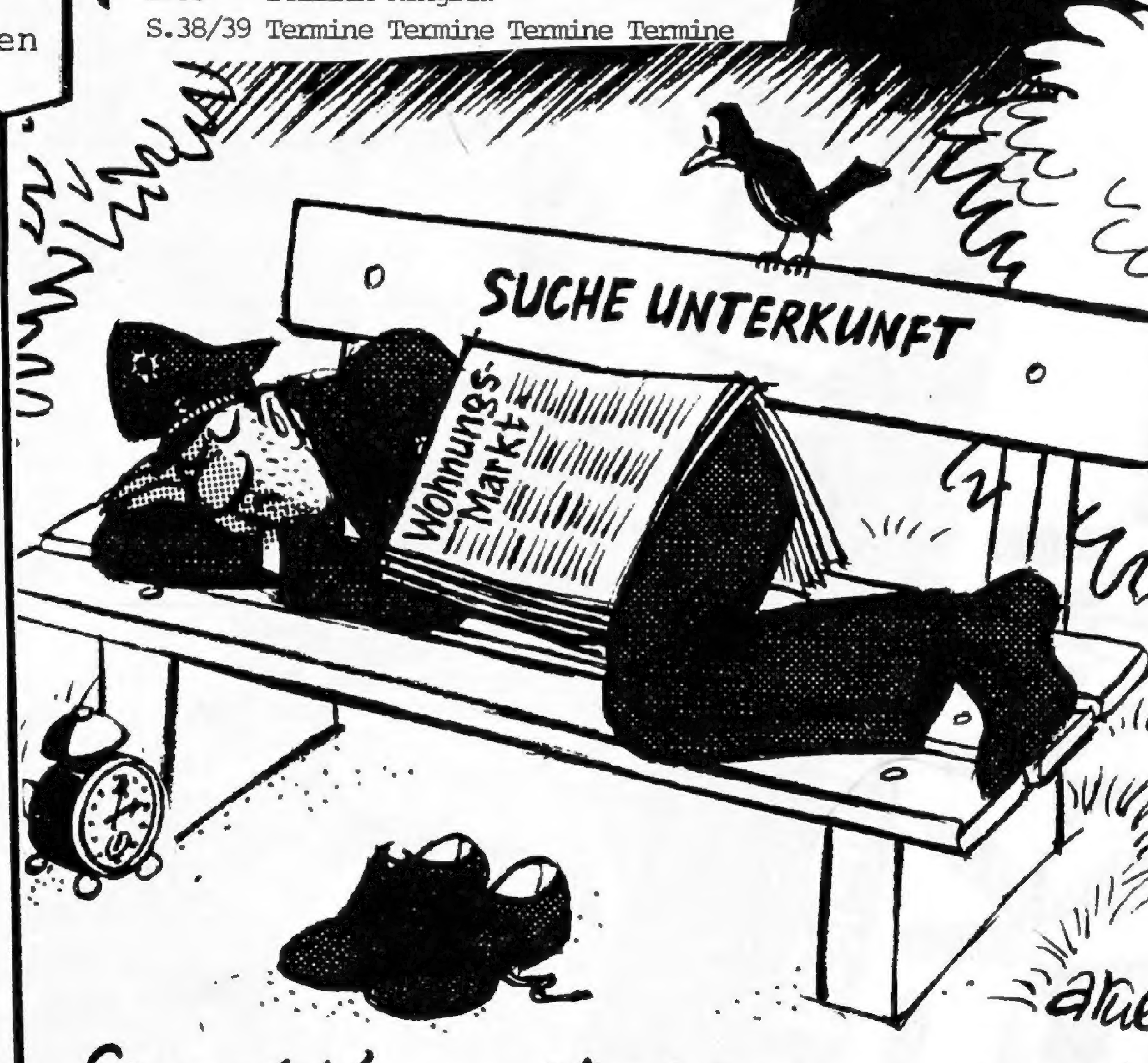
ABO: 2o Märker für 4 Ausgaben

1. Umschlag: Vrouwengroep OLW
de Wittenstraat 73
1052 AN Amsterdam
-Holland-

2. Umschlag:
KRIMINALISIERUNGSRUNDBRIEF

von führenden Verfassungs-
schützern empfohlen ......

Wir freuen uns auch über Infos



So geht's natürlich nicht!

EIGENTUMSVORBEHALT
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Wußten Sie, daß nahezu ein Drittel der Nachwuchsbeamten im mittleren Dienst unserer Schutzpolizei aus dem übrigen Bundesgebiet kommt?

Aber:

Diese jungen Polizeibeamten brauchen ihre „eigenen vier Wände", denn sie sollen sich hier schnell heimisch fühlen. Es ist aber sehr schwer, erschwingliche Wohnungen in unserer Stadt zu finden.

Wer kann helfen?

Die Abteilung Aus- und Fortbildung des Polizeipräsidenten freut sich auf Ihren Anruf:

307 50 694
307 50 688

MILITANTE PERSPEKTIVEN

Anlaß für mich diesen Text zu schreiben, ist die Verärgerung, die ich über den ungenauen Angriff der K-90- Krieger auf die `reformistische Beschäftigungstherapie' "Shell-Kampagne" empfinde. Die seit Monaten andauernde militante Debatte in der interim habe ich mit Spannung verfolgt. Endlich bekommt "unsere" Zeitung die Funktion, die sie haben muß. Die sonst nicht austragbare Debatte führbar zu machen. Ein bißchen mehr Lay-Out könnte den meisten texten nicht schaden.

REVOLUTIONÄRE POLITIK IN DER METROPOLE?

Nach der Fülle der und den absehbaren Niederlagen der staatssozialistischen Bürokratien aber auch revolutionärer Hoffnungsträger im Trikont wie den Befreiungsbewegungen Mittelamerikas und des südlichen Afrikas steht für mich neben einer gewissen Deprimiertheit über den weltweiten Siegeszug des Kapitalismus die Frage an, was ist eigentlich revolutionäre Politik, da sämtliche Versuche, Utopien umzusetzen immer wieder scheitern und in Ermangelung anderer Utopien. Oder haben wir etwa auch nur eine vage Vorstellung, wie wir die Gesellschaft nach dem Sieg über die Herrschenden aufbauen wollen, ohne da zu enden wo andere heute sind? Eine Ideologie des patriarchatsfreien, ökologischen Anarchosozialismus? Was haben wir auf die Frage, was wollt Ihr denn eigentlich? zu sagen.(Feit-se-pauer ist doch ein wenig knapp gehalten).
Mit anderem Worten, die autonome Bewegung im weitesten Sinne befindet sich heute deutlicher denn je im Zustand der ideologischen Schwäche.

Ein weiterer Punkt, an dem ich revolutionäre Politik festmache, ist die Frage nach der Strategie, wie führen wir den Umsturz der Herrschenden Verhältnisse herbei. Auf dem Weg dorthin gibt es natürlich immer wieder strategische Zwischenziele, wie z.B. das Durchsetzen selbstbestimmten Wohnens, die Zerschlagung der Westberliner Pornoindustrie auf dem Wege nach Osten, Durchsetzung des Aufenthaltes für alle Flüchtlinge und und und. In dem großen Ziel, Entmachtung der HERRschenden hier, sind wir uns wohl alle einig. Weniger einig sind wir uns über die Bestimmung der Zwischenziele, was ist jetzt strategisch am wichtigsten?
Darüber möchte ich in dieser Zeitung eine Diskussion führen, denn "Kräfte bündeln", was in vielen Texten u.A. K 90 richtig gefordert wird, ist angesichts unserer Schwäche angesagt. Die Beliebigkeit, mit der die einzelnen Gruppen der autonomen Bewegung sich Ziele setzen, "Fightthepower","Mietboykott","Zusammenlegung der politischen Gefangenen","Shell raus aus Südafrika","Nazis raus" und so weiter zeigt mir, daß wir weit davon entfernt sind, unserer militanten Politik strategische Zwischenziele auf Grundlage einer gemeinsamen Debatte zu geben.(Unabhängig von der Richtigkeit der einzelnen Forderungen). Die autonome Bewegung befindet sich im Zustand strategischer Schwäche.

Zum nächsten Punkt revolutionärer Politik, die Frage der Organisierung.
Keine real existierende oder auch nicht mehr existierende Revolution ist ohne eine organisierte Avantgarde ausgekommen. Ich bin auch der Meinung, daß das in Zukunft auch so sein wird. Wie wollen wir uns also organisieren? Unsere autonomen Stammesstrukturen stoßen an immanente Grenzen mit Folgen, die wir alle kennen: Fraktionismus, Konspirativismus, informelle Hierarchiebildung, In- und Out- Phänomene. Ihr kennt das ja alle. Wir drücken uns um die Herausforderung, eine Organisationsform zu schaffen, die die Fehler der Kaderorganisationen (Hierarchiebildung, ideologisches Sektierertum mit dem Abtun von nicht ins Konzept passenden Widersprüchen als "Nebenwidersprüchen") nicht wiederholt, zu einem besseren Grad an Organisierung führt und eine Verbreiterung ermöglicht.
Die autonome Bewegung befindet sich also auch im Zustand organisatorischer Schwäche.



t.K.

K 90 ...ODER EINE SPRÜHFÄHIGE PAROLE IST NICHT UNBEDINGT EINE GUTE PAROLE !

Wesentliche Elemente revolutionärer Politik fehlen, in dem was wir machen. Von daher möchte ich vorschlagen, den Begriff weniger inflationär zu gebrauchen, sondern bescheidener zu sagen, wir machen linksradikale Politik.
In der Lage ideologischer, strategischer und organisatorischer Schwäche eine Kampagne wie "Fight the power, K 90" zu fordern, halte ich für gefährlich. Gefährlich deshalb, weil so wie ich sie verstehe, darin die Destabilisierung der bestehenden HERRschaftsverhältnisse in Kreuzberg gefordert wird. Destabilisierung ist sicher ein wichtiges Element revolutionärer Politik. Das Alte muß zerstört werden, um revolutionären Strukturen Platz zu machen. Destabilisierung allein heißt, wie ich oben hergeleitet habe, aber nicht revolutionäre Politik zu betreiben. Destabilisierung ist nur dann sinnvoll, wenn wir die organisierte Kraft haben, neue Strukturen entstehen zu lassen. Das aber können wir mangels Masse, aufgrund fehlender strategischer Orientierung und ideologischer Schwäche zum jetzigen Zeitpunkt allerdings nicht leisten.

Bei aller Sympathie und persönlicher Genugtuung, die ich für Aktionen wie die Vertreibung der Nowakowskis, Härtigs und Trisolinis aus dem Paradies hege, ich halte sie -als gesellschaftliche Gruppe in Kreuzberg, (Einzelpersonen, z.B. explizite Denunziantenschweine würde ich da ausnehmen)- nicht für unsere wichtigsten Gegner. Sie sind wahlweise die postfordistischen Janusköpfe mit alternativem bzwh. Yuppiegesicht, (ich frage mich dabei auch, inwieweit "Autonome" nicht auch Resultat des Postfordismus sind) die ganz normale Sozialarbeit und ein bißchen persönliche Bereicherung betreiben. Das tun alle, die in dieser Gesellschaft mitmachen, aus Gründen der persönlichen Profitmaximierung. Was sie organsiert z.B. im Verein SO 36 machen, ist Sozialarbeit. Das tun auch PfarrerInnen, LehrerInnen, ÄrztInnen....Alle diese Einrichtungen, Schulen, MieterInnenberatungsstellen, Kirchen, Krankenhäuser stellen im sozialstaatlich ausgerichteten Metropolenkapitalismus objektiv "Agenturen des Schweinesystems" dar, deren vornehmliches Ziel es ist, möglichst viele Menschen in das System zu integrieren. Präventive Aufstandbekämpfung also. Dennoch steckt Ihr, liebe K-90er weder Schulen noch Kirchen noch Krankenhäuser an. Wir müßen diese Einrichtungen in ihrer Dialektik begreifen. Gesunde RevolutionärInnen sind stärker als kranke RevolutionärInnen, gebildete Jugendliche haben ein tieferes Bewußtsein über die HERRschaftsmechanismen der Gesellschaft als AnalphabetInnen und gut beratene MieterInnen haben mehr Wissen darüber, wie sie die Spekulanten in ihre Schranken weisen können als schlecht beratene. (zur Kirche fällt mir nix ein, außer daß ein Papst einer zuviel ist). Der Nutzen, den WIR aus diesen Einrichtungen ziehen, kann auch (muß nicht) gegen das System gedreht werden.



Den Hauptgegner sehe ich weniger in den Außenposten des Systems -Verein SO 36 anzugreifen ist an Punkten sicherlich legitim, genauso wie es legitim ist, Knastwärtern auf die Fresse zu hauen, revolutionär ist es aber nicht unbedingt- sondern mehr im Spekulantentum/Kapital/Imperialismus/Patriarchat.
Ich möchte deshalb einen Vorschlag machen: Kräfte bündeln an wenigen Punkten relativer politischer Stärke, dort Widersprüche vorantreiben, breiteres Bewußtsein zu schaffen mit der Perspektive Teilerfolge zu erringen.

Patriarchat: Gezieltes Angreifen von Auswüchsen -im Sinne der Spitze des Eisbergs- des gesellschaftlichen Gewaltverhältnisses Patriarchat. Pornoindustrie, Vergewaltiger, Sextourismus, Gentechnologie ...Diese Bestimmung müßte von Frauenzusammenhängen getroffen werden. Ich bin der Überzeugung, daß auch Männer solche Aktionen machen können, allerdings auch der Ansicht, daß wir Männer nix zur Überwindung des Patriarchats beitragen können außer Frauenorganisierung nicht laufend zu behindern. Die gesellschaftliche Kraft gegen das Patriarchat kann eigentlich nur eine organisierte Frauenmacht sein.

Faschismus, Nationalismus, Rassismus: Diesen Teil autonomer Politik sehe ich mehr als einen defensiven Strang an in dem Sine, daß es uns dabei in erster Linie um die Verhinderung einer weiteren Verschlimmerung der Zustände geht. Antifaschistische Selbstverteidigung organisieren, Faschistentreffen verhindern, AusländerInnenbleiberecht durchsetzen, Völkerfreundschaft fördern.

Kapitalismus: Eine Erscheinung des Kapitalismus ist das Spekulantentum. In der Phase sich verschärfenden Widersprüche auf dem West- und bald auch Ostberliner Wohnungsmarkt Hausbesetzungen wieder politisch durchsetzbar zu machen und dann auch praktisch durchzusetzen. Damit also gleichzeitig das Spekulantenwesen schwächen und uns zu stärken durch billiges selbstbestimmtes Wohnen.

Imperialismus: Der oben erwähnte Untergang der nationalen Revolutionen im Trikont muß zu einer Neubestimmung von internationaler Solidarität führen. Revolutionen im Trikont haben nur dann eine Chance, wenn das weltweite Kräfteverhältnis zwischen Befreiungskräften und Imperialismus sich ändert. Und dieses Verhältnis wird im wesentlichen durch das Kräfteverhältnis in den Metropolen bestimmt. Und das verändert sich z.B. durch Angriffe in den Metropolen selber, Rote Zora und Adler, RZ, internationalistische zellen und REWE, Viren und Lahmeyer International und Shellkampagne.

SHELL TO HELL!

Ich möchte hier nur zu einem Punkt etwas sagen, der Shell-Kampagne: Damit soll, wie eben kurz beschrieben, internationaler Solidarität eine neue, unserer Meinung nach sinnvollere Perspektive gegeben werden.
Außerdem soll versucht werden, mithilfe dieser Kampagne westeuropaweit radikale internationalistische Kräfte zu bündeln.
Wir brauchen praktische Ansätze, was wir gegen die fortschreitende Formierung des westeuropäischen Imperialismus unternehmen wollen.
Die Shell-Kampagne bietet viele Möglichkeiten praktischer
(siehe z.B. letzte Radi) und politischer Art. Politischer Art, weil mit der Kampagne die zerstörerischen Folgen der kapitalistischen Produktionsweise am Beispiel des größten EG-Konzerns aufgezeigt werden kann im Hinblick auf

- die Folgen für die Farbigen in Südafrika
- den Angriff auf Frauen durch gentechnologische Forschung (siehe u.A. das Verschwinden der Frauen ,RZ-Text)
- den Angriff auf die Reste der fordistischen ArbeiterInnenschaft in den Kohlerevieren Westeuropas, durch den Import billiger SA-Kohle
- die Vernichtung von Naturresourcen im Interesse der
Profitmaximierung

Gerade das Aufzeigen der üblen Folgen der kap. Produktionsweise am Beispiel Shell bewirkt ein hohes Maß an Vermittelbarkeit und damit die Möglichkeit zur Politisierung. Vermittelbarkeit wahrscheinlich weniger für die Kreuzberger Jugendbanden, dafür aber z.B. für SchülerInnen.
Darüberhinaus ist die Kampagne von einer demokratischen Praxis geprägt, von der Möglichkeit kein Shell mehr zu tanken bis hin zu militanten Aktionen. Darin liegt auch die Möglichkeit für Menschen, in der Politisierung auch radikalere Wege einzuschlagen.
Damit ist die Kampagne natürlich wenig "klassenbezogen" sondern mehr mittelstandsbezogen.

Gespannt bin ich auf Euren Versuch, "klassenbezogene" Politik in Kreuzberg zu betreiben. Wie Ihr das machen wollt, ohne ebenfalls Sozialarbeiter zu werden, ist mir nicht ganz klar. Jeder vielversprechende Ansatz allerdings verdient es weiterbetrieben zu werden. In diesem Sinne bin ich gespannt auf "K-90" und auf eine solidarische Auseinandersetzung darum, genauso wie ich auf die solidarische Auseinandersetzung um die Shell-Kampagne gespannt bin.

FIGHT THE POWER, -KILL A MULTI!





INTERVIEW MIT EINER AUTONOMEN ZELLE

Wir bekamen im März 90 die Möglichkeit Mitglieder einer Autonomen Zelle zu interviewen. Die GenossInnen sind seit mehreren Jahren in Norddeutschland und W.-Berlin aktiv, ein erstes Interview mit dieser Gruppe wurde im Juni 87 geführt und veröffentlicht. Im folgenden ein Auszug des Interviews.

"In euren Aktionen und Briefen drückt ihr immer wieder eure Solidarität mit den verschiedenen Befreiungsbewegungen in der 3.-Welt aus. Wo bleibt eure Kritik, z.B. an den Sandinisten in Nicaragua?"

Es ist eine Tatsache, daß das von der Somoza Diktatur befreite Nicaragua immer noch stark wirtschaftlich abhängig ist, (Weltmarktpreise f. Kaffe, Handelsboykott). Wenn die Sandinisten kritisiert werden in ihrem polit. Vorgehen (Amnestie für Contras, verhandeln mit der EG) sollten wir von den Verhältnissen dort ausgehen und nicht unsere Wunschvorstellungen von sozialer-politischer Befreiung mit der oft sehr harten Realität verwechseln. Deswegen zu meinen "Nationale Befreiungsbewegungen zu unterstützen bringe nichts, da sich einzelne Länder nicht wirklich befreien könnten" halten wir für falsch. Kritik alleine bringt uns ja nicht weiter. Kritik auch unsere Selbstkritik versuchen wir positiv zu beantworten, indem wir aus unseren und den Fehlern anderer für die Zukunft lernen. Dabei sollte nie das gemeinsame Ziel verloren gehen, vielfach wird die Kritik höher bewertet als das positiv Erreichte, siehe Nicaragua. Wir meinen, Kritik, Selbstkritik sollte immer auch ausdrücken wohin wir uns entwickeln wollen, sozial und politisch.

"Der Antiimperialismus der iranische Revolution ist also höher zu bewerten als die Kritik an der politischen Entwicklung im Iran?"

Nein, die Beurteilung der Entwicklung im Iran und in Nicaragua ist sehr unterschiedlich. Nur weil beide gegen den US-Imperialismus gekämpft haben und noch kämpfen, dürfen wir sie nicht in einen Topf werfen. Unsere Verbundenheit mit den Menschen resultiert aus den punktuellen gemeinsame Zielen. Soziale und politische Ziele/Programme sind die Kriterien an denen wir uns orientieren und nicht an der gemeinsamen Gegnerschaft zum US-Imperialismus.

"Durch eure Aktionen in den Metropolen wollt ihr den Befreiungskampf der Völker in der 3.-Welt unterstützen. Hofft ihr so hier etwas verändern zu können?"

Die Geschichte zeigt, daß durch Befreiungsbewegungen/befreite Länder den Kapitalisten Grenzen ihrer Herrschaft gesetzt werden, wenn auch nur begrenzt. Das hilft uns auch hier in unserem Kampf, ohne gleich Wunder zu erwarten. Internationale Solidaritat ist ja nur ein Teil unseres Selbstverständnisses, d.h. unseren Kampf für eine sozialistische Revolution hier müssen wir schon selbst organisieren. Dabei gibt uns der Sieg der Sandinisten 79 Kraft und Mut. Wir lernen aus der Entwicklung in den letzten 10 Jahren in Nicaragua, und das gilt auch für die jüngste Wahlniederlage der Sandinisten. Was nicht heißt, daß wir die ortigen Erfahrungen einfach hier anwenden können, wir müssen unser Vorgehen schon aus den hiesigen Situationen bestimmen.

"Wo seht ihr hier Ansatzpunkte eurem Ziel einer sozialistischen Rev. näher zu kommen, wo doch in der DDR der sogenannte realexistierende Sozialismus gerade beerdigt wird?"

Der reale Sozialismus in der DDR und unsere Vorstellungen von sozial. Revolution sind zwei verschiedene Sachen. Es hat in der DDR nach 45 keine Revolution gegeben, sondern die Rote Armee hat unter großen Opfern die deutsche Wehrmacht vernichtend geschlagen. Die DDR-Bevölkerung hat sich ebensowenig wie die BRD-Bevölkerung durch eine Revolution von unten vom Faschismus befreit. Der Versuch in der DDR nach 45 den Sozialismus zu verwirklichen ist gescheitert und die Gründe dafür sind ja bekannt. Mit unseren Ideen/Zielen von einer sozialistischen Revolution hat die Entwicklung in der DDR nur am Rande zu tun. Unter sozialistischer Rev. verstehen wir einen Entwicklungsprozeß der

Menschen für eine Gesellschaftsordnung ohne Unterdrückung u.Ausbeutung. Eine Gesellschaft in der es z.B. keine Kapitalisten/Millionäre auf der einen Seite und Wohnungslose/Bettler auf der anderen Seite gibt. Die Ziele müssen vongroßen Teilen der Bevölkerung getragen werden. Ansatzpunkte dafür gibt es genug, es gilt die Widersprüche der Herrschenden aufzuzeigen. Teile der Bevölkerung stehen schon jetzt ablehnend/kritisch dem Kapitalismus und seinem Apparat gegenüber, diese Menschen müssen wir von der Möglichkeit einer anderen Gesellschaftsform überzeugen. Denn ohne diese Fernziele vor Augen versinken diese Menschen immer mehr in Hoffnungslosigkeit,sie zerstören sich selbst,mit Alkohol und Drogen,anstatt die Ursache des Übels,den Kapitalismus zu zerstören. Dieser Prozeß zur sozialistischen Revolution wird sich schrittweise entwickeln,was unserer Meinung nach sehr lange dauern wird,dessen sind wir uns bewußt. Wir wollen in Teilbereichen,auch in unserem eigenen Leben,versuchen Teilziele zu verwirklichen und umzusetzen,ohne das Gesamte aus dem Auge zu verlieren.

"Wie seht ihr die militante Linke in der BRD?"

Die Frage stellt sich uns so nicht. Ich gestehe zu,es gibt Leute,die sich als solche,also Militante,verstehen. Für uns ist das eine starke Verkürzung dessen, was linke Politik sein müßte.

"Seid ihr etwa nicht militant?"

Wir sind militant und haben unsere Gründe dafür. Trotzdem wurde ich mich nicht als solchen bezeichnen. Vom Selbstverständnis her sind wir Kommunisten oder allgemeiner Linke,so würde ich uns verstehen.

"Ist das nicht Haarspalterei?"

Nein,absolut nicht. Militanz an sich ist ein holer Begriff,der mit Inhalten gefüllt werden muß. Warum,wofür,wogegen. Das ist genau abzuwägen. Man kann mit Militanz militärische Siege erringen,die gesellschaftlich nicht abgedeckt sind, also dem Fortgang der gesell. und politischen Entwicklung weit enteilt sind. Man erkämpft also Terain,was man gleich wieder kampflos abgibt. Sowas ist sinnlose Militanz. Im Idealfall ergibt sich Militanz aus einer gesellschaftlichen-politischen Entwicklung und hat eben dieser den Weg freizukämpfen.

"Wer entscheidet,wo Militanz gesellschaftlich gedeckt ist?"

Das muß im Moment jede Gruppe/Organisation selbst entscheiden,weil es noch keine gemeinsame Organisationsform gibt,die uns einen breiten Diskussionsrahmen bietet.

"Ich finde das etwas theoretisch."

Ich will dir recht geben,wenn du darauf anspielst,wie fern wir unseren Zielvorgaben sind.Für uns ist allerdings wichtig,daß wir uns bestimmte Fragen überhaupt erst einmal stellen und sie als Problem erkennen. Und das findet in der Tat Eingang in die Praxis und so wird für uns ein wenig weniger theoretisch.

"Konkret,wie siehst du euch und die Gesellschaft?"

Wir sind Teil der Gesellschaft. Das hat nichts mit Integration oder Vereinnahmung zu tun. Im Prinzip ist jede/r Teil dieser Gesellschaft. Für manche Menschen ist diese Vorstellung nicht zu ertragen. Sie sehen sich nicht als Teil dieser Gesellschaft und grenzen sich bewußt aus. Wohnungsmäßig,arbeitsmäßig,beziehungsmäßig,politisch... . Der Anspruch zur gesellschaftlichen Erneuerung beizutragen entfällt, dieses Ziel scheint nur außerhalb der Gesellschaft erstrbenswert. Und die anderen sind Reformisten,die sind counter,weil sie die verhaßte Gesellschaft ertragbarer machen und nicht sofort zerstören. Oder man beschäftigt sich nur mit den Kämpfen in der 3.-Welt,weil man den Bezug zu hier nicht kriegt. Wir denken,daß hier einige falsche Vorstellungen aufgegeben werden müßen. Ich will kurz einige Punkte benennen:

- Zum einen wird es den neuen Menschen unter den gegebenen Verhältnissen nicht geben,folglich kann der neue Mensch auch nicht die neue Gesellschaft neben der alten aufbauen.
- Eine militante Befreiung eines Gebietes ist nicht mit der Revolution zu verwechseln.
- Eine Revolution besteht nicht darin,daß man Träume im Kopf aufbewahrt, sondern muß täglich und in allen Lebensbereichen umsetzbar sein und konkret werden.Das erfordert konkrete Antworten,jetzt.
- Nicht die reine Lehre bewahren,sondern die intensive Auseinandersetzung über schon bestehende staatssozialistische Ansätze ist zu führen. Nicht die Abqualifizierung als Sozialimperialismus etc. bringt uns da weiter, sondern nur die genaue Untersuchung,warum dieses oder jenes Modell gescheitert ist oder ob es vielleicht zur Zeit das optimal Erreichbare darstellt.
- Wir müßen akzeptieren lernen,daß gesellschaftliche Entwicklungen sehr langsam vor sich gehen,nicht zu verwechseln mit Veränderungen im Macht-Herrschaftsapparat. Das erfordert ein großes Maß an Geduld und Beharlichkeit. Militante Aktionen versprechen hier scheinbar schnelle Siege. Wir müßen folglich prüfen, ob Militanz sinnvoll ist oder inwieweit sie aus revolutionärer Ungeduld besteht.
- Schließlich sollten wir als Grundlage unserer Politik davon ausgehen, daß die Bundesregierung frei gewählt ist. Das klingt vielleicht blöd, ist aber nicht selbstverständlich. So ist in vielen Szeneblättern immer wieder von verführter Bevölkerung, die getäuscht wird, vom Einfluß der Medien, wirtschaftlicher Erpressung etc. die Rede. Selbst wenn wir das als wahr unterstellen so rechtfertigt das nicht den Schluß, daß die Bevölkerung im Moment auf die Befreiung durch uns Linke wartet. Solche Thesen können vielleicht unter Hebung der linken Kampfmoral verbucht werden,für einen Politikansatz taugen sie garnicht.

Ich will diesen Komplex an einem Beispiel erklären:
1945 war ein Teil Deutschlands von der Roten Armee befreit worden. Es wurden die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft außer Kraft gesetzt. Doch weder ergriff die nun befreite Bevölkerung die Initiative,noch konnten wir einen neuen Menschentypus beobachten,der den Sozialismus aufbauen wollte. Im Gegenteil,die Arbeitsproduktivität der Menschen halbierte sich und da der Sozialismus keine Hexerei ist,sondern von dem lebt was die Menschen schaffen,wuchs,immer die BRD vor Augen,allmählich die Unzufriedenheit. Bleibt einzig,daß nach 45 Jahren in einem vom Kapitalismus befreiten Land der Anteil der KommunistInnen in der DDR bei 10% und bei uns bei 1% liegt.
Für uns stellt sich nun die Frage,ist das ein Erfolg,war mehr drin,was wurde drüben falsch gemacht?
Kann Sozialismus als Insel im kapitalistischen Meer bestehen?
Wie muß Marxismus-Leninismus unter Berücksichtigung der heutigen Verhältnisse verstanden werden?

"Ist eure Politik gesellschaftlich gedeckt?"

Wenn man die Bevölkerung abstimmen ließe,mit Sicherheit nicht. Ich will euch an einem anderen Beispiel verdeutlichen worum es uns geht. Die 35-Stundenwoche. Die ersten Forderungen in dieser Richtung wurden vor mehr als 10 Jahren von Linken ala KBW,DKP usw. erhoben und von der großen Mehrheit belächelt. Sie wurde dann in die Gewerkschaften hineingetragen und ist erst heute eine breit getragene Forderung. Trotzdem hätten wir eine Demo und Aktionen in den 70ern zur 35-St.-Woche gut gefunden. Es geht also auch um Einschätzungen von Entwicklungen,ebenso ums initieren oder provozieren von bestimmten Inhalten. Politik darf man nicht so starr verstehen,daß verläuft nicht gradlinig,siehe den letzten HS.

"Wo du das gerade ansprichst,welche Bedeutung hatte für euch der letzte Hungerstreik?"

Wir haben die Sache diskutiert,also ob wir uns konkret dazu verhalten. Wir haben es dann nicht gemacht,weil wir zu der Zeit schon andere Pro-

jekte angefangen hatten. Da war uns unsere eigene Entwicklung wichtiger. Eine andere Sache ist,daß der Hauptpunkt für uns die Organisierung des revolutionären Umbruchs ist. Da ist Kriminalisierung nur ein Teil und wird vom Staat oft dazu benutzt,uns in Rückzugsgefechte zu verstricken. D.h.,daß die vom Staat durch Kriminalisierung erzwungene Beschäftigung mit juristischen Fragen uns derart bindet,daß darunter die ursprünglich betriebene Politik leidet,bzw. nicht mehr sichtbar wird. Für uns ist deshalb die beste Unterstützung des Hungerstreiks, wenn wir uns weiter entwickeln und den Angriff,den die anderen,die jetzt im Knast sitzen, geführt haben,weitertragen. Im politischen Bereich haben wir den Hungerstreik soweit es uns möglich war,als Einzelpersonen unterstützt.

"Wie seht ihr die RAF ?"

Die RAF ist eine Gruppe,die in der BRD ein Stück Geschichte geschrieben hat und das bis heute tut. Sie wird nicht deshalb vom Staat verfolgt, weil sie die falschen Mittel anwendet,sondern weil sie gegen die herrschenden kapitalistischen Verhältnisse ist. Durch ihre militärischen Fähigkeiten stellt sie eine scharfe Waffe gegen das Kapital dar. Nicht zuletzt ihre politische Fähigkeit,Ziele auszusuchen und zu erklären, hat ihr diesen Stellenwert gegeben. So stellt z.B. die Himmelstour von Herrhausen,für die breite Masse der Bevölkerung,keine Überraschung dar, sondern wird als selbverständliche Gefährdung solcher Personen gehandelt. Und auch bei Rebmann erstaunt eher dessen fortwährendes Überleben als es dessen Ableben tun könnte. Da kann schon von einer echten Akzeptanz gesprochen werden. Die Kehrseite dieser Politik ist,daß sie für viele Menschen eher unterhaltsamen Charakter hat und die Mobilisierung der Bevölkerung wenig voran bringt. In Zeiten wo die Masse der Bevölkerung ihre Erwartungen auf bürgerliche Politik ausrichtet,sind andere Ansätze gefragt. Genauso,wie wir überzeugt sind,daß die RAF in ihrem jetzigen Umfang ihre Berechtigung hat,sind wir der Meinung,daß <u>das</u> nicht der organisatorische Ansatzpunkt zur Politisierung der Massen sein kann.

"Wie seht ihr eure Entwicklung in der letzten Zeit?"

Wesentlich für uns war zuletzt die Frage der politischen Organisierung. Die Erfahrung zeigt,daß die militärischen Gruppen für sich nicht in der Lage sind die revolutionäre Organisierung zu leisten, und sich die Bevölkerung weder diesen anschließt,noch sich auf deren Grundlage selbst organisiert. D.h. wir müßen politische Organisationen schaffen, die tatsächlich ansprechbar sind und vielen Menschen ermöglichen ihre Gegnerschaft zum System zu dokumentieren. Für uns heißt daß,momentan arbeiten wir als Einzelpersonen in den unterschiedlichen politischen Initiativen und Organisationen mit. Hauptziel dabei ist,frei nach Willy Brandt "daß das was zusammen gehört,auch zusammen wächst". Das ist harte Kleinarbeit,absolut unspektakulär und die Schwierigkeit liegt darin,sich nicht von der ungeheuren Distanz,die zwischen unseren Arbeitansätzen,also den politischen und militärischen,liegen,entmutigen zu lassen.

"Zum Abschluß,wie gehts bei euch weiter,was wird sich ändern?"

Wir hatten in den letzten Jahren die Tendenz,die millitärische Arbeit zugunsten der politischen Propaganda und Organisierung abzubauen. Wir haben jetzt einen Punkt erreicht,wo unsere Arbeitsaufteilung in etwa unseren Diskussionen und Bedürfnissen entspricht. Was unsere Themenauswahl im militärischen Bereich angeht,sind wir bemüht,die innenpolit. Anteile unserer Angriffsziele weiter zu erhöhen. D.h. wir wollen die Widersprüche hier in der BRD bzw. dem sich anbahnenden Großdeutschen Reich noch besser für uns nutzen.

"Danke für das Gespräch"

DEN WIDERSTAND ORGANISIEREN
MUT UND KRAFT DEN GEFANGENEN

ZUR INTERNATIONALISTISCHEN FRAUENDEMO AM 8.MÄRZ IN BERLIN

Es war prima, daß so viele Frauen und Lesben auf die Straße gegangen sind, um ihre Existenz und für ihre Ideale zu demonstrieren. Farbenprächtige Transparente mit guten Parolen und Fluggis mit Parolen! Es war wunderbar, zu sehen, wie von magischer Hand gesprüht Parolen an den Häuserwänden auftauchten; und die Farbbeutel die ins Ziel trafen waren eine Augenweide; die Böller ein Hörschmaus (abgesehen von den zum Glück wenigen 'Blindgängern' die das anvisierte Ziel verfehlten) Übung tut Not - und Ziele gibt es viele "Jeder Pornoladen verdient Rauchschwaden" zumindest aber 'nen paar Farbeier; auch an anderen Tagen als dem 8.3. - jeder Tag ist Frauenkampftag und der schönste soll der internationale Kampftag sein.

Und was an diesem Tag passierte, sollte uns veranlassen unsere eigene Taktik und Strategie zu überdenken und zu diskutieren.
Nach Einbruch der Dunkelheit (es hätte genauso gut taghell sein können) haben die BullInnen gezielt massive Provokationen gegen die Demo gemacht. Der erste brutale und niederträchtige Übergriff war in der Kurve zur Lietzenburger str. als die BullInnenprovokateurInnen den Weg für die Greiftrupps und SchlägERtruppen freimachten. Diese stürmten die Demo, wild dabei um sich schlagend, ergriffen Frauen und schleiften sie weg, andere waren zu Boden geworfen worden und wurden malträtiert und mit dem schwingenden Knüppel niedergehalten, auch diese Frauen wurden unter massiver Gewaltanwendung in die Wannen gebracht. Die zweigeteilte Demo blieb vor Ort stehen als die BullInnen vom Ort ihrer Schandtaten sich um einige Meter zurückzogen, konnte die Demo die Lücke wieder schließen. Die aus der Demo entführten und in die Wannen gebrachten Frauen wurden nicht wieder freigelassen sondern abtransportiert. Nachdem es aussichtslos erschien mit dem von Bullen! (ich habe ab diesem Zeitpunkt keine "Bullette" mehr gesehen) verschleppten Frauen am Ort ihrer Gefangennahme wieder zusammenzukommen wurde die Demo fortgesetzt. Bis zur Abschlußkundgebung am Breitscheidpl. konnten noch zwei weitere "Einsätze" (Stock- Faust- Fuß- Gesamtkörpereinsätze) hautnah miterlebt werden; wobei einmal sogar der Lautsprecherwagen angegriffen wurde , eine lang nicht dagewesene Form von Übergriff.
Ich habe lähmende Verzweifelung gespürt und eine maßlose Wut, ob der 'Unfähigkeit' (meine und unsere) mit diesen Situationen umzugehen, um das Verletzen, Abgreifen und Abtransportieren zu verhindern.
Jetzt im Nachhinein, durch die mal wieder gemachten Erfahrungen (die mir brutaler erscheinen als in der Vergangenheit) erscheint es mir notwendig daß wir einige Überlegungen anstellen, wie wir uns besser schützen können und wie wir mit diesen immer wiederkehrenden Situationen gemeinsam umgehen.
Meine (möglicherweise falschen) Einschätzungen und was mir dazu durch den Kopf gegangen ist, sind hiermit zur kritischen-konstruktiven Diskussion freigegeben:
Demoformation: (Kern- und Mantelfraktion) So wie ich es bisher beobachtet (und praktiziert) habe, bilden die Frauen einer Gruppe meist eine ganze Kette, dadurchhaben aber jeweils die äußersten Frauen so gut wie keinen Kontakt zueinander und gemeinsames rasches Handeln erfordert ein Unmaß an Koordination. Meines Erachtens wäre es günstiger, wenn die Frauen einer Gruppe sich auf mehrere Ketten verteilten, dadurch wären sie insgesamt enger beieinander und könnten sich schneller austauschen und sind daher flexibler.
Wenn die BullInnen in die Demo gehen, gehen sie ja nicht nur zwischen die Ketten, sondern speziell in die Kette , um einzelne rauszugreifen. Es scheint mir daher egal, wie die Gruppe geht (eine oder mehrere Ketten); ob ich meine linke oder rechte Nachbarin , meine Vorder- oder Hinterfrau verliehre, ob sie aus " meiner" oder " deiner" Bezugsgruppe ist, ist fast egal- gemeint ist jede von uns egal aus welcher Gruppe(nur manche/frauche) noch ein bißchen mehr). Da ich es noch nie erlebt habe, daß BullInnen durch ein Seitentranspi sondern immer durch die Lücken zwischen den Transpis in die Demo gelangt sind, sollten wir versuchen solche Lücken zu vermeiden. Z.B. durch ein dickes langes Seil, am besten einmal um die ganze Demo rum. Ob wir uns dabei mehr behindern als die BullInnen?- unsere flinken "magischen Hände" (s.o.) kämen sicherlich hindurch und wären dann hoffentlich umso besser geschützt.
Zu einer Prügel-Abgreifaktion wie in der Kurve geschehen, fällt mir ein,

daß ich es gut fände, wenn die äußersten der Ketten zu der Angriffsstelle (also in den "Bereichppolizeilicher Maßnahmen") hinliefen, um dort die Zahl der sich verteidigenden Frauen zu vergrößern und sie zu unterstützen, zumindest aber die nötigen Beobachtungen (der Verteidigung) machen um als Zeugin aussagen zu können in den Verfahren die den abgegriffenen Frauen angehängt werden. (Oder wenn eine Frau selbst Anzeige erheben sollte gegen prügelnden Bullen.)
Das wäre die Mantel- oder Mobilfraktion. Die anderen (Kernfraktion), die nich in den "Bereich polizeilicher Maßnahmen" wollen halten die Ketten währenddessen aufrecht (z.B. aus 2 Ketten eine machen) und sollten ebenfalls Augen und Ohren offenhalten eventuell sogar die abgegriffenen Frauen 'begleiten' um deren Namen rauszukriegen (geht sonst meist im Geschrei unter) s.u.1 und um zu beobachten, was in der und um die Wanne rum passiert, um möglichst viele Informationen zu sammeln, (Autokennzeichen, Bulleneinheitsnummer und besondere Markierungen/Kennzeichen) aber immer unter Berücksichtigung der eigenen " Sicherheit" also nie allein. Die Abfahrt von Wannen zu verhindern wäre natürlich die Glanzleistung.
Etwas habe ich in dem Trubel völlig vergessen((es tut mir leid und ich bin sauer auf mich selbst deswegen) aber ich war ziehmlich benommen von den Ereignissen und wir hatten Teile unserer Gruppe verlohren (nicht an die BullInnen, aber trotzdem ärgerlich)), und zwar folgendes: Sich nach der Kundgebung um die eingefahrenen Frauen zu kümmern, sind sie in eine "Gefangenensammelstelle/Knast" gebracht worden oder haben die BullInnen die Frauen möglicherweise irgendwo in der Pampa rausgesetzt? welche sind noch fit genug um die Infos zusammenzutragen und die Frauen , wenn sie wieder rausgelassen werden am Tor zu erwarten und in die Arme zu nehmen? s.u.2
Etwas konfus das ganze Geschreibe zugegeben, aber vielleicht hilft es auch beim diskutieren. Eine letzte Überlegung möchte ich noch anstellen, wäre es nicht sinnvoll jetzt nachträglich selbst Öffentlichkeit herzustellen, und die Anwohnerinnen (der Demoroute oder unserer eigenen Straßenzüge) über das was wir gesehen haben und gehört haben zu informieren, indem wir eine Stellungnahme oder viele schreiben und diese unters Volk bringen.

Außerdem überlege ich ob es sinnvoll wäre ein UnterstützERspektrum zur "Demobeobachtung und Öffentlichkeit herstellen" mitzumobilisieren. Einige von uns Frauen sind ja nach wie vor bereit mit Männern zu kooperieren, nicht aber zu kollaborieren. (Wir Frauen und Lesben können uns selbst Verteidigen, dafür brauchen wir keine Männer aber als Zeugen könnten wir sie gebrauchen.)
Das war es erstmal! Freudige Diskussionen!
Antipatriarchale Grüße eine Frau

zu 1 Hilfreich können auch Zettel mit vollständigem Namen sein, die von den umstehenden aufgesammelt werden könnten.
zu 2 Mein Vorschlag wäre eine Demonachbereitung am selben Tag/abend, um solche Fragen anzugehen.
P.S. Lob an die Demoleitung, die in den heißen Phasen souverän blieb und sich nicht aus der Ruhe bringen ließ.

SPORT VOLXSPORT VOLXSPORT VOLXSPORT VOLXS

SCHWEINESCHWÄNZE & KRÄHENFÜßE

11

Heraus zum 8. März; uns ist auch jedes andere DAtum recht!

Einige verpackte fettige Schweineschwänze per Post für die Herren Redakteure und zierliche Krähenfüße per Hand vor die Autoreifen des Radios Hundert,6 (Schamoni=) ist unser nachgereichter (10.März) Beitrag zum internationaler Frauentag.

ZU " MYTHEN KNACKEN" INTERIM 92

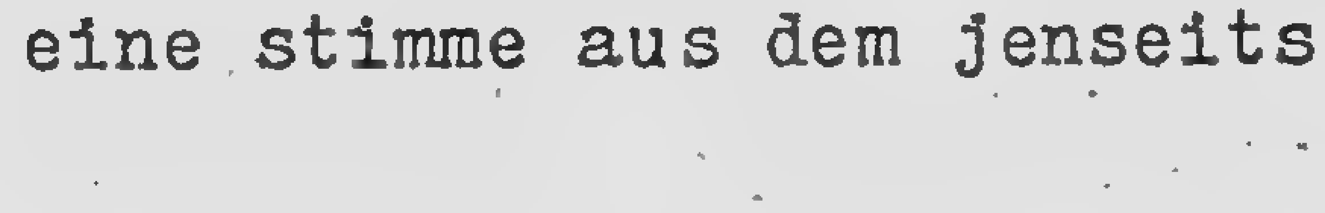
was mir beim ersten lesen des textes aufgefallen war, war daß da ne aktion durchgeführt wird, für die es"offiziell" kaum ne vorbereitung zu geben scheint. kann sich leserIn dann denken, wie das gelaufen ist, ob da überhaupt viel zu bedenken wäre. mein gefühl war da erst mal, da gehste kurz vorbei und machst das ding klar, wird schon nicht schiefgehen, oder noch oberflächlicher: da gibt es kaum ne bedrohung für uns und wir haben auch nicht die verantwortung einer genauen vorbereitung den anderen gruppen gegenüber. schlechte vorbereitung heißt für mich aber erst mal fehler, ungenauigkeit beim ablauf der aktion und daraus folgt mit viel höherer wahrscheinlichkeit, daß wir bei der aktion auffliegen, einfahren, und, weil wir heut nacht nicht die einzigen waren, daß wir auch für die anderen ne größere gefährdung darstellen. in dem zusammenhang mit keinem wort was dazu zu sagen, was für vorraussetzungen so ne gruppe mitbringen sollte, find ich echt ne verarschung und unverantwortlich. da gibt es doch so sachen wie gemeinsame erfahrung oder gerade mal so zusammengewürfelt sein, aussageverweigerung, oderwie gehts für uns weiter, falls wir bei der aktion einfahren. oder die rein technische vorbereitung. haben die leute eigentlich vorher nachgeschaut, unter welcher klappe der einfüllstutzen ist? haben die nen bolzi dabeigehabt, für den fall, daß der stutzen mit nem vorhängeschloß verschlossen ist? klar, fehler können immer passieren, aber vorher nicht ausprobiert zu haben, ob das mit dem trichter auch gut funktioniert ist doch wohl echt ein witz, oder? oder setzt ihr diese diskussionen und punkte einfach voraus, weil sich die gruppe durch ihre zugehörigkeit zur struktur ja schon auf nem höheren politbewußtseinslevel befindet? aber der text richtet sich doch nicht an leute die das eh schon klar haben, oder?
irgendwie ist knast in der revolutionären linken soweit ich das mitkrieg das thema, das mit vorliebe totgeschwiegen wird. uns dazu zu verhalten, wenn mal wieder ein kampf im knast an die öffentlichkeit dringt, kriegen wir ja so mehr schlecht als recht auf die reihe. aber selber sind wir (zum glück) ja noch nicht drin und so ist es ein schwieriges, unangenehmes thema, sich mit dieser nicht so unwahrscheinlichen konsequenz militanter politik auseinanderzusetzen. aber das auf die zeit zu verschieben, wenn du erst mal isoliert von deinen genossInnen in der u-haft sitzt, ist doch der falsche weg, weil alleine diskutiert es sich nicht so toll. klar ist das ne total abstrakte sache, weil ich mir von nen leben drin erst mal nur ein theoretisches bild machen kann. aber auch auf der ebene ist ne auseinandersetzng wichtig, damit ich nicht völlig unvermittelt von so ner repressionsmaschine überrollt werde, sondern schon eher versucht habe, mir bedingungen zu schaffen, die es leichter machen, im knast als politisch denkender mensch zu überleben. stopp
worum geht es bei dem text eigentlich? was ist das für ein mythos, der geknackt werden soll?
zeigen, daß hinter der aktion menschen mit fehlern stecken und keine "politmonstren", wie so manche erklärung vermuten läßt?
daß hinter der hassi ein gesicht, eine identität steckt, die wir oft verstecken müssen, ohne es zu wollen?
daß widerstand machbar ist?
mythen entstehen oft dadurch, daß sich nur wenige an der mystifizierten sache beteiligen, fast alle leute aber idole brauchen, und für viele der praktisch "unbeteiligten" sind das dann die angeblich

unerreichbaren heldInnen der militanten gruppen. aber beim aufknacken den mythos (was immer das hier sein soll) dur ch die unbeschreibliche leichtigkeit einer militanten aktion zu ersetzen finde ich falsch bis gefährlich. der text sollte doch bestimmt auch andere agitieren, sich an der kampagne zu beteiligen oder vielleicht bei anderen themen praktisch zu werden.
klaro – widerstand ist machbar!
auch hinter der sogenannten "anti-imp-erklärung" stecken lebendige menschen mit fehlern. ich habe das papier gelesen und jetzt weiß ich es. aber ängste hab ich bei denen keine entdecken können. die hab eher ich gekriegt, bei der unverbindlichkeit und ungenauigkeit, die zwischen den zeilen steckt. oder hattet ihr vielleicht selber angst, die leserInnen durch die probleme der aktivistInnen eher zu verschrecken als zu agitieren???
mir geht es bei dieserkritik aber nicht darum, die schon fast unmögliche durchdringbarkeit des linksradikalen papierdschungels durch ein weiteres diskussionspapier zu erschweren (werde auch nicht den inhalt von 1001s broschüren zusammenfassen und als meine veröffentlichen) aber so wie ihr da rangegangen seid, find ich das auch falsch (obwohl ich die idee an sich echt gut finde!)



die einzelnen punkte hätten aber bestimmt in euren text einfliessen können, ohne daß seine bedeutung als lebendiger gegenpol zur trockenen "anti-imp-erklärung" gelitten hätte.

und jetzt nochmal, weils so schön trocken und wahr ist:
solidarität mit den völkern der dritten welt heißt hier in europa für eine wirkliche soziale veränderung zu kämpfen, heißt zu kämpfen für ein leben, eine gesellschaft ohne patriarchat, ausbeutung und unterdrückung, revolutionäre perspektive heißt, einen gemeinsamen kampf zu organisieren, jenseits nationalstaatlicher grenzen. dabei ist jeder angriff auf shell, egal, ob mehrere gleichzeitig, koordiniert oder nicht, teil des kampfes.
was wir brauchen, sind strukturen der internationalen kommunikation und diskussion, um gemeinsam handlungsfähig zu werden.
gegen das europa der herrschenden – entwickeln wir das europa des widerstandes. und zwar mit genauigkeit untereinanderund bei der vermittlung von theorie und praxis!


eine stimme aus dem jenseits



"HEUTE HAT DAS BÜNDNIS NUR NOCH EINEN INFORMELLEN CHARAKTER, UND WER MEHR ERWARTET, IST SELBER SCHULD"

Zitat aus dem Beitrag der Antifa Jugendfront Interim Nr.92 S.29

Danke für dieses Eingeständnis, wir bitten auch vielmals um Entschuldigung, daß wir das Bündnis an seinem Namen gemessen haben. Eine öffentliche Richtigstellung wäre allerdings dann schon längst fällig gewesen. Etwa in der Form: Wir sind nicht mehr das Bündnis gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus, sondern ein "Bündnis mit informellen Charakter".

Im Grunde genommen sollte man euren Beitrag unkommentiert verbreiten, denn wir können auch nicht viel deutlicher machen, wo ihr eigentlich steht, wie ihr selbst. Wir sehen uns trotzdem gezwungen einige Anmerkungen zu machen, da manches nur klar ist, wenn man sich schon mit der Materie befaßt hat,bzw. an dem Bündnistreffen am 13.02.90 teilgenommen hat.

Ihr behauptet DGB, Jusos, AL und Falken wären faktisch aus dem Bündnis rausgegangen, die SPD wäre nie im Bündnis gewesen.
Wenn wir uns nicht sehr getäuscht haben, waren mindestens zwei Vertreter der AL Tiergarten anwesend, darunter auch die Frau, die das Bündnistreffen leitete. Sie fiel durch ihre besondere Dreistigkeit auf,mit der sie auf die berechtigte Empörung verschiedener Genossen reagierte. Wieso Jusos und Falken nicht SPD sein sollen, wie ihr behauptet, ist uns nicht klar.
Ihr behauptet, daß die Information über das REP-Treffen erst am 7.2.90 bei euch einging, auf dem Treffen wurde aber schon zugegeben, daß die Information seit dem 5.2.90 vorlag. Davon abgesehen war spätestens seit dem 22.11.89 klar, daß demnächst ein Parteitag stattfinden wird. Für den 22.11. war nämlich ein Parteitag öffentlich angekündigt, der dann wegen innerparteilicher Querelen nicht stattfand. Es wäre also möglich gewesen, gewisse technische und organisatorische Vorbereitungen zu treffen, da ja klar war, daß der Parteitag demnächst stattfinden muß. Wäre das Bündnis seiner Verantwortung in dieser Form gerecht geworden, hätte auch in der relativ kurzen Zeit angemessen reagiert werden können. Daß man verantwortlich mit Aufrufen zu Demonstrationen und Kundgebungen umgehen muß, versteht sich von selbst. Und wenn sich euer "Bündnis mit informellen Charakter" in dieser Weise geäußert hätte, das heißt plausibel erklärt hätte, daß die eventuellen Opfer nicht zu vertreten sind, wären wir die letzten, die euch angreifen würden.

VON EUCH KAM ABER ÜBERHAUPT NICHTS

Der indirekte Vorwurf eurerseits, daß wir einfach zu blöde sind zu begreifen, daß ihr nur ein "Bündnis mit informellem Charakter" seid, wirkt etwas merkwürdig, wenn man sich ansieht, welche Mühe ihr euch gebt, zu erklären, warum ihr nicht zum Parteitag mobilisiert habt. Wenn das so klar ist, daß ihr nur ein"Bündnis mit informellen Charakter" seid, dann braucht ihr euch doch nicht zu entschuldigen.

Während ihr eure "Quietsch-Disco" organisiert habt, hat eure Einschätzung, daß die Nazi-Ideologie in weiten Kreisen der Bevölkerung verankert ist, in Hamburg eins auf die Schnauze bekommen. Beschützt von mehreren Tausend Hamburger Bullen, sowie drei Hundertschaften Bundesgrenzschutz, ausgerüstet mit mehreren Wasserwerfern, haben 30 Nazis eine Demonstration veranstaltet(Zahlenangaben vom NDR-Hamburger Stadtmagazin gegen 17.15 Uhr 3.3.90) Ihren ursprünglich vorgesehenen Abmarschpunkt, dem Karl-Muck-Platz, hätten die Nazis sowieso nicht nutzen können, denn dort standen schon einige Tausend Antifaschisten. An der Demonstration der Antifaschisten beteiligten sich laut Veranstalter 8000 Menschen. Es kam wie es kommen mußte, wir haben nicht einen Nazi ohne Polizeiuniform gesehen, dafür kam es mit der SPD-Polizei zu massiven Auseinandersetzungen.

Am Gänsemarkt, wo die SPD-Polizei in raffinierter Weise (eben sozialdemokratisch) Lautsprecherwagen eingesetzt hatte, um gegen die Antifaschisten zu hetzen und der Bevölkerung Lügen aufzutischen, hatten die Bullen einen schweren Stand. Sie mußten sich gegen massive Wortangriffe aus der sogenannten Normalbevölkerung, wegen ihres Vorgehens gegen die Demonstration verteidigen.

Was kann man aus diesen Ereignissen in Hamburg und auch anderswo lernen:Um sich ein Bild über die angebliche Verankerung der Nazi-Ideologie in der Bevölkerung zu verschaffen, sollte man nicht nur mit Vertretern von SPD und AL verkehren, das könnte ein schiefes Bild geben.
Wie wir erstaunlicher Weise selbst in der Taz lesen konnten, hat doch die "Rot"/Grüne Polizei in bekannter Manier am Samstag, am Stand Südafrikas auf der ITB für Ruhe und Ordnung in ihrer Polizeiknüppeldemokratie gesorgt. (TAZ 5.3.90,Seite 1 und 21)
Darum merke: An ihren Taten sollst du sie erkennen, nicht jeder Faschist bezeichnet sich auch offen als solcher.

Im Namen des Bündnis wird die Bevölkerung als Nazis beschimpft, zu den Vorwürfen unsererseits, daß "Rot"/Grün schon heute Teile faschistischer Politik verwirklicht, sagt ihr nichts. Dieses Verhalten kann man doch nur so deuten, daß hier der verlängerte Arm dieses Dreckstaates am wirken ist.
Wir appelieren deshalb nochmals an die ehrlichen Kräfte im Bündnis sich nicht länger als Feigenblatt für üble Machenschaften mißbrauchen zu lassen.

FÜR EINE KONSEQUENTE UNTERDRÜCKUNG VON FASCHISTEN

Berlin (West), den 8.3.1990

P.S. Diese SPD-AL Regierung ist wirklich stark bemüht, unsere Worte zu bestätigen. Inzwischen wurde bekannt, daß auch die Frauendemonstration am 8.3.90 ihren Blutzoll an diesen SPD-AL Senat zahlen mußte, es gab brutale Übergriffe der Polizei und 23 Festnahmen.(TAZ 10.3.90,S.29)

Berlin(West),den 10.3.90

Flugblatt von der Leipziger Demo gegen rechts

EINIGKEIT UND RECHT UND FREIHEIT – DOCH FÜR WEN ?

Einigkeit für die Staatsbank der DDR und für die Deutsche Bank?

Recht für Rechts? (REP, DVU, NPD)

Freiheit für die grenzenlose Kapitalverwertung?

Es geht nicht um Deutschland, es geht um Geld.

Es geht nicht um Heimat, es geht um einen alles beherrschenden deutschen Markt.

Schon heute gehen gut betuchte Männer durch unsere Stadt und sichern sich Baugrund und Häuser. Die Wohnungen werden wir für das zig-fache der jetzigen Mieten zurückkaufen müssen, denn die Parteien, denen wir mit unserer Stimme unsere Macht und unsere Verantwortung übergeben, werden nichts gegen die Finanzhaie und Spekulanten ausrichten können und wollen.

Wir schimpften auf die Privilegien der SED-Bürokratie. Jetzt sind wir auf dem besten Weg, in eine Gesellschaft zu schlittern, deren tiefstes Wesen auf einem Privileg beruht und deren Privilegierte sich nicht scheuen werden, mit Hilfe von Polizei und Schlägertruppe i h r e „freiheitlich-demokratische Grundordnung" vor uns zu schützen.

Wir, die Linken, wollen eine Gesellschaft, in der JEDER mitbestimmen kann (und nicht nur zur Wahl), weil jeder aktiv ist, unabhängig von Nationalität und Staatsangehörigkeit. Nicht die parteipolitischen Erwägungen, sondern die Kompetenz der Bürger soll unseren Weg bestimmen.

Für soziale Gerechtigkeit und Selbstbestimmung des Individuums – d. h. Befreiung.

Gegen Faschismus, Imperialismus, Unterdrückung und Willkür des Staates.

linke Jugend

WEDDING BEBT - WEDDING LEBT



"Ideen für das Konzept der Aktionswoche im Wedding"

Zeitraum: Letzte Woche im April.

WEDDING BEBT ; WEDDING LEBT!

Hintergründe:

-Durch die Aktionswoche im Wedding, sollen sich Menschen, die politische Arbeit im Wedding leisten, kennenlernen und die Möglichkeit haben politische Standpunkte öffentlich zu machen. Wir betrachten dies als Möglichkeit von Organisierung im Kiez.

-Die Tage sollen auch dazu dienen die Inhalte des revolutionären 1.Mai deutlich zu machen und zur Mobilisierung beizutragen.

Vorläufiges Konzept:

I. a) In der nächsten WNZ (April ?) soll die Konzeption der Aktionstage vorgestellt werden. Dies ist der erste Ansatz einer Mobilisierung, daher sollte die WNZ möglichst bald verbreitet werden.

b) Während der Aktionstage ist eine Infozeitung geplant, in der die Inhalte der einzelnen Tage skizziert werden und Veranstaltungen angekündigt sind. (Zahltagskonzeption)

II. Am Samstag Vormittag ist eine grosse Volxküche am Leopoldplatz geplant. Alle Gruppen können sich mit Infoständen einbringen, das Ganze soll Strassenfestcharakter haben (Musik, Staßentheater, usw.-Leute werden noch gesucht.)
Die inhaltliche Konzeption bzw. die Vorbereitung übernimmt die ANTIFA-DER FU.
Am Abend wird, voraussichtlich in der Putte, ein Antifa-fest stattfiden. Veranstalter: ANTIFA GEN-CLIK und AUTONOMEANTIFA

III. Internationaler Shell-Aktionstag (28.04).
In Planung ist ein Berlinweiter Fahrradkorso. Mit mobilen Kurzkungebungen umd Tankstellenblockaden soll unser Widerstand gegen Shell und das Rassistenregime in Südafrika deutlich gemacht werden. Hierzu stellen wir uns eine Infoveranstaltung zu Shell in Südafrika und Stellwände zur Konzernpolitik am Bsp. Shell vor. (vorläufiger Ort RAT UND TAT)

IV. Rudolph-Virchow-Krankenhaus (RVK) :
Eine Informationsveranstaltung zum Zusammenhang von Wohnraumvernichtung und Gentechumstrukturierung im Wedding ist in den Räumen der TFH geplant. Weiterhin soll informiert werden über Krankenversorgung und Arbeitsbedingungen im RVK.

V. Ein Themenschwerpunkt soll Sozialabbau und Marginalisierung im Wedding sein. (Mit Film und Volxküche in Vorbereitung)

Weitere Gedanken zu folgenden Themen:

a) Sanierung und Umstrukturierung im Wedding anhand von Filmen und Fotos.
b) Aktionstag zum AusländerInnengesetz (Hierzu sollten noch Gruppen angesprochen werden,die hierzu arbeiten.z.B. OROMO-Cafe,ASYL e.V.,ANTIFSIST GENCLIK und andere AusländerInnen-Gruppen)
c) Aktionstag gegen Sexismus / Gewalt gegen Frauen,im Kiez/ Repromedizin und Humangenetik
Angesprochen werden könnten Frauen vom FFGZ,Mädchenladen , Wildwasser etc..(Wird noch von keiner Gruppe vorbereitet)
d) Überlegt wurde eine Kiez-Demo mit folgenden Themenschwerpunkten:
-Umstrukturierung / AusländerInnengesetz / RVK / u.a..
(Vieleicht am Sonntag 29.04)
e) geplant sind Stadtspaziergänge zum Thema "Roter Wedding" und "High-Tech"im Wedding,usw..

Techniks und Organisatorisches:

-Jeden Tag soll eine offene Volkxküche organisiert werden (Wanted Menschen und Räume)
- Einzelne Gruppen sollen sich um Spenden bzw. Räume bzw. Mobiliesierung kümmern. (Es wird versucht vom Netzwerk Geld für Plakate,Filme und Flugies zu bekommen.)

Planungsablauf bis jetzt:

Entstanden sind die Gedanken dieses Konzeptes auf einer dazu einberufenen VV am 25.02.90 18Uhr in der PUTTE.
Auf dieser VV ist beschlossen worden eine Koordinationsgruppe zu bilden,in der VertreterInnen aller Gruppen die Aktionstage gemeinsam koordinieren.Am Sonntag 04.03. haben sich Leute zu diesem Zweck einmalig im RAT UND TAT getroffen.
Dort wurde beschlossen Mittwochs von 18 bis 20 Uhr und Sonntags ab 14 Uhr Telephon im SEW Gebäude zu be[redacted]nutzen.
Addresse : 1-65 Weddingstrasse 6 U-Bahnhof Nauener-Platz
Tel.: 4658118 REGELMÄßIGES KOORDINATIONSTREFFEN:
SONNTAGS 14^{00}UHR (FÜR ALLE GRUPPEN)

Wir betrachten die Aktionstage als inhaltlichen Beitrag zur Mobilisierung für den revolutionären 1. Mai.Daher werden wir versuchen die *[redacted]weite Koordination in unser Konzept mit einzubeziehen,d.h. Berlinweite Aktionen werden mitgetragen.
*BERLIN.

V E N C E R E M O S

WEDDING LEBT - WEDDING BEBT!

★

PROTOKOLL DES 1.MAI PLENUMS VOM 28.2.90

Es wurden 2 Protokolle vorgelegt: Eins vom letzten Treffen und eins von der Montags-AG, die Ideen/Konzepte zur 1.Mai-Demo vorschlägen/diskutieren sollte.
Die Kritik am AG-Protokoll war, daß es keine Arbeitsgrundlage ist. Außerdem nicht die Diskussionen, die liefen, inhaltlich widerspiegelte. Konkret benannt wurde, daß sie Diskussion um Demo und Aktionstage nicht erwähnt wurde. Auf der AG wurde diskutiert, daß Aktionstage wichtig sind, um im "Vorfeld" der Demo Akzeptanz zu schaffen.
Da am Montag bekannt wurde, daß die Sandinistas eine Wahlniederlage erlitten hatten, der Realexsoz aus den osteuropäischen Ländern verdrängt worden ist, wurde festgestellt, daß für uns eine Legitimation/Formulierung gemeinsamer linker Politik/Handelns fehlt.
Auch wurde die Diskussion, um einen europaweiten "Kongreß" nicht wiedergegeben.
Nachdem die Protokolle verabschiedet worden sind, war unklar, wie weiter verfahren werden sollte: Demo getrennt von Aktionstagen diskutieren oder geben die Gruppen gleich ihr Statement zu den Aktionstagen ab ? Es wurde erst über die Demo geredet. Kontrovers wurde über den Standort/Route diskutiert. Es gab dazu drei Vorschläge: Wedding, Platz der Luftbrücke und der traditionelle Oranienplatz (13 Uhr??).
Für den Oranienplatz sprachen schlußendlich 1. die Mehrheit und 2., daß in Kreuzberg Stärke demonstriert wird, und daß die Aktionstage über Kreuzberg hinausgehen.
Problem bereitete die inhaltliche Bestimmung der Demo. Der Begriff internationalistische Solidarität muß noch eindeutig bestimmt werden. Fetsgehalten wurde, daß zum Internationalismus, nicht nur die Solidarität mit den Befreiungsbewegungen zählt, sondern darüber hinaus, die mit den hier lebenden AusländerInnen. Nen treffendes Motto konnte nicht gefunden werden.
Fest steht, daß die Demo vom O-Platz losgeht. Apropos "Fest steht", selbiges findet auf dem Geländes des Görlitzer Parks statt. Demo und Fest wurden als "inhaltliche Einheit" bestimmt. Dies ging als "Analyse" der letzten 2 Jahre hervor. Eine Demonstration der politischen Stärke ist die Durchführung und Beendigung der Demo und des Festes. Stärke, Durchführung und Beendigung wurden beschlossen.
Als nächstes wurden die Aktionstage beschlossen. Als Vorschlag diese zu beginnen, wurde der 28.4 (Shellaktionstag) eingebracht. Beendet werden sollen diese mit dem 8.Mai (tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus!!!), an dem die "REP's" ein Deutschlandtreffen veranstalten wollen, was wir natürlich und überhaupt verhindern werden!!!
Während dieser Tage (Woche), sollen die verschiedensten Aktionen stattfinden, die aber noch imhaltlich gefüllt werden müssen.
Von der Vorbereitungsgruppe 1.Maifest wurde ein 1.Maipalaver angekündigt, daß am 14.März um 19 Uhr im Statthaus Böcklerpark stattfindet. Auf dem Plenum wurde angeregt, dort auch die Demo und die Aktionstage zu palavern.
Anmerkung der ProtokollantInnen:
Einen über den Mai hinausgehenden Aspekt sollten wir nicht aus den Augen verlieren: den Ausbau unserer Strukturen. Richtig und wichtig war die Bemerkung eines Genossen, der feststellte, daß wir uns hier zur 1.Mai-Vorbreitung treffen und ansonsten das ganze Jahr über nicht (jedenfalls nicht in dieser Zusammensetzung), obwohl alle poltisch engagierte GenossInnen sind. Dieses Defizit, welches den Klassenfeind stärkt, müssen wir unbedingt beseitigen. Sonst wird uns die Geschichte überholen!!!
P.S.: Ne Anlage zur Demodiskussion wurde nicht nachgereicht.



WEDDING BEBT - WEDDING LEBT



"Ideen für das Konzept der Aktionswoche im Wedding"

Zeitraum: Letzte Woche im April.

WEDDING BEBT ; WEDDING LEBT!

Hintergründe:

-Durch die Aktionswoche im Wedding, sollen sich Menschen, die politische Arbeit im Wedding leisten, kennenlernen und die Möglichkeit haben politische Standpunkte öffentlich zu machen. Wir betrachten dies als Möglichkeit von Organisierung im Kiez.

-Die Tage sollen auch dazu dienen die Inhalte des revolutionären 1.Mai deutlich zu machen und zur Mobilisierung beizutragen.

Vorläufiges Konzept:

I. a) In der nächsten WNZ (April ?) soll die Konzeption der Aktionstage vorgestellt werden. Dies ist der erste Ansatz einer Mobilisierung, daher sollte die WNZ möglichst bald verbreitet werden.

b) Während der Aktionstage ist eine Infozeitung geplant, in der die Inhalte der einzelnen Tage skizziert werden und Veranstaltungen angekündigt sind. (Zahltagskonzeption)

II. Am Samstag Vormittag ist eine grosse Volx küche am Leopoldplatz geplant. Alle Gruppen können sich mit Infoständen einbringen, das Ganze soll Strassenfestcharakter haben(Musik, Staßentheater, usw.-Leute werden noch gesucht.)
Die inhaltliche Konzeption bzw. die Vorbereitung übernimmt die ANTIFA-DER FU.
Am Abend wird, voraussichtlich in der Putte, ein Antifa-fest stattfinden. Veranstalter: ANTIFA GEN-CLICK und AUTONOMEANTIFA

III. Internationaler Shell-Aktionstag(28.04).
In Planung ist ein Berlinweiter Fahrradkorso. Mit mobilen Kurzkungebungen umd Tankstellenblockaden soll unser Widerstand gegen Shell und das Rassistenregime in Südafrika deutlich gemacht werden. Hierzu stellen wir uns eine Infoveranstaltung zu Shell in Südafrika und Stellwände zur Konzernpolitik am Bsp. Shell vor.(vorläufiger Ort RAT UND TAT)

IV. Rudolph-Virchow-Krankenhaus(RVK) :
Eine Informationsveranstaltung zum Zusammenhang von Wohnraumvernichtung und Gentechumstrukturierung im Wedding ist in den Räumen der TFH geplant. Weiterhin soll informiert werden über Krankenversorgung und Arbeitsbedingungen im RVK.

V. Ein Themenschwerpunkt soll Sozialabbau und Marginalisierung im Wedding sein. (Mit Film und Volxküche in Vorbereitung)

Weitere Gedanken zu folgenden Themen:

a) Sanierung und Umstrukturierung im Wedding anhand von Filmen und Fotos.
b) Aktionstag zum AusländerInnengesetz (Hierzu sollten noch Gruppen angesprochen werden,die hierzu arbeiten.z.B. OROMO-Cafe,ASYL e.V.,ANTIFSIST GENCLIK und andere AusländerInnen-Gruppen)
c) Aktionstag gegen Sexismus / Gewalt gegen Frauen,im Kiez/ Repromedizin und Humangenetik
Angesprochen werden könnten Frauen vom FFGZ,Mädchenladen , Wildwasser etc..(Wird noch von keiner Gruppe vorbereitet)
d) Überlegt wurde eine Kiez-Demo mit folgenden Themenschwerpunkten:
-Umstrukturierung / AusländerInnengesetz / RVK / u.a..
(Vieleicht am Sonntag 29.04)
e) geplant sind Stadtspaziergänge zum Thema "Roter Wedding" und "High-Tech"im Wedding,usw..

Techniks und Organisatorisches:

-Jeden Tag soll eine offene Volkxküche organisiert werden (Wanted Menschen und Räume)
- Einzelne Gruppen sollen sich um Spenden bzw. Räume bzw. Mobiliesierung kümmern. (Es wird versucht vom Netzwerk Geld für Plakate,Filme und Flugies zu bekommen.)

Planungsablauf bis jetzt:

Entstanden sind die Gedanken dieses Konzeptes auf einer dazu einberufenen VV am 25.02.90 18Uhr in der PUTTE.
Auf dieser VV ist beschlossen worden eine Koordinationsgruppe zu bilden,in der VertreterInnen aller Gruppen .die Aktionstage gemeinsam koordinieren.Am Sonntag 04.03. haben sich Leute zu diesem Zweck einmalig im RAT UND TAT getroffen.
Dort wurde beschlossen Mittwochs von 18 bis 20 Uhr und Sonntags ab 14 Uhr Telephon im SEW Gebäude zu be[redacted]nutzen.
Addresse : 1-65 Weddingstrasse 6 U-Bahnhof Nauener-Platz
Tel.: 4658118 REGELMÄßIGES KOORDINATIONSTREFFEN:
SONNTAGS 14°° UHR (FÜR ALLE GRUPPEN)

Wir betrachten die Aktionstage als inhaltlichen Beitrag zur Mobilisierung für den revolutionären 1. Mai.Daher werden wir versuchen die *[redacted]weite Koordination in unser Konzept mit einzubeziehen,d.h. Berlinweite Aktionen werden mitgetragen.
*BERLIN-

V E N C E R E M O S

WEDDING LEBT - WEDDING BEBT!

★

(17)

PROTOKOLL DES 1.MAI PLENUMS VOM 28.2.90

Es wurden 2 Protokolle vorgelegt: Eins vom letzten Treffen und eins von der Montags-AG, die Ideen/Konzepte zur 1.Mai-Demo vorschlägen/diskutieren sollte.
Die Kritik am AG-Protokoll war, daß es keine Arbeitsgrundlage ist. Außerdem nicht die Diskussionen, die liefen, inhaltlich widerspiegelte. Konkret benannt wurde, daß sie Diskussion um Demo und Aktionstage nicht erwähnt wurde. Auf der AG wurde diskutiert, daß Aktionstage wichtig sind, um im "Vorfeld" der Demo Akzeptanz zu schaffen.
Da am Montag bekannt wurde, daß die Sandinistas eine Wahlniederlage erlitten hatten, der Realexsoz aus den osteuropäischen Ländern verdrängt worden ist, wurde festgestellt, daß für uns eine Legitimation/Formulierung gemeinsamer linker Politik/Handelns fehlt.
Auch wurde die Diskussion, um einen europaweiten "Kongreß" nicht wiedergegeben.
Nachdem die Protokolle verabschiedet worden sind, war unklar, wie weiter verfahren werden sollte: Demo getrennt von Aktionstagen diskutieren oder geben die Gruppen gleich ihr Statement zu den Aktionstagen ab ? Es wurde erst über die Demo geredet. Kontrovers wurde über den Standort/Route diskutiert. Es gab dazu drei Vorschläge: Wedding, Platz der Luftbrücke und der traditionelle Oranienplatz (13 Uhr??).
Für den Oranienplatz sprachen schlußendlich 1. die Mehrheit und 2., daß in Kreuzberg Stärke demonstriert wird, und daß die Aktionstage über Kreuzberg hinausgehen.
Problem bereitete die inhaltliche Bestimmung der Demo. Der Begriff internationalistische Solidarität muß noch eindeutig bestimmt werden. Fetsgehalten wurde, daß zum Internationalismus, nicht nur die Solidarität mit den Befreiungsbewegungen zählt, sondern darüber hinaus, die mit den hier lebenden AusländerInnen. Nen treffendes Motto konnte nicht gefunden werden.
Fest steht, daß die Demo vom O-Platz losgeht. Apropos "Fest steht", selbiges findet auf dem Geländes des Görlitzer Parks statt. Demo und Fest wurden als "inhaltliche Einheit" bestimmt. Dies ging als "Analyse" der letzten 2 Jahre hervor. Eine Demonstration der politischen Stärke ist die Durchführung und Beendigung der Demo und des Festes. Stärke, Durchführung und Beendigung wurden beschlossen.
Als nächstes wurden die Aktionstage beschlossen. Als Vorschlag diese zu beginnen, wurde der 28.4 (Shellaktionstag) eingebracht. Beendet werden sollen diese mit dem 8.Mai (tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus!!!), an dem die "REP's" ein Deutschlandtreffen veranstalten wollen, was wir natürlich und überhaupt verhindern werden!!!
Während dieser Tage (Woche), sollen die verschiedensten Aktionen stattfinden, die aber noch imhaltlich gefüllt werden müssen.
Von der Vorbereitungsgruppe 1.Maifest wurde ein 1.Maipalaver angekündigt, daß am 14.März um 19 Uhr im Statthaus Böcklerpark stattfindet. Auf dem Plenum wurde angeregt, dort auch die Demo und die Aktionstage zu palavern.
Anmerkung der ProtokollantInnen:
Einen über den Mai hinausgehenden Aspekt sollten wir nicht aus den Augen verlieren: den Ausbau unserer Strukturen. Richtig und wichtig war die Bemerkung eines Genossen, der feststellte, daß wir uns hier zur 1.Mai-Vorbreitung treffen und ansonsten das ganze Jahr über nicht (jedenfalls nicht in dieser Zusammensetzung), obwohl alle poltisch engagierte GenossInnen sind. Dieses Defizit, welches den Klassenfeind stärkt, müssen wir unbedingt beseitigen. Sonst wird uns die Geschichte überholen!!!
P.S.: Ne Anlage zur Demodiskussion wurde nicht nachgereicht.

Ergänzung zum Protokoll

Zum Ort der Demo heißt es im Protokoll: "...es gab dazu 3 Vorschläge: Platz der Luftbrücke, Wedding und der traditionelle O-Platz (13 Uhr). Für den O-Platz sprach sich schlußendlich 1. die Mehrheit aus und 2., daß in Kreuzberg Stärke demonstriert wird, und daß die Aktionstage über Kreuzberg hinausgehen."
Hinter dieser kurzen Zusammenfassung verbergen sich mehrere Stunden Diskussion über zwei Plenumstreffen, in denen im einzelnen u.a. wie folgt argumentiert wurde:

Für den Vorschlag "TEMPELHOF"/Platz der Luftbrücke, Route von 61 - 62 (Schöneberg) die Argumente:
-Raus aus 36 / Raus aus dem Ghetto
-alte Demoroute von '89 vermeiden
-> Route inhaltlich an "Objekten" bestimmen
Dieser Vorschlag wurde dann aber zurückgezogen, bzw. nicht weiter vertreten.

WEDDING: ebenfalls raus aus der Arena 36 mit der Demo, nämlich in andere Teile der Stadt, die ähnliche Probleme oder Kämpfe haben, aber szenemäßig unterbelichtet sind (oder waren). Auch um zu zeigen, daß wir durchaus in der Lage sind, woanders als in 36 stark aufzutreten, Neuland zu beschreiten.

FÜR EINE 1.MAI DEMO IN KREUZBERG !
Gründe:
-Der Wedding hat zwar eine teilweise vergleichbare soziale Zusammensetzung wie 36, die [illegible] Voraussetzungen für eine starke 1.Mai Demo sind jedoch so noch nicht entwickelt...
-Kreuzberg wird im Zuge der berüchtigten Ost-West-Entwicklung Innenstadtbezirk (der Wedding auch...)
-Die Entwicklung der revolutionären 1.Mai Demo ging aus dem riot 1987 hervor, als Massen auf der Straße spontan ihre Wut und ihren Haß zum Ausdruck brachten. Das "Ereignis" fand aus unterschiedlichen Gründen in Kreuzberg statt...
-Trotz zwei großen unabhängigen 1.Mai Demos ist die revolutionäre 1.Mai Demo als solche noch nicht durchgesetzt. Das kann nur durch Kontinuität (nicht zu verwechseln mit Ritualisierung) gewährleistet werden.
-Die großen letzten Demos/die hohen TeilnehmerInnenzahlen resultieren auch aus der Struktur des Stadtteils Kreuzberg. Die sog. "Subkultur" von 36 und die in den ganzen Jahren gewachsenen (über)Lebens- und Widerstandsstrukturen bieten hier die besseren Bedingungen, z.b. um Angriffe abzuwehren.
-Gerade nach dem 1.Mai letzten Jahres heißt Verantwortung, sich nicht zu verdrücken, sondern in 36 mit revolutionärer Demo, revolutionärem Fest und revolutionären Aktionstagen präsent zu sein. Das ist auch eine praktische Absage an rotgrüne Politik und rotgrüne Hetze vor allem auch in 36.
-Es wäre eine politische Niederlage, wenn wesentlich weniger Leute auf eine 1.Mai Demo kämen, für 36 ist davon auszugehen, daß es mehr werden als in anderen Stadtteilen.

FÜR EINEN REVOLUTIONÄREN 1.MAI 1990 !!!



DER 1.MAI IN KREUZBERG

Winter wird's hier eh nicht mehr, was also liegt näher als sich über das Frühjahr einen Kopf zu machen. Aber im Ernst. Wie jedes Jahr beginnen zum Jahreswechsel die Planungsarbeiten für den 1. Mai, speziell für die Party in Kreuzberg. Dieses Jahr übrigens weltweit zum 100. Mal. Die "Planungscrew" ist nun auch schon seit ein paar Jahren die selbe, zumindest was den background der TeilnehmerInnen angeht: SEWistInnen, KommunistInnen, GenossInnen aus autonomen Zusammenhängen, freischwebende Linke, möglicherweise auch ALlerInnen. In soweit also 'same procedere as every year'. Damit ist das "same" aber auch schon erledigt. Die Bedingungen haben sich im Vergleich zur (grauen?) Vorzeit etwas verändert : Kreuzberg ist nicht mehr Randgebiet, Nische schlechthin, sondern auf dem Weg zum City-Bezirk einer wenn vielleicht bis dahin noch nicht vereinigten aber für die Bewohner einheitlichen Stadtlandschaft. Linke Politik ist nicht mehr nur diesseits der Wand auf 'einsamem Posten'. Entsprechend ist der Anspruch der Kreuzberger Party 'Kommunikations.- und Austauschort der verschiedensten sich als Links, mindest jedoch demokratisch verstehenden Sceenen' zu sein, Treffpunkt von Autonomen aller couleur genauso wie GewerkschaftlerInnen und VEREINten SozialarbeiterInnen zu sein, aktueller denn je.

Was also tun ?

Zunähst haben wir versucht, zu erfahren, was die anderen Mai-VeranstalterInnen so planen.

Was machen die im Osten?

1. Vom FDGB war (noch) nix zu erfahren.
2. Die PDS wartet wohl auch erstmal die Wahlen ab.
3. Im Partnerbezirk Prenzlauer Berg, wo es angeblich eine Kreuzberg-ähnliche Nischenstruktur gibt, herrscht, ob der Befreiung von SED und Pflicht-Mai-Demo, eine große Lustlosigkeit ausgerechnet am 1.Mai eine Veranstaltung/Demo auf die Beine zu stellen.
4. In diese Lustlosigkeit sind der Künstlerverband der DDR und das 'Büro für ungewöhnliche Maßnahmen' gebrettert mit dem Vorschlag, in der pressewirksameren Zeit davor Aktionstage zu veranstalten. Diese sollen am Donnerstag (26.April), dem 4. Jahrestag von Tschernobyl, beginnen und sich dann möglicherweise bis zur Walpurgisnacht am Montag (30.April, der Brocken im Harz ist KEIN Sperrgebiet mehr !) hinhangeln, Veranstaltungen allüberall, schwerpunktmäßig im Prenzelberg am Kollwitzplatz.

Was macht der DGB ?

Dem vernehmen nach ist eine Westberliner ArbeiterInnenDemo zum Reichstag out. In ist ein gesammtdeutsches Vereinigungsspektakel am Pariser Platz (Brandenburger Tor) oder am Potsdammer Platz (wahrscheinlicher) als Abschlußspektakel von einer Westberliner DGB-Demo und evtl(?) einer Ostberliner FDGB-Demo. Und damit es auch ja recht Teutsch werde hat sich Ernst Breit angesagt (issa schließlich die Hauptveranstaltung der Bundesrepublik) und gleichzeitig einen Redneraustausch mit den Ostgewerkschaften angeboten (Also erst Breit im Osten, denn bei uns, oder so). Norbert Blüm will sich offensichtlich die Show auch nicht stehlen lassen und hat sich auch schon angekündigt. Weiter folgen sicherlich.

Summa sumarum werden wir einen teutschen Vereinigungstaumel erleben, bei dem Forderungen der Lohnabhängen eine nur nachgeordnete Rolle spielen dürfen, Fußvolk zwecks Kulisse mit Beifallsstürmen zum nationalistischen Gebrabbel.

Was wird im Umfeld der "revolutionären 1.Mai Demo" gedacht? Zitat :

Die "revolutionäre Mai-Vorbereitung wird diesmal nicht alleine unter dem Druck der "derzeitigen Situation" im Osten stehen. Wir finden es genauso wichtig, sich in Form einer Art Bilanz mit einem Jahr "rot-grün" in der Stadt auseinanderzusetzen... ist die Idee einer Mai-Woche entstanden, die mehrere Tage umfassen (soll), in der wir - ähnlich wie bei der IWF-Aktionswoche - größere und kleinere Treffen, Veranstaltungen, Feten, Volksküchen, Filme, öffentliche Aktionspunkte vorbereiten an der sich alle...nach herzenslust unter dem Motto. "Wir wissen zwar noch nicht hundertprozentig, wo's längs gehen soll, aber die Stillegung der herrschenden Klasse weltweit soll dabei schon herauskommen !" beteiligen können.

Was plant die Bezirksverwaltung/das Bezirksamt ?

Genau weiß das kein Mensch. Vor dem November war noch der Versuch spürbar, das Fest aus SO 36 auf 'neutralen Boden' zu verlagern, vor den Platz der Amerika-Gedenk-Bibliothek. Dieses vermutlich, um mit der Randale-Tradion zu brechen. Inzwischen hat sich die Situation verändert und wahrscheinlich ist das Lockmittel 'Geld' auch knapper geworden.

Was planen andere Bezirke und die Menschen dort ?

Aus unseren direkten Nachbarbezirken Schöneberg, Tempelhof und Neukölln sind uns trotz Nachfragversuchen keine planerischen Überlegungen für eigenständige Veranstaltungen zum 1. Mai mit wem auch immer bekannt geworden. Dezentrale Kiezfeste scheint es also nicht zu geben.

Was also planen die VeranstalterInnen?

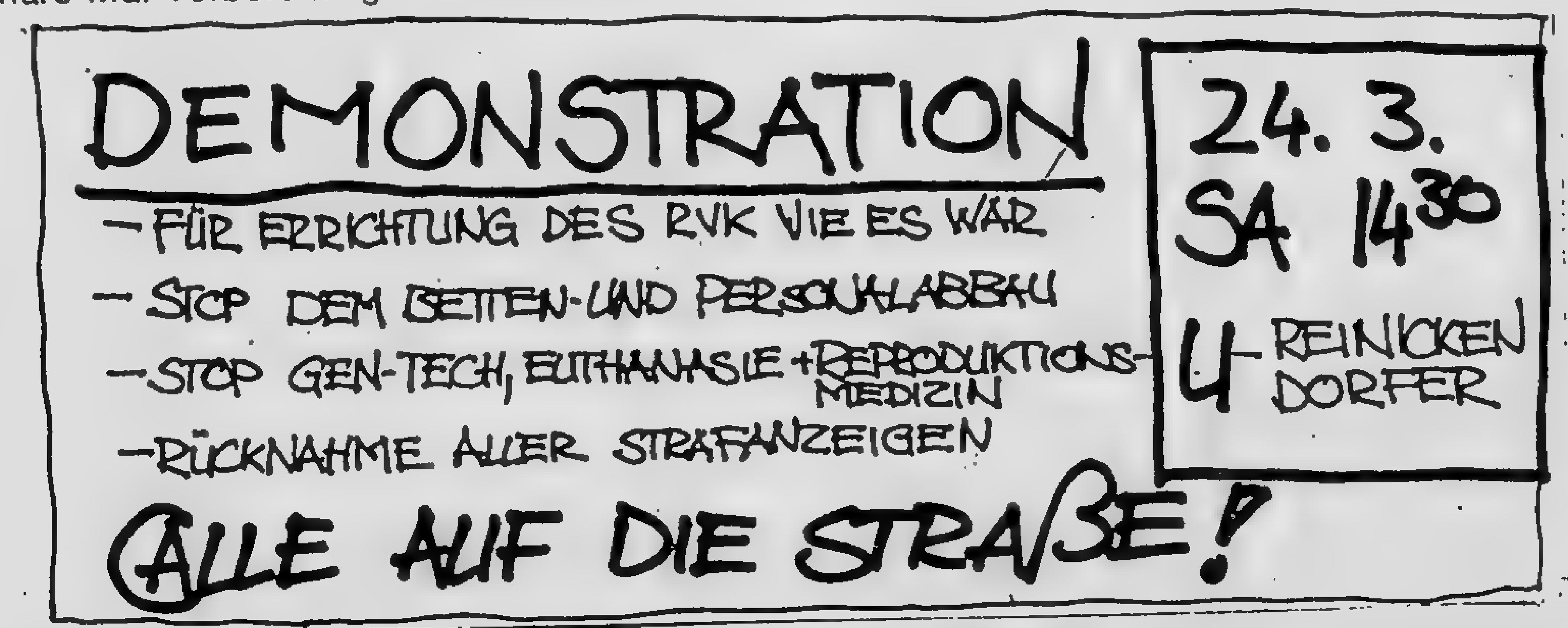
Die Notwendigkeit zur Teutschtümelei des DGB(/ FDGB?) ein Gegengewicht zu setzen ist groß. Bereitschaft zur Teilnahme an einer Kreuzberger Party ist bei Autonomens und auch bei Prenzelbergers festzustellen. Die Ost-Sceenies und die Ost-Neugierigen sind ebenso wie ihre westlichen Pendants reichlich zu erwarten. An dem Fell, was uns über die Ohren gezogen werden soll, wird schon jetzt ordentlich gezogen, Bedarf zur Artikulation gibt es also mehr als genug für Linke aller Schattierungen.

Uns schwebt vor : ein Fest wider den teutschen Nationalismus, wider die Männer, die da schreien, "Wir sind ein Volk", für Internationalismus. Internationalismus aber nicht nur in dem Sinne der Solidarität mit Nicaragua, oder der Waffensammlung für El Salvador sondern auch und besonders der Sensibilisierung für die Prbleme von AsylantInnen, MigrantInnen und sonstige Nicht-teutschnationalistischen WestberlinerInnen mit der Politik unserer Regierung. (Internationalismus in diesem Sinne heißt auch den Spaltungsversuchen der herrschenden Klasse hierzulande entgegenzutreten, das Prinzip "Teile und HERRsche" im Ausspielen der Einen gegen die Anderen unter dem Mantel des Natioanalismus allen Formen der Kritik zu unterziehen).

Dieses scheint sich weitgehend mit den Vorstellungen von Aktionstagen, sowohl denen der autonomen Zusammenhänge als auch denen der PrenzelbergerInnen kombinieren zu lassen. Der 1. Mai könnte zum Abschluß und Höhepunkt der Aktionstage werden. Die Nischen der Selbstbestimmung und alternativen Lebensformen werden offensichtlich beiseite gefegt, um das Absahnen beim Umbau Kreuzbergs vom Armenviertel zum City-Bezirk nicht zu belästigen und gleichzeitig allen emanzipatorischen Ansätzen, sozusagen en passant zur Vereinigung, den Garaus zu machen.

Da der Lausitzer Platz für die neue Stadtlage reichlich eng geworden ist, planen wir für ein Gelände in direkter Nachbarschaft, den Park auf dem Görlitzer Bahnhof.

Büro für ungewöhnliche Müllbeseitigung



ERKLÄRUNG DES INTERNATIONALISTISCHEN ZENTRUMS ZUM 1. MAI

Der 1. Mai 1987 wurde wirklich proletarisch begangen: die Enteigneten eigneten sich massenhaft Konsumtionsmittel an. Es war ein Fest der Abschaffung des Tauschwertes, der direkte Zugang zu einer saftigen Lohnerhöhung mittels kostenloser Aneignung der Reproduktionsmittel - also ein 1. Mai der ganz im Sinne der Arbeiterbewegung begangen wurde. Daraus entstand das Bedürfnis, den 1. Mai wieder als revolutionären Kampftag zurückzuerobern. Dies wurde umso notwendiger, je klarer die konterrevolutionäre Rolle der Gewerkschaften/des DGB wurde, die als Klassenversöhnungsinstrument in Sinne des Staates gegen die arbeitende Klasse eingesetzt werden.

So entstand auch die Idee einer eigenständigen Demonstration aller derjenigen, die über die systemerhaltenden Tendenzen der reformistischen Strömungen hinausgehen wollten und gegen Staat und Kapital demonstrieren wollten. Die "revolutionäre 1. Mai-Demo" '88 übertraf von der Quantität alle Erwartungen. Es wurde eine kraftvolle Demonstration, die selbst die DGB-Demo in den Schatten stellte und das große Potential der Unzufriedenheit mit den herrschenden kapitalistischen Bedingungen aufzeigte. Ein wirklich proletarischer Charakter konnte sich jedoch in der Demonstration nicht entwickeln: die meisten Losungen griffen Erscheinungsformen des kapitalistischen Produktionsverhältnisses an und die Kritik an der Lohnarbeit, also der Klassenfrage wurde durch Ideologien (Feminismus, Lobhudelei nationaler Befreiungsbewegungen) überdeckt. Auch durch den Versuch, den 1. Mai 88 in eine Vormobilisierung für die Anti-IWF-Kampagne zu verwandeln, wurde die Waffe des proletarischen Kampftages stumpf.

Aus diesem Grund stellte sich für uns KommunistInnen im darauffolgenden Jahr die Frage, wie wir einen revolutionären Inhalt in die, von den "Autonomen" initiierte 1.-Mai-Demonstration '89 einbringen könnten. Wir bildeten ein "proletarisch-revolutionäres 1. Mai-Komittee", das sich regelmäßig im Internationalistischen Zentrum traf, um einen "proletarisch-internationalistischen Block" innerhalb der Demonstration zu bilden. Außerdem kritisierten wir den ideologischen/kleinbürgerlichen Charakter einiger "Autonomer", um Diskussionen über das Wesen und die Erscheinungsform der kapitalistischen Produktionsweise voranzutreiben. Sicher hat uns die Kritik im Lager der "Autonomen", die mit Kritik schlecht umgehen können, nicht gerade Freunde eingebracht. Wir waren deshalb letztes Jahr nicht überrascht, daß unsere Beteiligung an der Demo nicht besonders bejubelt wurde. Trotz alledem: der "proletarisch-internationalistische Block" konnte durchgeführt werden und unser Transparent: "ABSCHAFFUNG DER LOHNARBEIT IN OST UND WEST - DURCH DIE PROLETARISCHE REVOLUTION - ZU EINER WELT OHNE KLASSEN" war gut sichtbar. Die 1.-Mai-Demo '89 war noch größer als die von '88, noch mehr Gruppen daran beteiligt, darunter auch einige mehr, die den Klassenkampf propagierten.

Für Teile der "autonomen Bewegung" stellt sich auch dieses Jahr wieder die Frage nach einer eigenständigen 1. Mai-Demo. Wie wir durch die "Interim" erfuhren, sind die Vorbereitungen inzwischen soweit gediehen, daß zumindest eines klar ist: "Wir wollen keine Parteien im Plenum haben (v.a. auch deswegen, weil wir auf Parteiengezänk keine Lust haben, ganz speziell trifft das auch die RIM und das Internationalistische Zentrum, mit denen es darüberhinaus noch diverse schlechte Erfahrung gibt) und nur solche Menschen, die sich eigenständige (DGB unabhängige) Aktivitäten zum rev. 1. Mai vorstellen können." (INTERIM 92, Protokoll v. 1.-Mai-Plenum)

Wir können uns nur noch wundern, denn: wir sind weder eine Partei noch DGB-abhängig. Ein Blick in unsere Flug- und Zeitschriften genügt, um das zu erkennen. Und wenn wir standpunktstolz darauf verweisen, daß wir Partei für das Proletariat (und damit für uns selbst) ergreifen, so zeigt das eben auf, auf welcher Seite wir stehen. Auch mit der RIM sind wir weder verwandt noch verschwägert. Und schlechte Erfahrungen? Da sie unbenannt bleiben, können wir uns dazu nicht äußern. Wir wissen jedenfalls, daß es von unserer Seite bisher keine organisatorische Zusammenarbeit mit Teilen der "Autonomen" gab und sich somit bisher also - außer den 1. Mai betreffend - keine Erfahrungsbasis herstellte. So soll die Phrase mit den "diversen schlechten Erfahrungen" wohl beim Leser der INTERIM Spekulationen und Assoziationen hervorrufen, nach dem Motto: "Vorsicht! Schlechte Menschen!"

Was soll also das Spektaktel, das Distanzierungsgeschrei im Vorfeld? Zuerst einmal ist zu bemerken, daß der erlauchte Kreis des Vorbereitungsplenums sich verhält, wie ein Politbüro und schon prophylaktisch ihm unliebsame Strömungen aus der Vorbereitung heraushalten will. Diese Form- bzw. "Parteikritik" wirkt umso demagogischer (sprich: absurder), wenn man weiß, daß es letztes Jahr bzüglich des 1. Mai Sondierungsgespräche mit der SEW gab. Solch ein Verhalten kennen wir zur Genüge aus alten K-Gruppen-Zeiten, von denen wir hofften, daß sie nun endlich vorbei seien. Leider nicht! Die "Politbüro-Autonomen" lehren uns gerade das Gegenteil! Ihre Strategie zielt auf folgendes ab: zum einen sollen wir aus den Vorbereitungs-Vollversammlungen ausgeschlossen werden, zum anderen wird damit angestrebt, uns generell vom "autonomen" Spektrum und ihren Sympathisanten zu isolieren. Dies kann dazu führen, daß Flugblätter, Broschüren und Plakate von uns aus Kneipen, Buchläden verschwinden.

Welcher Geist steckt dahinter? Wenn sie also kommunistische Inhalte in ihren Reihen unterdrücken, so können wir nur zu folgendem Ergebnis kommen: entweder hat sich der von uns im letzten Jahr analysierte Rechtsruck im "autonomen" Millieu innerhalb von nur einem Jahr katastrophal verstärkt - oder die stalinistische Variante der anti-proletarischen Politik hat sich sehr forciert. Beide Tendenzen sind reaktionär und konterrevolutionär. Wem jedoch wollen sie die KommunistInnen vom Halse halten und was für eine Revolution wird angestrebt, wenn sie <u>keine</u> kommunistische sein soll? Vielleicht werden diese Fragen tatsächlich erst am 1. Mai beantwortet....

Selbst wenn die "Autonomen" eine wirklich konterrevolutionäre Organisation wären (wir unterscheiden dabei sehr wohl zwischen den selbsternannten Chefs und dem mehr oder weniger militanten Fußvolk und wissen außerdem sehr wohl, welch unterschiedliche Spektren in dem Millieu zusammenfließen), würde uns das nicht weiter jucken, denn dazu haben sie viel zu wenig gesellschaftlichen Einfluß. Aus zahlreichen proletarischen Aufständen wissen wir ferner, daß das Proletariat mit kraftvoller Leichtigkeit sämtliche Superboys und -girls hinwegfegt, um militante Streik- und Besetzerkomittees zu bilden. All diejenigen, die Angst vor "Parteiengezänk" haben, weil sie nicht anderes kennen, wissen nichts von proletarischen Vollversammlungen. Sie sind Orte des lebendigen Austausches der ArbeiterInnen und gleichzeitig wetteifern dort die verschiedenen revolutionären Flügel miteinander. Erbarmungslose Kritik an allen Halbheiten und revolutionärer Enthusiasmus, verbunden mit strategisch orientierter Strenge werden die bewußten Energien des Proletariats bündeln und die Kämpfe vorantreiben. Die internationale Arbeiterbewegung kann auf zahlreiche Beispiele hinweisen. Die Durststrecke von fast 70 Jahren Konterrevolution wurde insbesondere durch den Pariser Mai '68 durchbrochen; Kämpfe von ArbeiterInnen und StudentInnen auf der Straße, Streiks, Besetzungen und permanent tagende Vollversammlungen.

Welch offenen und konstruktiven Charakter Vollversammlungen, Plenen haben können, konnten wir in der offensiven Phase der Hausbesetzerbewegung erahnen. Vor allem wurden keine Gruppen ausgeschlossen, die einen anderen Standpunkt hatten. In Versammlungen zu dem Thema. "Was ist Autonomie" wurde heftig gestritten.

Heute dagegen herrscht immer mehr Ruhe. Ruhe und Ordnung schon im Vorfeld.

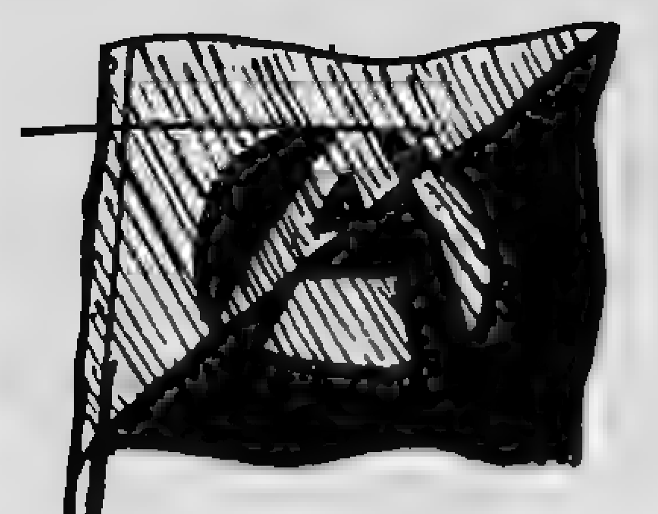
"'Ordnung herrscht in Berlin!' Ihr stumpfen Schergen! Eure 'Ordnung' ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon 'rasselnd wieder in die Höh' richten' und zu eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden: Ich war, ich bin, ich werden sein!" (R. Luxemburg 1919)

Offenes Plenum ***Dienstags von 17-21 Uhr***
im: INTERNATIONALISTISCHEN ZENTRUM
Mahlower Str. 9 1-44 U-Bhf. Boddinstr. -

DIE MÖGLICHKEIT FÜR ALLE, DIE AN EINER REVOLUTIONÄREN UND INTERNATIONALISTISCHEN AKTIVITÄT INTERESSE HABEN

INTERNATIONALISTISCHES ZENTRUM
März 1990
V.i.S.d.P.: Heidi Klar
c/o I.Z.

red.Bemerkung: ihr seid doch wirklich die letzten Deppen!:Feminismus als"überdeckende Ideologie"..usw. das allein hätte schon den Rausschmiss des Papiers aus der Zeitung gerechtfertigt. Wir habens trotzdem reingenommen, um der Interim-Leserinnenschaft einen letzten Einblick in eure Gedankenwelt zu geben und damit nachträglich die Ausladung vom 1.Mai-Plenum zu rechtfertigen.



Zwei Jahre Ⓐ-Laden – (K)ein Grund zum Jubeln ?

Im März 1988 gründeten wir, Leute aus verschiedenen anarchistischen Zusammenhängen Berlins, den Ⓐ-Laden in Moabit, den wir nach einer Renovierungsphase von zwei Monaten im Mai eröffneten.
Der Sousterrainladen mit seinen zwei großen Räumen und den Nebenräumen von insgesamt 120 qm sollte, nach Jahren der Dauerimprovisation, der anarchistischen Bewegung in Berlin wieder eine Basis geben. Hier sollten sich Gruppen ungehindert treffen können, sich gegenseitig austauschen und koordinieren. Er sollte die Möglichkeit bieten, Propagandamittel und alles was die Gruppen zum Arbeiten brauchen zu lagern. Als ein anarchistisches Zentrum sollte er interessierten Menschen offenstehen und ihnen die Möglichkeit geben, sich über unsere Ziele und Arbeit zu informieren und sich uns gegebenenfalls anzuschließen.

Im ersten Jahr war der A Laden eher als RAStlos-Laden bekannt, weil sich bei uns eine große SchülerInnengruppe (Rat Anarchistischer SchülerInnen) mit mehr als 50 Menschen etabliert hatte. Diese Gruppe hat sich mittlerweile aufgelöst. Einzelne Menschen daraus arbeiten in anderen Zusammenhängen weiter.
Neben RAStlos gab es noch die Projekt B-Gruppe, die zur zeit Mangels Masse nur noch als Konzept existiert, das noch dieses Jahr im SCHWARZROTBUCH VERLAG erscheinen wird.
Was heutzutage bei uns noch so los ist, findet ihr am Ende vom Text.
Im Laufe der Zeit haben wir uns an verschiedenen Kampagnen beteiligt: Anti-Fa Infostelle, IWF-Infostelle, Hungerstreik-Infostelle, Schwarze Tage, Vorbereitung der revolutionären 1. Mai Demo etc..
Im Kiez engagieren wir uns in der Arbeit gegen Umstrukturierung, als Info-Laden, innerhalb des Antifaschistischen Aktionsbündnisses Moabit und stellen unsere Räumlichkeiten Initiativen zur Verfügung, soweit diese inhaltlich für uns vertretbar sind.

Obwohl wir aktiv die Anarchistische Koordination (inzwischen) Gesamtberlin (AKo) mittragen, haben wir oft den Eindruck, daß Kreuzberg weiter als Los Angeles liegt. Manchmal finden sich bei uns mehr GenossInnen aus aller Welt bei uns ein, als aus dieser wunderschönen Stinkestadt. Woran das wohl liegt? Gibt es hier zu wenig AnarchistInnen oder was? Haben wir es nicht nötig uns enger zusammenzutun und eine (internationale) Kommunikation aufzubauen? Habt ihr alle so wenig zu sagen, so wenig Ideen, daß euch zum Thema Anarchie nix mehr einfällt, als gegen den Staat zu rülpsen?
Wer glaubt, daß der eine oder andere vom Bürgersteig befreite Pflasterstein hier irgendwelche Revolutionen auslöse, oder wer sich in der gewohnten und ritalisierten Lederjackenidylle des "Sozialen Widerstands" einwickelt, hat noch immer nicht begriffen, daß alles seine Zeit hat. Revolution ist kein "Stadtspiel" und Anarchie kein regelloses Chaos. Wer ersthaft diese beschissene Welt ändern will, selber ein freier und bewußter Mensch werden will muß dabei erstmal die Revolution im Kopf vollziehen. Bei uns gibt's Anstöße dazu.

U-Bahn Birkenstraße (5 Min.), S-Bahn Lerther Straße (10 Min.), die Busse 16, 70 und 72 oder ein funktionierendes Rad bringen euch nach Moabit zum

Ⓐ (narchistischen) –Laden, Rathenower Str. 22

wo ihr nicht nur Leute trefft, die euch gerne mehr über unsere Ideen, Ansichten und Projekte erzählen, sondern auch eine Vielzahl an Zeitschriften und Büchern aus dem anarchistischen und linksradikalen Spektrum des In- und Auslandes findet, die ihr zum Teil kaufen oder bei einer Tasse Tee oder Kaffee lesen könnt (Alk gips bei uns nicht, Abfüllstellen gibt's schon genug!). Donnerstags ist bei uns (möglichst) Veranstaltungsabend. Dann gibt es Vorträge zu Themen, die uns interessieren und zu denen wir etwas zu sagen haben, Videos und Diskussionen, und im Kiez-Kino 16 mm Filme. Dazu machen wir monatlich ein Programmblatt. Die Termine stehen aber auch u.a. in TAZ, tip, Zitty, Interim, Moabiter Times ... und notfalls ruft mensch uns an. Telefon: 394 61 67

montags ist Frauentag mit Frauencafé ab 15 Uhr und abends Frauengruppe
dienstags ist ab 15 Uhr Cafétime, ab 16 Uhr trifft sich die Ladengruppe und um 18 Uhr die anarchosyndikalistische Gewerkschaftsgruppe F.A.U. (Freie ArbeiterInnen Union) der I.A.A., der 1922/23, als Alternative zur von Moskau kontrollierten RGI, in Berlin gegründeten freiheitlich-sozialistischen Internationalen Arbeiter Assoziation.
mittwochs ab 15 Uhr Café Liberté
donnerstags ab 15 Uhr LadenCafé und abends i.d.R. um 20 Uhr Veranstaltungen
freitags trifft sich 14-tägig um 19 Uhr die Kommunegruppe. Café auf tel. Anfrage. Ebenfalls um 19 Uhr trifft sich die "Bürgerinitiative für eine billige Prachtstraße e.V.", Lehrter Straße, der Laden ist auf.
samstags ist nichts Spezielles. Manchmal sind überregionale Treffen von FAU oder PulverFASS und dann und wann trifft sich z.B. die Berliner Anarchistische Koordination bei uns.
Jeden 1. Samstag im Monat ist Ladenvollversammlung
sonntags ist ab 15 Uhr wieder Café angesagt.

Am besten seht ihr euch alles mal selber an. Unsere zwei großen Räume bieten Platz für Vieles, vielleicht auch für eure Vorstellungen. Seid **will-kommen!**

Wenn du – leiderleider – keine Zeit hast, unsere Aktivitäten zu unterstützen, indem du selber was dazu tust, hast du vielleicht ein paar Reichsmark für unsere bodenlosen Finanzlöcher übrig, die wir monatlich stopfen müssen: Miete, Strom, Versicherungen, Telefon, Zeitschriften, Renovierung ... etc. (rund 1000.- DM monatlich, die wir nun schon 24 Mal alleine aufgebracht haben). Ein (kleiner?) Dauerauftrag oder eine (größere?) Spende helfen uns weiterzurevolustzen. **Jetzt sofort:**

Freunde der direkten Aktion, Postgirokonto Berlin-West, Konto.-Nr. 4897 67-107, Stichwort A-Laden.



Aktionstag gegen U-Haftbedingungen in der JVA Moabit

Gegen Isolation drinnen und draußen!

Am 26.2.90 traten in der JVA Moabit vier Gefangene in den Hungerstreik. Am 1.3. schlossen sich zwei weitere Gefangene an. Der Hungerstreik richtet sich gegen die unmenschlichen Haftbedingungen der Untersuchungsgefangenen in Moabit. Die Untersuchungsgefangenen werden total isoliert. Das bedeutet tag täglich 23 Stunden Einschluß allein in der Zelle, eine Stunde Hofgang täglich. Dazu kommen zweimal im Monat eine halbe Stunde Besuch. Ausländische Gefangene dürfen sich dabei nicht in ihrer Muttersprache unterhalten, damit der überwachende Schließer die Gespräche kontrolieren kann.

Dadurch soll erreicht werden, daß die Gefangenen sich völlig dem Knast ausgeliefert fühlen. Auch sollen sie keine Möglichkeit haben sich gegen ihre Haftbedingungen zu wehren.

Trotzdem haben sich U-Gefangene in Moabit zusammengeschlossen und einen Hungerstreik begonnen.

Sie fordern vor allen Dingen eine unabhängige Interessenvertretung, die Abschaffung des 23 stündigen Einschlusses und die Aufhebung des Verbotes für ausländische Gefangene sich in ihrer Muttersprache zu unterhalten.

Am 5.3. wurde der Hungerstreik für 14 Tage ausgesetzt, um am 19.3. mit einem Aktionstag im Knast wieder aufgenommen zu werden. Die Gefangenen rufen zur breiten Solidarisierung drinnen und draußen auf.

Aufruf an alle Gefangenen der TA 1 (Aufruf der Interessenvertretung der Teilanstalt 1 JVA Moabit)



Wie ihr bereits erfahren habt sind am 26.02.90 vier Gefangene in einen Hungerstreik getreten.

Unser Protest richtet sich gegen die unmenschlichen Haftbedingungen denen wir alle ausgesetzt sind; außerdem verlangen wir die Einsetzung einer von Senat und Justiz gebildeten Kommission, der wir unsere Forderungen unterbreiten können. Außerdem wollten wir einen Prozeß der Diskussion über unsere Haftbedingungen auslösen.

Am 05.03. haben wir geschlossen den Hungerstreik unterbrochen (...).

Dies ist keine Niederlage unseres Protests, wir haben uns innerhalb der Gruppe auf diese Taktik geeinigt, um der knastverwaltung auf diese Weise ein Zeichen zu setzen!

Der Hungerstreik ist unterbrochen worden und kann jeden Augenblick wiederaufgenommen werden. In der einen Woche Hungerstreik haben wir viel erreicht (...), es ist eine Diskussion über unsere haftbedingungen entstanden. Diesen entstandenen Prozeß müssen wir intensivieren und geschlossen fortsetzen.

Wir rufen jeden einzelnen auf, am 19.03.90 für einen Tag die Nahrung zu verweigern, ebenfalls rufen wir für diesen Tag auf, die Arbeit niederzulegen. Zeigt damit euren Willen für die Verbesserung der Lebensbedingungen im Moabiter Knast und überall in den Knästen und für die Aufnahme von Gesprächen mit der gebildeten knassenvertretung.(...)

Die Presse war seit Anfang des Hungerstreiks informiert. Doch sie schweigt.

Die Forderungen können nur erfolgreich durchgesetzt werden, wenn sich draußen möglichst viele Menschen mit den Gefangenen aktiv solidarisieren. Die Gefangenen müssen mit Repressionen rechnen. Auch hier kann sie nur eine möglichst breite Öffentlichkeit schützen. Die Repression betrifft uns alle, wir dürfen den Knast nicht aus unserem Alltag verdrängen. Die Isolation muß drinnen und draußen durchbrochen werden.

Wir unterstützen die Forderungen der Gefangenen und rufen alle zu einer lauten Kundgebung vor dem Knast auf. Bereits am 5.3. haben Leute draußen per Megaphon die Menschen drinnen lautstark gegrüßt haben. Die Gefangenen haben sich gefreut und haben ebenso laut zurückgegrüßt.

Power durch die Mauer - bis sie bricht!

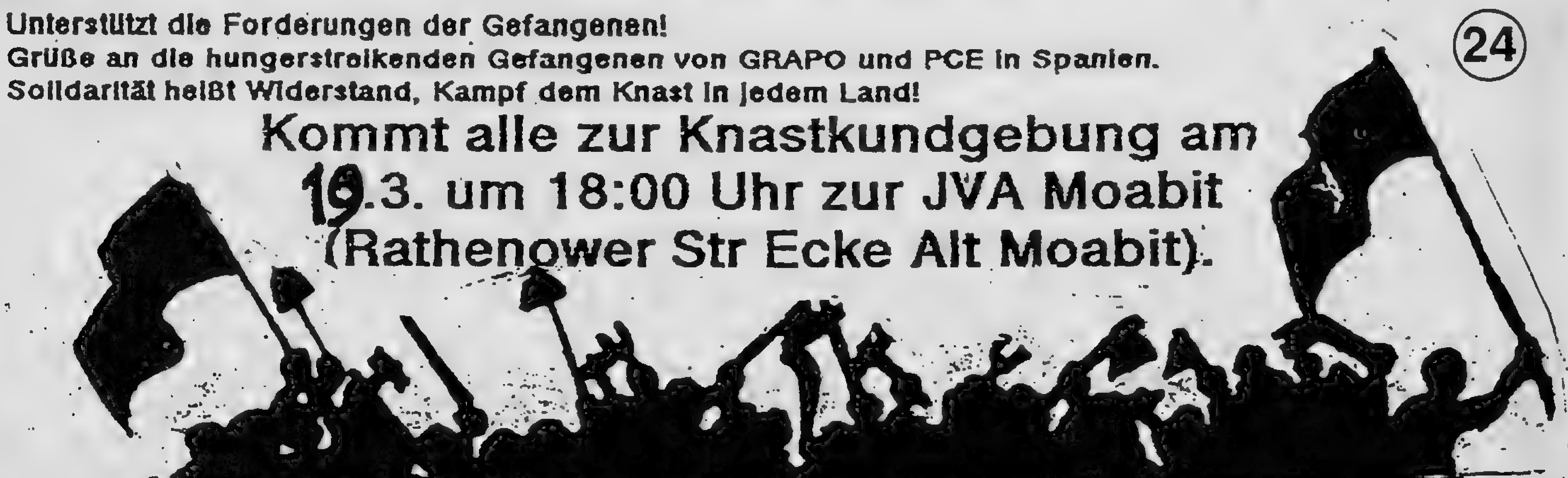
Sofortige Aufnahem von Verhandlungen durch Senat und Justiz mit der Insassenvertretung **der Gefangenen!**

Unterstützt die Forderungen der Gefangenen!

Grüße an die hungerstreikenden Gefangenen von GRAPO und PCE in Spanien.

Solidarität heißt Widerstand, Kampf dem Knast in jedem Land!

Kommt alle zur Knastkundgebung am 19.3. um 18:00 Uhr zur JVA Moabit (Rathenower Str Ecke Alt Moabit).



ZUM HUNGERSTREIK IN MOABIT

6.3.90

Seit inzwischen 8 Tagen sind 6 Gefangene in Moabit im Hungerstreik.
Das einzige Mittel,die Gefangenen vor Repression(Arrestzelle, Besuchsverbot,Verlegung usw)zu schützen,und ihre Forderungen durchzusetzen,ist die Mobilsierung der Menschen innerhalb und außerhalb des Knastes.Im Knast wird die Verbreiterung von Infos und die Diskussion darüber völlig vom Apparat bestimmt,die Gefangenen sind isoliert und haben kaum Möglichkeiten,sich über die kontrollierten Kontakte hinaus auszutauschen.
Draußen praktiziert die bürgerliche Presse eine fast absolute Informationssperre.Obwohl alle Medien seit Mittwoch,28.2.über den Streik und die Forderungen der Gefangenen informiert sind, druckte nur die BZ am 29.2.einen Vierspalter,indem der Hungerstreik der Gefangenen als"Aktion zur Schaffung eines Supermarktes im Knast"diffamiert wurde.Der TAZ war der erste Hungersteik im Moabiter Knast mal gerade 10 Zeilen in der Randspalte wert.
Das bedeutet,daß wir die Öffentlichkeit selber schaffen müssen, zwei Möglichkeiten dazu haben wir schonmal ausprobiert:
Am 3.3.haben wir die Mitgliedervollversammlung der AL im Hauptgebäude der Tu gestört.Vor 300-400 ALerInnen wurde ein Redebeitrag zum Hungerstreik verlesen,außerdem haben wir dort das Flugi mit den Forderungen der Gefangenen verteilt.Die Resonanz war positiv,die AL will jetzt die Forderungen der Gefangenen im Senat einbringen.
Zwei Tage später haben wir per Mega eine Grußadresse an die Knastwände schallen lassen.Die Gefangenen haben sich gefreut und lautstark zurückgegrüßt. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt-wir müssen jetzt Öffentlichkeit schaffen,um die Gefangenen zu unterstützen.

UNTERSTÜTZT DEN KAMPF DER GEFANGENEN GEGEN DIE ISOLATION!

SOLDARITÄT MIT DEN GEFANGENEN AUS GRAPO/PCE(r)!

POWER DURCH DIE MAUER-BIS SIE BRICHT!

BZ 2.3.90

Häftlinge fordern 100 Mark Taschengeld im Monat und einen eigenen Supermarkt

Berlin, 2. März [illegible] Moabit. Vier Mitglieder einer Interessenvertretung sind deswegen seit fünf Tagen im Hungerstreik.
Die Häftlinge wünschen sich außerdem eine verbesserte Freistundenregelung, einen wöchentlichen Besuchstag und die Gelegenheit, mindestens zweimal in der Woche telefonieren zu dürfen.
Weitere Forderungen: ● Sportplätze für Ballspiele ● mindestens 100 Mark Taschengeld monatlich für mittellose Gefangene ● bessere Entlohnung für arbeitende Häftlinge ● ein Gefangenen-Rundfunkprogramm und ● gesünderes Essen.

Hungerstreik im Knast

Seit einer Woche befinden sich vier Gefangene der Untersuchungshaftanstalt Moabit im unbefristeten Hungerstreik. Sie fordern eine Verbesserung der Haftbedingungen und beziehen sich dabei auf die Koalitionsvereinbarung des rot-grünen Senats. Am Wochenende haben sich weitere Gefangene dem Hungerstreik angeschlossen.

REPRESSIVE MAßNAHMEN GEGEN NATIONALE UND ANTIIMPERIALISTISCHE BEFREIUNGSBEWEGUNGEN

Als Bleispiel für den Widerstand:

Zwei iranische politische Flüchtlinge in Frankreich

"JE MEHR SICH DIE KAPITALISTISCHE KRISE VERSCHÄRFT, DESTO MEHR HÄUFEN SICH DIE IMPERIALISTISCHEN REPRESSALIEN UND DIE BARBAREI."

Während die imperialistischen Staaten Westeuropas in einem Klima von zur Schau getragenem Optimismus und Euphorie über angebliche friedliche Entwicklungen die Neustrukturierung Europas in Angriff nehmen,
schreitet im selben Maß die Faschisierung der Gesellschaft im Inneren voran, verschärft sich der strukturelle Rassismus, werden die Rechte von Immigrant/inn/en und Flüchtlingen beschnitten, häufen sich die repressiven Maßnahmen gegen nationale und antiimperialistische Befreiungsbewegungen und Menschen, die diese unterstützen.

Als ein Beispiel für den Widerstand, der sich dagegen zu entwickeln beginnt, stehen zwei iranische politische Flüchtlinge in Frankreich.

Die französiche "sozialistische" Regierung will Azita Monachipour und Djaber Kalibi, die seit 1983 in Frankreich den Status politischer Flüchtlinge haben, ausweisen.
Djaber Kalibi, 1936 in Ahwaz/Iran geboren, war während seines Studiums in Österreich und der BRD Mitglied der Führung der CISNU (iranische Studentenvereinigung), und erhielt 1977 in der BRD politisches Asyl. Nach dem Sturz des Schah 1979 in den Iran zurückgekehrt, beteiligte er sich am Aufbau der "Volksfedayin – Guerillas/Befreiungsarmee", mußte aber nach Zerschlagung der Organisation nach Frankreich fliehen.
Azita Monachipour stammt aus Teheran, lebt seit Mitte der 70er Jahre in Frankreich und ist dort seitdem politisch aktiv. Zusammen mit Djaber war sie Anfang der 80er Jahre Gründungsmitglied der "Iranischen Neuen Kommunistischen Bewegung", die sich zur Aufgabe gesetzt hatte, die Niederlage der revolutionären Bewegung im Iran aufzuarbeiten und die Grundlage für eine politische Neubestimmung zu schaffen. Sie existiert heute nicht mehr.

Ergänzung zum Protokoll

Zum Ort der Demo heißt es im Protokoll: "...es gab dazu 3 Vorschläge: Platz der Luftbrücke, Wedding und der traditionelle O-Platz (13 Uhr). Für den O-Platz sprach sich schlußendlich 1. die Mehrheit aus und 2., daß in Kreuzberg Stärke demonstriert wird, und daß die Aktionstage über Kreuzberg hinausgehen."

Hinter dieser kurzen Zusammenfassung verbergen sich mehrere Stunden Diskussion über zwei Plenumstreffen, in denen im einzelnen u.a. wie folgt argumentiert wurde:

Für den Vorschlag "TEMPELHOF"/Platz der Luftbrücke, Route von 61 - 62 (Schöneberg) die Argumente:
- Raus aus 36 / Raus aus dem Ghetto
- alte Demoroute von '89 vermeiden
- -> Route inhaltlich an "Objekten" bestimmen

Dieser Vorschlag wurde dann aber zurückgezogen, bzw. nicht weiter vertreten.

WEDDING: ebenfalls raus aus der Arena 36 mit der Demo, nämlich in andere Teile der Stadt, die ähnliche Probleme oder Kämpfe haben, aber szenemäßig unterbelichtet sind (oder waren). Auch um zu zeigen, daß wir durchaus in der Lage sind, woanders als in 36 stark aufzutreten, Neuland zu beschreiten.

FÜR EINE 1.MAI DEMO IN KREUZBERG !

Gründe:
- Der Wedding hat zwar eine teilweise vergleichbare soziale Zusammensetzung wie 36, die [illegible] Voraussetzungen für eine starke 1.Mai Demo sind jedoch so noch nicht entwickelt...
- Kreuzberg wird im Zuge der berüchtigten Ost-West-Entwicklung Innenstadtbezirk (der Wedding auch...)
- Die Entwicklung der revolutionären 1.Mai Demo ging aus dem riot 1987 hervor, als Massen auf der Straße spontan ihre Wut und ihren Haß zum Ausdruck brachten. Das "Ereignis" fand aus unterschiedlichen Gründen in Kreuzberg statt...
- Trotz zwei <u>großen</u> unabhängigen 1.Mai Demos ist die revolutionäre 1.Mai Demo als solche noch nicht durchgesetzt. Das kann nur durch Kontinuität (nicht zu verwechseln mit Ritualisierung) gewährleistet werden.
- Die großen letzten Demos/die hohen TeilnehmerInnenzahlen resultieren auch aus der Struktur des Stadtteils Kreuzberg. Die sog. "Subkultur" von 36 und die in den ganzen Jahren gewachsenen (über)Lebens- und Widerstandsstrukturen bieten hier die besseren Bedingungen, z.b. um Angriffe abzuwehren.
- Gerade nach dem 1.Mai letzten Jahres heißt Verantwortung, sich nicht zu verdrücken, sondern in 36 mit revolutionärer Demo, revolutionärem Fest und revolutionären Aktionstagen präsent zu sein. Das ist auch eine praktische Absage an rotgrüne Politik und rotgrüne Hetze vor allem auch in 36.
- Es wäre eine politische Niederlage, wenn wesentlich weniger Leute auf eine 1.Mai Demo kämen, für 36 ist davon auszugehen, daß es mehr werden als in anderen Stadtteilen.

FÜR EINEN REVOLUTIONÄREN 1.MAI 1990 !!!



U-Bahn Birkenstraße (5 Min.), S-Bahn Lerther Straße (10 Min.), die Busse 16, 70 und 72 oder ein funktionierendes Rad bringen euch nach Moabit zum

Ⓐ (narchistischen) -Laden, Rathenower Str. 22

wo ihr nicht nur Leute trefft, die euch gerne mehr über unsere Ideen, Ansichten und Projekte erzählen, sondern auch eine Vielzahl an Zeitschriften und Büchern aus dem anarchistischen und linksradikalen Spektrum des In- und Auslandes findet, die ihr zum Teil kaufen oder bei einer Tasse Tee oder Kaffee lesen könnt (Alk gips bei uns nicht, Abfüllstellen gibt's schon genug!). Donnerstags ist bei uns (möglichst) Veranstaltungsabend. Dann gibt es Vorträge zu Themen, die uns interessieren und zu denen wir etwas zu sagen haben, Videos und Diskussionen, und im Kiez-Kino 16 mm Filme. Dazu machen wir monatlich ein Programmblatt. Die Termine stehen aber auch u.a. in TAZ, tip, Zitty, Interim, Moabiter Times ... und notfalls ruft mensch uns an. Telefon: 394 61 67

montags ist Frauentag mit Frauencafé ab 15 Uhr und abends Frauengruppe
dienstags ist ab 15 Uhr Cafétime, ab 16 Uhr trifft sich die Ladengruppe und um 18 Uhr die anarchosyndikalistische Gewerkschaftsgruppe F.A.U. (Freie ArbeiterInnen Union) der I.A.A., der 1922/23, als Alternative zur von Moskau kontrollierten RGI, in Berlin gegründeten freiheitlich-sozialistischen Internationalen Arbeiter Assoziation.
mittwochs ab 15 Uhr Café Liberté
donnerstags ab 15 Uhr LadenCafé und abends i.d.R. um 20 Uhr Veranstaltungen
freitags trifft sich 14-tägig um 19 Uhr die Kommunegruppe. Café auf tel. Anfrage. Ebenfalls um 19 Uhr trifft sich die "Bürgerinitiative für eine billige Prachtstraße e.V.", Lehrter Straße, der Laden ist auf.
samstags ist nichts Spezielles. Manchmal sind überregionale Treffen von FAU oder PulverFASS und dann und wann trifft sich z.B. die Berliner Anarchistische Koordination bei uns.
Jeden 1. Samstag im Monat ist Ladenvollversammlung
sonntags ist ab 15 Uhr wieder Café angesagt.

Am besten seht ihr euch alles mal selber an. Unsere zwei großen Räume bieten Platz für Vieles, vielleicht auch für eure Vorstellungen. Seid **will-kommen!**

Wenn du - leiderleider - keine Zeit hast, unsere Aktivitäten zu unterstützen, indem du selber was dazu tust, hast du vielleicht ein paar Reichsmark für unsere bodenlosen Finanzlöcher übrig, die wir monatlich stopfen müssen: Miete, Strom, Versicherungen, Telefon, Zeitschriften, Renovierung ... etc. (rund 1000.- DM monatlich, die wir nun schon 24 Mal alleine aufgebracht haben). Ein (kleiner?) Dauerauftrag oder eine (größere?) Spende helfen uns weiterzurevolustzen. **Jetzt sofort:**

Freunde der direkten Aktion, Postgirokonto Berlin-West,
Konto.-Nr. 4897 67-107, Stichwort A-Laden.



Aktionstag gegen U-Haftbedingungen in der JVA Moabit

Gegen Isolation drinnen und draußen!

Am 26.2.90 traten in der JVA Moabit vier Gefangene in den Hungerstreik. Am 1.3. schlossen sich zwei weitere Gefangene an. Der Hungerstreik richtet sich gegen die unmenschlichen Haftbedingungen der Untersuchungsgefangenen in Moabit. Die Untersuchungsgefangenen werden total isoliert. Das bedeutet tag täglich 23 Stunden Einschluß allein in der Zelle, eine Stunde Hofgang täglich. Dazu kommen zweimal im Monat eine halbe Stunde Besuch. Ausländische Gefangene dürfen sich dabei nicht in ihrer Muttersprache unterhalten, damit der überwachende Schließer die Gespräche kontrollieren kann.

Dadurch soll erreicht werden, daß die Gefangenen sich völlig dem Knast ausgeliefert fühlen. Auch sollen sie keine Möglichkeit haben sich gegen ihre Haftbedingungen zu wehren.

Trotzdem haben sich U-Gefangene in Moabit zusammengeschlossen und einen Hungerstreik begonnen.

Sie fordern vor allen Dingen eine unabhängige Interessenvertretung, die Abschaffung des 23 stündigen Einschlusses und die Aufhebung des Verbotes für ausländische Gefangene sich in ihrer Muttersprache zu unterhalten.

Am 5.3. wurde der Hungerstreik für 14 Tage ausgesetzt, um am 19.3. mit einem Aktionstag im Knast wieder aufgenommen zu werden. Die Gefangenen rufen zur breiten Solidarisierung drinnen und draußen auf.

Aufruf an alle Gefangenen der TA 1 (Aufruf der Interessenvertretung der Teilanstalt 1 JVA Moabit)

Wie ihr bereits erfahren habt sind am 26.02.90 vier Gefangene in einen Hungerstreik getreten.

Unser Protest richtet sich gegen die unmenschlichen Haftbedingungen denen wir alle ausgesetzt sind; außerdem verlangen wir die Einsetzung einer von Senat und Justiz gebildeten Kommission, der wir unsere Forderungen unterbreiten können. Außerdem wollten wir einen Prozeß der Diskussion über unsere Haftbedingungen auslösen.

Am 05.03. haben wir geschlossen den Hungerstreik unterbrochen (...). Dies ist keine Niederlage unseres Protests, wir haben uns innerhalb der Gruppe auf diese Taktik geeinigt, um der knastverwaltung auf diese Weise ein Zeichen zu setzen!

Der Hungerstreik ist unterbrochen worden und kann jeden Augenblick wiederaufgenommen werden. In der einen Woche Hungerstreik haben wir viel erreicht (...), es ist eine Diskussion über unsere haftbedingungen entstanden. Diesen entstandenen Prozeß müssen wir intensivieren und geschlossen fortsetzen.

Wir rufen jeden einzelnen auf, am 19.03.90 für einen Tag die Nahrung zu verweigern, ebenfalls rufen wir für diesen Tag auf, die Arbeit niederzulegen. Zeigt damit euren Willen für die Verbesserung der Lebensbedingungen im Moabiter Knast und überall in den Knästen und für die Aufnahme von Gesprächen mit der gebildeten Insassenvertretung.(...)

Die Presse war seit Anfang des Hungerstreiks informiert. Doch sie schweigt.

Die Forderungen können nur erfolgreich durchgesetzt werden, wenn sich draußen möglichst viele Menschen mit den Gefangenen aktiv solidarisieren. Die Gefangenen müssen mit Repressionen rechnen. Auch hier kann sie nur eine möglichst breite Öffentlichkeit schützen. Die Repression betrifft uns alle, wir dürfen den Knast nicht aus unserem Alltag verdrängen. Die Isolation muß drinnen und draußen durchbrochen werden.

Wir unterstützen die Forderungen der Gefangenen und rufen alle zu einer lauten Kundgebung vor dem Knast auf. Bereits am 5.3. haben Leute draußen per Megaphon die Menschen drinnen lautstark gegrüßt haben. Die Gefangenen haben sich gefreut und haben ebenso laut zurückgegrüßt.

Power durch die Mauer - bis sie bricht!

Sofortige Aufnahem von Verhandlungen durch Senat und Justiz mit der Insassenvertretung **der Gefangenen!**

Unterstützt die Forderungen der Gefangenen!

Grüße an die hungerstreikenden Gefangenen von GRAPO und PCE in Spanien.

Solidarität heißt Widerstand, Kampf dem Knast in jedem Land!

Kommt alle zur Knastkundgebung am 19.3. um 18:00 Uhr zur JVA Moabit (Rathenower Str Ecke Alt Moabit).



ZUM HUNGERSTREIK IN MOABIT

6.3.90

Seit inzwischen 8 Tagen sind 6 Gefangene in Moabit im Hungerstreik.
Das einzige Mittel,die Gefangenen vor Repression(Arrestzelle, Besuchsverbot,Verlegung usw)zu schützen,und ihre Forderungen durchzusetzen,ist die Mobilsierung der Menschen innerhalb und außerhalb des Knastes.Im Knast wird die Verbreiterung von Infos und die Diskussion darüber völlig vom Apparat bestimmt,die Gefangenen sind isoliert und haben kaum Möglichkeiten,sich über die kontrollierten Kontakte hinaus auszutauschen.
Draußen praktiziert die bürgerliche Presse eine fast absolute Informationssperre.Obwohl alle Medien seit Mittwoch,28.2.über den Streik und die Forderungen der Gefangenen informiert sind, druckte nur die BZ am 29.2.einen Vierspalter,indem der Hungerstreik der Gefangenen als"Aktion zur Schaffung eines Supermarktes im Knast"diffamiert wurde.Der TAZ war der erste Hungersteik im Moabiter Knast mal gerade 10 Zeilen in der Randspalte wert.
Das bedeutet,daß wir die Öffentlichkeit selber schaffen müssen, zwei Möglichkeiten dazu haben wir schonmal ausprobiert:
Am 3.3.haben wir die Mitgliedervollversammlung der AL im Hauptgebäude der Tu gestört.Vor 300-400 ALerInnen wurde ein Redebeitrag zum Hungerstreik verlesen,außerdem haben wir dort das Flugi mit den Forderungen der Gefangenen verteilt.Die Resonanz war positiv,die AL will jetzt die Forderungen der Gefangenen im Senat einbringen.
Zwei Tage später haben wir per Mega eine Grußadresse an die Knastwände schallen lassen.Die Gefangenen haben sich gefreut und lautstark zurückgegrüßt. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt-wir müssen jetzt Öffentlichkeit schaffen,um die Gefangenen zu unterstützen.

UNTERSTÜTZT DEN KAMPF DER GEFANGENEN GEGEN DIE ISOLATION!

SOLDARITÄT MIT DEN GEFANGENEN AUS GRAPO/PCE(r)!

POWER DURCH DIE MAUER-BIS SIE BRICHT!

BZ 2.3.90

Häftlinge fordern 100 Mark Taschengeld im Monat und einen eigenen Supermarkt

Berlin, 2. März. Einen Supermarkt, Tischtennisplatten in allen Hafthäusern, mehr Fernsehen sowie Konzert- und Theaterveranstaltungen – das fordern Häftlinge der Justizvollzugsanstalt Moabit. Vier Mitglieder einer Interessenvertretung sind deswegen seit fünf Tagen im Hungerstreik.
Die Häftlinge wünschen sich außerdem eine verbesserte Freistundenregelung, einen wöchentlichen Besuchstag und die Gelegenheit, mindestens zweimal in der Woche telefonieren zu dürfen.
Weitere Forderungen: ● Sportplätze für Ballspiele ● mindestens 100 Mark Taschengeld monatlich für mittellose Gefangene ● bessere Entlohnung für arbeitende Häftlinge ● ein Gefangenen-Rundfunkprogramm und ● gesünderes Essen.

Hungerstreik im Knast

Seit einer Woche befinden sich vier Gefangene der Untersuchungshaftanstalt Moabit im unbefristeten Hungerstreik. Sie fordern eine Verbesserung der Haftbedingungen und beziehen sich dabei auf die Koalitionsvereinbarung des rot-grünen Senats. Am Wochenende haben sich weitere Gefangene dem Hungerstreik angeschlossen.

REPRESSIVE MAßNAHMEN GEGEN NATIONALE UND ANTIIMPERIALISTISCHE BEFREIUNGSBEWEGUNGEN

Als Bleispiel für den Widerstand:
Zwei iranische politische Flüchtlinge in Frankreich

"JE MEHR SICH DIE KAPITALISTISCHE KRISE VERSCHÄRFT, DESTO MEHR HÄUFEN SICH DIE IMPERIALISTISCHEN REPRESSALIEN UND DIE BARBAREI."

Während die imperialistischen Staaten Westeuropas in einem Klima von zur Schau getragenem Optimismus und Euphorie über angebliche friedliche Entwicklungen die Neustrukturierung Europas in Angriff nehmen, schreitet im selben Maß die Faschisierung der Gesellschaft im Inneren voran, verschärft sich der strukturelle Rassismus, werden die Rechte von Immigrant/inn/en und Flüchtlingen beschnitten, häufen sich die repressiven Maßnahmen gegen nationale und antiimperialistische Befreiungsbewegungen und Menschen, die diese unterstützen.

Als ein Beispiel für den Widerstand, der sich dagegen zu entwickeln beginnt, stehen zwei iranische politische Flüchtlinge in Frankreich.

Die französiche "sozialistische" Regierung will Azita Monachipour und Djaber Kalibi, die seit 1983 in Frankreich den Status politischer Flüchtlinge haben, ausweisen.

Djaber Kalibi, 1936 in Ahwaz/Iran geboren, war während seines Studiums in Österreich und der BRD Mitglied der Führung der CISNU (iranische Studentenvereinigung), und erhielt 1977 in der BRD politisches Asyl. Nach dem Sturz des Schah 1979 in den Iran zurückgekehrt, beteiligte er sich am Aufbau der "Volksfedayin – Guerillas/Befreiungsarmee", mußte aber nach Zerschlagung der Organisation nach Frankreich fliehen.

Azita Monachipour stammt aus Teheran, lebt seit Mitte der 70er Jahre in Frankreich und ist dort seitdem politisch aktiv. Zusammen mit Djaber war sie Anfang der 80er Jahre Gründungsmitglied der "Iranischen Neuen Kommunistischen Bewegung", die sich zur Aufgabe gesetzt hatte, die Niederlage der revolutionären Bewegung im Iran aufzuarbeiten und die Grundlage für eine politische Neubestimmung zu schaffen. Sie existiert heute nicht mehr.

Djaber und Azita wurden am 20. September 86 in Paris verhaftet, im Zusammenhang mit der Absicht des französichen Staates, seine Beziehungen zum Iran zu "normalisieren". Die iranische Regierung hatte im April verlangt, Frankreich solle seine Unterstützung des Irak im Golfkrieg einstellen und die Bewegungsfreiheit der iranischen Oppositionellen drastisch einschränken, im Gegenzug wollte sie ihren Einfluß auf die schiitischen Gruppen im Libanon zugunsten französischer Geiseln ausüben.

Die Verhaftung von Djaber und Azita war die erstmalige Anwendung neuer "Anti-Terror"-Gesetze, die Frankreich am 9. September 86 erlassen hatte, weiterhin wurden Anfang 1987 18 Iraner, darunter mehere Kurden, nach gabun ausgewiesen.

Beide wurden nach ihrer Verhaftung vom französischen Geheimdienst DST vier Tage lang gefoltert (Plastiksäcke über die Köpfe gezogen, Schläge, Tritte und angedrohte Erschießungen), wovon Djaber einen Gehörschaden davontrug.

Am 18. März 87 wurden Djaber und Azita vom Landgericht Paris wegen "Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" und "Versuchs, die öffentliche Ordnung durch Terror zu stören", zu vier Jahren Gefängnis und zehn Jahren Aufenthaltsbeschränkung, in der Berufungsverhandlung im Juli 88 zu vier Jahren Gefängnis und fünf Jahren Aufenthaltsbeschränkung verurteilt.

Aufenthaltsbeschränkung bedeutet, daß der Aufenthalt in 32 französischen Departements, u.a. Paris und die Grenzregionen, grundsätzlich untersagt ist. Von solchen Maßnahmen sind auch ehemalige französische politische Gefangene betroffen.

Djaber wurde am 2. 12. 89 entlassen, Azita ist seit dem 27. 2. 90 draußen.

Zusätzlich zu diesen, durch Grichtsurteil begründeten Maßnahmen, versucht die französische Regierung, Azita Monachipour und Djaber Kalibi, obwohl sie als politische Flüchtlinge anerkannt sind, aus Frankreich auszuweisen.

Am 5. 12. 89 wurde Djaber vor die Ausweisungskommission des französischen Innenministeriums geladen, die eine Entscheidung zur Ausweisung fällte. Ein gleicher Beschluß war bereits am 29. September gegen Azita gefaßt worden.

Die Ausweisungentscheidung wurde am 20. 12. von Innenminister Joxe bestätigt, der Djaber gleichzeitig einen Aufenthaltsort im Departement Lozère zuwies, wo er bis zu seiner Ausweisung unter Hausarrest stehen sollte.

Da er sich weigerte, dieser Aufforderung nachzukommen, wurde er am 26. 1. 90 anläßlich einer polizeilichen Vorladung verhaftet. Nach Protesten französischer und internationaler Menschenrechtsorganisationen wurde er jedoch am nächsten Tag wieder freigelassen.

Wegen der Weigerung, nach Lozère zu gehen, mußte Djaber sich im Februar zwei Tage lang vor Gericht verantworten, wobei die Staatsanwaltschaft sechs Monate Haft forderte. Am 16. 2. wurde er allerdings freigesprochen, da die Aufenthaltszuweisung nicht formal korrekt zugestellt worden war. Das wurde aber dann am 26. Februar nachgeholt.

Die Situation für Djaber und Azita ist also nach wie vor prekär, sie brauchen dringend unsere Unterstützung und Solidarität.

Wir fordern die französische Regierung auf, den Ausweisungsbeschluß gegen Azita Monachipour und Djaber Kalibi sofort aufzuheben!

Der Versuch der französischen Regierung, die beiden Genoss/inn/en auszuweisen, verstößt gegen Art. 33 des "Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge" der Vereinten Nationen von 1951. Er reiht sich damit ein in die lange Reihe der Maßnahmen, mit denen die imperialistischen Staaten, angeblich im "Kampf gegen den internationalen Terrorismus" (aktuell auch als "Anti-Drogen-Politik" verkauft), das geltende Völkerrecht unterlaufen oder in ihrem Interesse verdrehen.

Auch im Asylrecht der BRD wird die Flüchtlingskonvention nicht beachtet, und entgegen eindeutiger UN-Beschlüsse über die Legitimität und Legalität nationaler und antikolonialer Befreiungskämpfe werden Kurd/inn/en, Iren, Palästinenser als "Terroristen" angeklagt. Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, werden z.Zt. weitere Verschärfungen vorbereitet. Am 20. Februar schlug GBA Rebmann auf einer Pressekonferenz vor, die StPO zu ändern und "Terrorismusverdächtige" ohne Gerichtsverfahren einfach abzuschieben, zwei Tage später veröffentlichte das Bundesverfassungsgericht eine Entscheidung, mit der der Asylantrag eines Kurden, Mitglied der TKP/ML, abgelehnt wurde, weil er in der Türkei an "terroristischen Aktivitäten" teilgenommen habe.

Die politische Lage im Iran zwingt nach wie vor Menschen, vor Verfolgung das Land zu verlassen und als Flüchtlinge im Exil zu leben. Noch einmal Djaber und Azita: "Die Islamische Republik hat zuerst die Massen entwaffnet, dann hat sie die Unterdrückungsorgane neu organisiert, wie die Polizei und die Armee, und sie hat die Pasdaran, die Komitees und viele andere hinzugefügt. Sie hat mit Bajonettschlägen die Arbeiterräte liquidiert, die die Fabriken kontrollierten, sie hat die Bauernräte, die die beschlagnahmten Landgüter kollektiv bearbeiteten, im Blut erstickt. Sie iranischen Frauen den Schleier aufgezwungen und Gesetze erlassen, die den Frauen alle wichtigen Berufe in den technischen, wissenschaftlichen und kulturellen Bereichen verboten hat. Sie hat revolutionäre und kommunistische Frauen gefoltert und hingerichtet. Sie hat die kurdischen, türkischen, aserbaidschanischen, belutischen und arabischen Völker, die unter der persischen Ungerechtigkeit und dem Chauvinismus leiden mußten, angegriffen, und sie hat die Einwohner der Dörfer mit Napalm massakriert." (Prozeßerklärung, 18. 3. 88)

Nachdem es Iraner/inne/n schon längere Zeit unmöglich war, in der BRD als politische Flüchtlinge anerkannt zu werden und Asyl zu erhalten, sie aber trotzdem geduldet wurden, zeichnet sich nun auch hier eine Verschärfung ihrer Situation ab. Das Land Bayern hat Anfang des Jahres Abschiebungen in den Iran beschlossen, Baden-Würtemberg will sie nicht mehr ausschließen.

Eine besonders perfide Methode wird seit Sommer vergangenen Jahres vom "rot-grünen" Senat in Westberlin praktiziert: Nicht-anerkannte Flüchtlinge, die aus humanitären Gründen nicht abgeschoben werden konnten - d.h. solche, die nach der Definition der UN-Flüchtlingskonvention politische Flüchtlinge sind! - wurde, wenn sie bereit waren, ihren Antrag auf Asyl zurückzuziehen, d.h. wenn sie bereit waren, auf ihre Rechte zu verzichten, eine Aufenthaltserlaubnis erteilt, die eine mögliche Abschiebung wesentlich erleichtert.

Wir fordern demgegenüber die strikte Einhaltung des "Abkommens über die Rechtsstellung von Flüchtlingen" der Vereinten Nationen durch die BRD und Westberlin, darüber hinaus die Anerkennung von Bedrohung durch Kriegs/Bürgerkriegs-Situationen und durch sexuelle Unterdrückung als Asylgrund.

AG Internationalismus in der Volksfront Westberlin

STARTBAHNPROZESS: ANDREAS SEMISCH IST FREI !!!

am 20.2. wurde der haftbefehl gegen andi semisch aufgehoben. der senat geht jetzt davon aus, daß andi nicht, wie bisher vorgeworfen, mehrere bekennerschreiben verfaßt hat. diese entscheidung wurde (bislang/27.2.) nicht näher begründet. im bescheid wird lediglich darauf verwiesen, daß der verdacht der hehlerei und begünstigung im zusammenhang mit einem waffenraub bestehen bleibt. ansonsten kommt diese wende so überraschend wie erklärungslos.

im juli '89 konnte, wer noch an reste von rechtsstaatlichkeit glaubte, mit der haftentlassung von andi rechnen. zu offensichtlich brach damals der zentrale u-haft- und anklagepunkt, ein linguistisches gutachten, in sich zusammen. die"mischung aus statistik und intuition", mit der der gutachter zu arbeiten pflegt, wurde immer lächerlicher, beliebigkeiten und falschheiten wurden nachgewiesen.

"baw und senat vollzogen daraufhin einen an dreistigkeit kaum zu überbietenden seitenwechsel: sie ließen es dahingestellt, ob das gutachten fehlerhaft oder gar falsch sei, aber zu einer verringerung des tatverdachts des angeklagten habe das ganze ja auch nicht beigetragen. andere, vorher unzureichende haftgründe mußten jetzt wieder herhalten, die wahrheitserfindung, wie sich ein bundesanwalt selbstredend versprach, kennt in diesem prozeß kaum noch grenzen."(*)

was jetzt, 7 monate nach diesem "skandal" (oder besser staatsschutzprozessualem normalfall!), zu dieser kehrtwendung geführt hat, kann niemand sagen. allerdings kann diese entwicklung nicht folgenlos bleiben. bisher mußte davon ausgegangen werden, daß in diesem prozeß, im windschatten der schüsse, erstmals der §129a, die "bildung einer terroristischen vereinigung", gegen leute aus einer sozialen bewegung bis zum urteil durchgezogen wird. dem gutachten der anklage gegen andi semisch kam dabei die zentrale rolle zu. denn zumindest er sollte als dritte person neben andreas eichler und frank die"terroristische vereinigung" komplett machen; ob auch gegen ina und rainer, deren verurteilung ebenfalls ansteht, der §129a angewendet werden sollte, war noch nicht absehbar. jetzt - so liegt es auf der hand- kippt der 129a und damit diese konstruktion, die anstehende abtrennung und verurteilung der drei wird unter anderen, entschärfteren vorzeichen stattfinden... möglicherweise natürlich nur, denn was der senat an den nächsten prozeßtagen beschließt und (z.b. auf drängen der baw) wieder verändert, auf eine einschätzung dazu will sich momentan keine/r mehr einlassen.

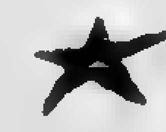
vor wenigen wochen erschien ein vom autonomen prozeßbüro herausgegebenes flugblatt, die einschätzung darin würde von den aktuellen ereignissen überholt. allerdings bleibt es dabei, daß zu zwei prozeßtagen breiter mobilisiert wird.

"jetzt sollen 3 freundInnen abgeurteilt werden, denen -neben frank, gegen den ja weiterverhandelt wird- unsere ganze solidarität gilt.

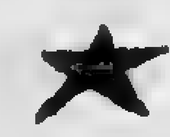
wir wollen mobilisieren:
- zum tag, an dem die angeklagten ihre abschlußerklärungen abgeben werden
- zum tag, an dem die urteile gesprochen werden.

wir wollen unseren angeklagten freundInnen zeigen, daß wir hinter ihnen stehen und rufen deshalb auf, an beiden tagen massenhaft zum prozeß zu kommen.

wir haben an beiden tagen im autonomen prozeßbüro (neue adresse im frankfurter zentrum, hinter der schönen aussicht 11a - 5 min. vom gericht entfernt eine prozeßcafe eingerichtet, zur information und als anlaufstelle.
für kinderbetreuung wird ebenfalls dort gesorgt.
an einem oder beiden tagen sollen um 17 uhr kundgebungen stattfinden und wir fordern alle auf, sich eigene, weitere solidaritätsaktionen zu überlegen." * (aus dem aufruf)



AUTONOMES PROZESSBÜRO
c/o zentrum, hinter der schönen aussicht 11
6000 frankfurt/m. tel.:069/296335
von 12 - 19 uhr an allen prozeßtagen, oft dienstags,fast immer donnerstags!



wöchentliches info zum startbahnprozeß "SOLIDARITÄT" über die BI gegen die flughafenerweiterung, c/o h. arnold, wilhelm leuschner str.50a, 6082 Mörfelde

AUFRUF ZUR SOLIDARITÄT UND UNTERSTÜTZUNG

VON SILVIA ENGELKE

Zur Erinnerung:
Silvia Engelke hatte sich dem RAF Hungerstreik im Frühjahr 89 zusammen mit Susanne Schöf u.a. im Rahmen des Kollektivs "Bel Fior" miteigenen Forderungen angeschloßen. Es gab damals einen Konflikt zwischen ihnen und Christa Eckes, die Briefe dazu hatten wir abgedruckt, der Diskussionen um mögliche Verbindungslinien zwischen "sozialen" Gefangenen und Gefangenen aus RAF und Widerstand auslöste.

Es zeigt sich mal wieder deutlich,wie der staat mit Repressionen reagiert,wenn einzelne Gegangene sich politisieren und sich im direkten Zusammenhang politisch begreifen lernen,als Teil des Kampfes gegen den Unterdrückungs- und Machtapparat.
Das wird ganz deutlich spürbar wie im Falle bei Silvia.
Silvia hat sich im Februar 89 mit eigenen Forderungen dem Hungerstreik für die Zusammenlegung angeschlossen.
Die Konsequenz,mit der die Herrschenden versuchten,ihren Abbruch zu erzielen,war auch prompt mit verstärkten Repressionen verbunden.In der Phase des Hungerstreiks drohte man Silvia,das Sorgerecht ihrer 4jährigen Tochter Giada zu entziehen.
Die Bindung von Giada zu Silvia war bis dahin sehr eng und intensiv.
Silvia ist 90% schwerbehindert aufgrund einer Lungentuberkulose,die sich über Jahre schon hinzieht.Durch die Knastbedingungen hat sich der Zustand von Silvia wesentlich verschlechtert.Es gab Anzeichen,daß die Tb wieder aufbricht,was dann lebensbedrohlich bis tödlich ist.Erst auf Silvias Drängen wurde einer Untersuchung bei einem Lungenspezialisten stattgegeben.
In dem ärztlichen Gutachten wurde festgestellt,daß sich die Frage einer Haftunfähigkeit stellt,Das Gutachten liegt dem Gericht vor.
Auf Anfragen des Gerichts an den Knast zu Silvias Haftfähigkeit legte der Knastarzt einen Bericht vor,aus dem hervorgeht, daß Silvia weiterhin haftfähig sei und die Verschlechterung ihres Gesundheitszustandes auf den Hungerstreik zurückzuführen sei.Auch wurde stark betont,daß,wenn Silvia an einem HS teinehmen könnte,wäre sie auch haftfähig und träge dafür auch die Konsequenzen.Das Gericht stützte sich auf die Aussagen des Knastarztes.
Im August 89 wurde Silvia aufgrund einer Entscheidung des OLG Köln aus der Haft entlassen.
In einem Schnellverfahren entzogen sie Silvia das Sorgerecht für Giada.
Die noch anstehende Berufungsverhandlung wurde trotz ärztlichen Attests wegen Verhandlungsunfähigkeit verworfen.
Die Revision wurde abgelehnt.Es steht ein Urteil von einem Jahr noch offen.Der Antrag auf Bewährung und Strafzusammenziehung wurde abgelehnt.

Was heißt das konkret:

Es ist bald mit einem Haftantritt zu rechnen.Giada lebt seit Silvias Inhaftierung bei ihren Eltern,Sie ist jetzt 1 Jahrund 4 Monate von Silvia getrennt.Die verhältnisse bei Silvias Eltern sind dem Gericht bestens bekannt.Aus den vorliegenden Akten ergibt sich Mißhandlungen,sexueller Mißbrauch an Silvia. Trotz Vorbehalte bestimmt das Vormundschaftsgericht mit Einvernehmen des Jugendamtes den Aufenthalt von Giada bei Silvias Eltern.
Es ist in absehbarer Zeit mit einem Haftantritt zu rechnen. Giada leidet stark unter der Trennung von Silvia.Es gibt Anzeichen von traumatischen Störungen -ständiges Kranksein,Bett- und Hosennässen,starke Ängste.

Was heißt das für Silvia:
Die Lungentuberkulose kann erneut aufbrechen,wenn sie zurück in den Knast muß.Auch ist die Frage,ob Silvia eine erneute Milliartuberkulose überleben wird,da sie inzwischen auf die starken Medikamente nicht mehr anspricht,resistent ist.
Sie hat aufgrund der schweren Medikamente eine Nervenentzündung in Hände und Füße und leidet stark unter neurologischen Schmerzen.

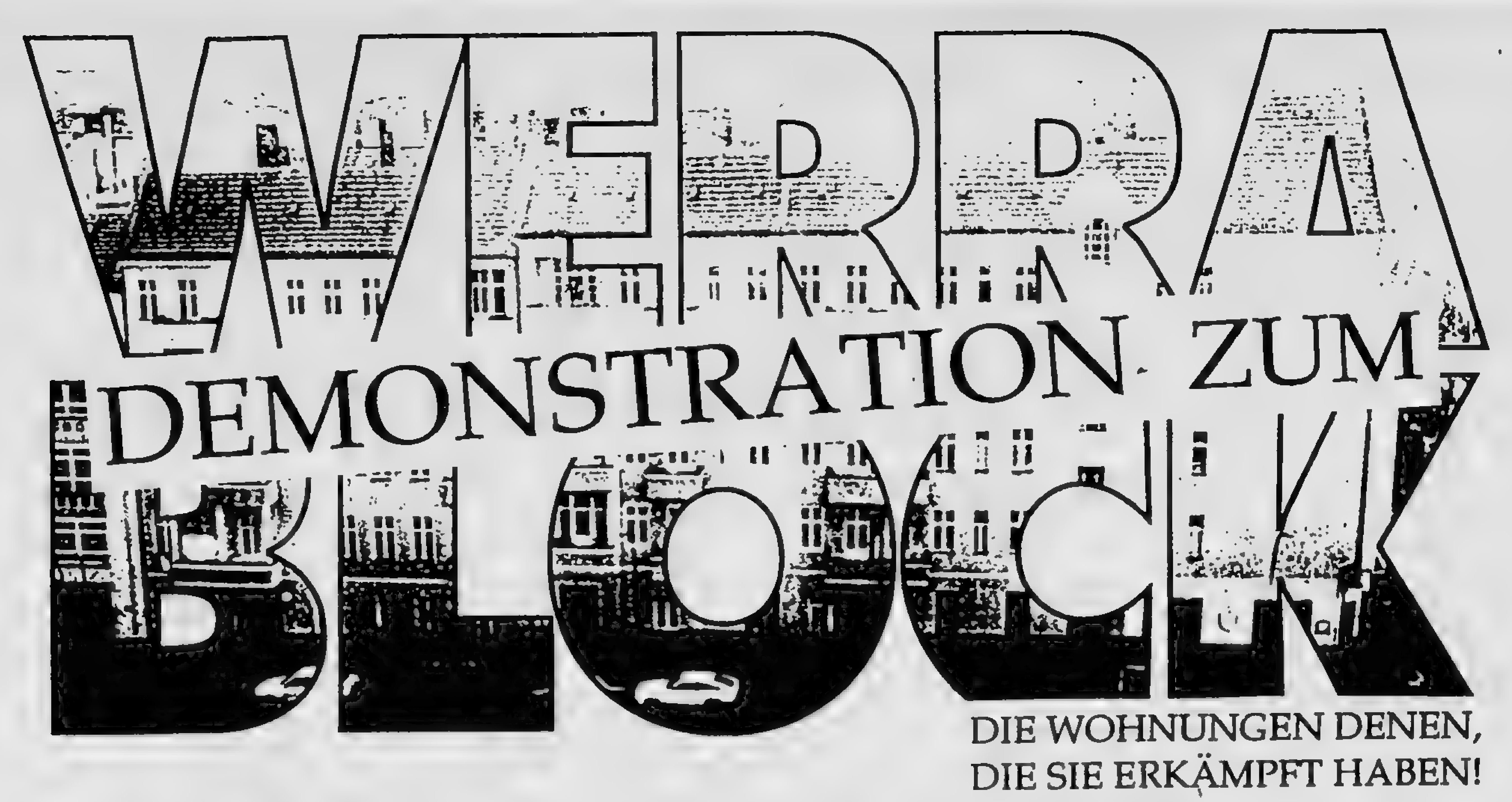
Sie gehen mit der Härte und Brutalität gegen Sivia vor,um den Ansatz im Hungerstreik von Politisierung und Kampf im Keim zu zerschlagen und so eine weitere Politisierung zu verhindern.
Sie gehen so verschärft mit Repressionen vor,da Silvia vereinzelt und isoliert dasteht.Das Kalkül ist auch Abschreckung für andere,die sich anfangen zu politisieren und solidarisch in den politischen zusammenhang stellen.
Wir denken,daß wir eine politische verantwortung tragen gegenüber Silvia,daß sie mit den Konsequenzen und Angriffen aus dem HS bzw. dem gemeinsamen Kampf für die Zusammenlegung nicht allein gelassen wird und wir es wichtig finden,die Situation gemeisam zu tragen.
Es geht uns darum,die Situation öffentlich zu machen und so die isolierte Situation aufzulösen.

Unsere Ziele sind:

SILVIA DARF NICHT ZURÜCK IN DEN KNAST;DAS WÄRE MORD

GIADA MUß SOFORT ZURÜCK ZU SILVIA,UM DIE SCHON INZWISCHEN AUFGETRETENEN SCHÄDEN AUFFANGEN ZU KÖNNEN

Wir stellen uns vor,daß die Forderungen aufgegriffen,unterstützt und weiter verbreitet werden.
Wir finden es wichtig,den Schutz von Giada und Silvia zu organisieren.



DIE WOHNUNGEN DENEN, DIE SIE ERKÄMPFT HABEN!

Die Auseinandersetzung um den Werra-Block geht in seine entscheidende Phase. Noch vor kurzem tönte Besitzer Roman Skoblo selbstsicher in der "BILD": "Ich muß nicht vermieten, habe eine gültige Baugenehmigung, könnte theoretisch 20 Jahre lang an dem Gebäude sanieren."

Weit gefehlt, Herr Skoblo!

Nun ist es amtlich: Nachdem bereits Ende Februar 20 Wohnungen an die Fachhochschule der Bundespost für 13 DM/qm vermietet wurden, sollen bis Ende März nun 60 weitere, der insgesamt 100 leerstehenden Wohnungen, vermietet werden.

Ein erster Erfolg ?

Eins ist klar: Die Vermietung der Wohnungen haben wir erkämpft. Es waren die vielfältigen Aktivitäten, von der Blockade der Modernisierungsarbeiten über zwei Besetzungen bis zu Kundgebungen und der Besetzung des Büros von Baustadtrat Branoner und der damit verbundenen Öffentlichkeit, die den Druck geschaffen haben, der Skoblo nun zum Einlenken zwingt.

Die geplante Vermietung über die "Kuppsch Gewerbeimmobilien" bedeutet im Grunde, daß Skoblo und die "Immobilien Braun" von ihrer jahrelangen Praxis, durch das Rausekeln von MieterInnen in ihren Privatmodernisierungsplänen freie Hand zu haben, zumindest vorerst Abstand nehmen müssen. Damit nicht genug. Auch die unhaltbaren Zustände in den vermieteten Wohnungen werden nun auf seine Kosten behoben. Was hinter einem solchen "Einlenken" allerdings stehen dürfte, ist der Versuch, durch das Eingehen auf die Forderungen der MieterInnen Ruhe zu schaffen und uns von den Wohnungen fernzuhalten, um die Privatmodernisierung auf eine weniger "skandalöse" Art und Weise fortzusetzen. Dennoch gehen wir davon aus, daß wir mit der Vermietung zum jetzigen Zeitpunkt einen ersten Erfolg erreicht haben.

Ist Skoblo angeschlagen ?

Seine Machenschaften kommen ihm und der "Immobilien Braun" mittlerweile teuer zu stehen, finanziell wie politisch. Finanziell, weil er inzwischen nicht nur für die Mängelbeseitigung in den bewohnten Wohnungen aufzukommen hat, sondern auch eine zweite Leerstandbuße von 68.000 DM zahlen mußte. Desweiteren ordnete die Bauaufsicht eine Generalüberholung der Dachstühle an. Politisch teuer, weil kein Spekulant in der letzten Zeit so häufig Gegenstand öffentlicher Diskussionen war. Allein in Neukölln unterstützen nahezu 80 Läden, Betriebe, Kneipen, und Projekte unsere Forderungen.

Werra-Block - Nicht ohne uns !

Wir werden es nicht zulassen, daß Skoblo und die "Immobilien Braun" die 60 Wohnungen wie geplant zu einem Quadratmeterpreis von 6 bis 13 DM, zumal über eine Maklerfirma, vermietet. Und wir werden es auch nicht zulassen, daß durch das Einschreiten des Bezirksamtes und der Senatsbauverwaltung der Konflikt um den Werra-Block entschärft wird, und WIR, die wir den Stein ins Rollen gebracht haben, jetzt dabei rausfallen sollen. Wir konnten zwar nicht verhindern, daß 20 der Wohnungen zu gewinnträchtigen Modernisierungspreisen an die Post verdealt wurden, aber für uns steht fest, daß die restlichen Wohnungen an uns und diejenigen MieterInnen, die bisher in beengten Verhältnissen wohnen, gehen müssen! Wir sind auch nicht bereit , mit unserer Miete die Profite der Spekulanten zu bezahlen und fordern deshalb einen Mietpreis, der die Instandhaltungskosten nicht überschreitet. Skoblo hat auf unsere Aufforderung, über diese Wohnungen zu verhandeln, bisher nicht reagiert.

Wir gehen auch nicht davon aus, daß er freiwillig unsere Forderungen erfüllen wird, genausowenig wie er jetzt freiwillig die Mängel beseitigt. Eine Vermietung an uns würde zum einen nämlich die freie Verfügbarkeit eines Hausbesitzers über "sein" Eigentum ankratzen, zum anderen würde es eine erfolgreiche Selbstorganisierung von Wohnungssuchenden und MieterInnen bedeuten.

- Und genau davor hat nicht nur Skoblo Angst!

Das will niemand der HERRschenden, einschließlich des SPD/AL-Senats, daß die Menschen gemeinsam für das kämpfen, was sie wollen - und das dann auch noch kriegen !

Wir wissen, daß wir nicht die einzigen sind, die dringend Wohnraum brauchen. Wenn wir daran aber etwas ändern wollen, dürfen wir uns nicht einzeln oder in Gruppen gegeneinander ausspielen lassen oder demütig um Wohnraum betteln, sondern wir müssen uns alle zusammen das nehmen, was wir wollen und brauchen.

Wir werden Skoblo und die "Immobilien Braun" weiterhin unter Druck setzen. Auch in anderen Häusern werden MieterInnen schikaniert, und es ist z.B. keine Seltenheit, daß die mittlerweile, leider schon üblich gewordenen Abstandzahlungen direkt auf Skoblos Schweizer Nummerkonten fließen.
Wir werden ihm keine Ruhe mehr geben. Wir werden überall da, wo er uns nicht erwartet, auftauchen, und da, wo er uns sucht, schon wieder weg sein. Als erstes aber werden wir uns frist- aber nicht formgerecht zur anstehenden Vermietung "bewerben". Dazu brauchen wir die Unterstützung von Euch allen !
Kommt daher zur

DEMONSTRATION
FREITAG, 23. MÄRZ 1990
17 UHR ZICKENPLATZ
(Hohenstaufenplatz, U-Kottbusser Damm)

- WOHNRAUM FÜR UNS UND DIEJENIGEN MIETERiNNEN, DIE IN BEENGTEN VERHÄLTNISSEN LEBEN !
- MIETEN, DIE DIE INSTANDHALTUNGSKOSTEN NICHT ÜBERSCHREITEN !
- RÜCKNAHME ALLER STRAFANTRÄGE UND ERMITTLUNGSVERFAHREN !
- KEIN PROFIT MIT WOHNRAUM !
- FÜR EINE STARKE MIETERiNNEN-BEWEGUNG !

KURZKUNDGEBUNGEN : am Mittwoch 21.März um
16.00 Uhr Hermannstr./Post
16.20 Uhr Karl-Marx-Str./Woolworth
16.40 Uhr Platz der Stadt Hof/Quelle
17.00 Uhr Rathaus Neukölln
17.20 Uhr Hermannplatz

Sachdienliche Hinweise über Skoblo und die "Immoilien Braun" wie immer an die Berliner Mietergemeinschaft, Stichwort: Werra-Block, Möckernstr. 92, 1 Berlin 61



KAMPF GEGEN UMSTRUKTURIERUNG + GENTECH AM RVK

SYLTER STRAßE



Weil wir nicht zulassen wollten, daß die FU kurz vor dem Winter 160 intakte Wohnungen abreißen läßt, haben wir am 28.10.89 die beiden ehemaligen Schwesternwohnheime des Rudolf Virchow Krankenhauses (RVK) in der Sylterstr.4 im Wedding besetzt. Bis auf mutwillig zerstörte Sanitäranlagen waren alle Wohnungen in gutem Zustand, beheizbar und zum Teil frisch renoviert.
Nach der "Berliner Linie" versuchten die Bullen eigenmächtig, uns noch in der gleichen Nacht zu räumen. Sie mußten uns wieder in die Häuser lassen, weil FU-Vizepräsi BRUCKNER keinen Räumungsantrag gestellt hat. Trotzdem wird jetzt auch gegen die ErstbesetzerInnen wegen Hausfriedensbruchs ermittelt.
Wir forderten die FU auf, die leerstehenden Wohnungen an Obdachlose, Flüchtlinge und wohnungslose Studenten zu vermieten. Die Antwort erhielten wir Sonntag Nacht: brutale Räumung durch ein großes Bullenaufgebot. Sie knüppelten auf die vor dem Haus versammelten Leute ein und verteilten auch an völlig Unbeteiligte Anzeigen.
Die BesetzterInnen wurden einzeln abgeführt, die Kripo fotografierte die Meisten und nahm Fingerabdrücke. Manche waren über 14 Stunden in Haft. Alles deutet darauf hin, daß an uns ein Exempel statuiert werden soll.
Wir verstehen das vor dem Hintergrund, daß der Abriß der Schwesternwohnheime im Zusammenhang mit der Umstrukturierung des RVK steht. Die Umfunktionierung des städtischen Krankenhauses in ein Uni-Klinikum ist der erste Schritt zur Zusammenlegung des Charlottenburger Klinikums mit dem RVK. Dabei fallen etwa 1500 Betten und 3000 Arbeitsplätze weg, weil bei einer Uni-Klinik der Schwerpunkt ausdrücklich in Forschung und Lehre liegt und nicht auf der allgemeinen Krankenversorgung. Westberlin soll wieder zum "Mekka der Elitemedizin" werden. Dabei ist die Gesundheitsversorgung der westberliner Bevölkerung dem Senat ebenso scheißegal wie der FU. Trotz der starken Repression durch die hauptverantwortliche Wissenschaftssenatorin RIEDMÜLLER-SEEL (SPD) und den Kuratoriumsbevollmächtigten NEHER (FU), die durch Disziplinarverfahren, Maulkorberlasse und Einschüchterung jede Kritik unterdrücken wollten, gibt es seit Jahren Widerstand gegen die Pläne. Pflegepersonal und ArztInnen schützten die zum Abriß bestimmten Pavillons, besetzten schließungsbedrohte Stationen, organisierten Demonstrationen und sammelten allein im Wedding über 28.000 Unterschriften gegen die Umstrukturierung. Anstelle der inzwischen abgerissenen Schwesternwohnheime soll '92(!) ein Tierversuchszentrum, ein gentechnisches Labor und eine "Humangenetische Beratungsstelle" (Euthanasieforschung) eingerichtet werden. Während dort am perfekten Menschen gebastelt wird, ist die notwendige Krankenversorgung im Wedding schon jetzt nicht mehr gegeben. Es herrscht Pflegenotstand, wegen des Bettenmangels können auch Akutkranke nicht behandelt werden.
Gegen die BesetzerInnen wurden 72 Ermittlungsverfahren wegen Widerstand, Sachbeschädigung, Körperverletzung, Haus- und Landfriedensbruchs eingeleitet. Die willkürlich konstruierten Beschuldigungen sollen dazu dienen, allen Widerstand gegen das menschenverachtende Großprojekt zu brechen. Unser Mittel gegen die Verfolgung ist Öffentlichkeit. Wir werden deshalb unsere Prozesse offensiv führen und dazu benutzen, die politischen und wirtschaftlichen Hintergründe der Umstrukturierung aufzuzeigen.

RÜCKNAHME ALLER STRAFANZEIGEN!

ZWISCHEN BUNDESDRUCKEREI UND SPRINGER

Lindenstr. 4o/41: Seit '69 Freiraum für ca. 7o Menschen, um auf genügend großem Raum andere Lebensvorstellungen zu entwickeln und zu realisieren.
'85 wurde das Interesse des Kapitals geweckt, sie brauchten für ihre IBA-Planung Südliche Friedrichstadt, eine Satelitenstadt auf der'Wiese', eine Infrastruktur. Da in der Planung keinerlei Freizeiteinrichtungen berücksichtigt waren, plante das Bezirksamt (BA) eine 'Kiezbegegnungsstätte' außerhalb des Wohngebiets und fand mit dem Bund Dt. Pfadfinder einen potenten Partner, mit dessen Hilfe die gesamte Fläche des Hauses Lindenstr. 4o/41 fit gemacht werden konnte, um gegen die Interessen der BewohnerInnen Protzbauten zu errichten, hauptsächlich um Berlin-Touris anzulocken. 17 Mio. DM IBA-Kohle und das sozialpädagogisch verpackte Integratiensmodell des Bundes dt. Pfadfinder (BdP) ergaben ein in der Öffentlichkeit vertretbares Konzept, das Wohnungsnot und Obdachlosigkeit aus den Köpfen verdrängte.

Trotz der sehr unterschiedlichen Lebens- und Interessenslage der BewohnerInnen wurde eine vermeintliche Gegenmacht aufgebaut, das den BdP und das BA scheinbar zum Einlenken und an den Verhandlungstisch zwang.
Laut Borchert (Jugendstadtrat 36/SPD) und BdP sollte Obdachlosigkeit vermieden und eine Lösung für Alle gefunden werden. Mehr und mehr wurde uns in den Gesprächen klar, daß uns eine Lösungsmöglichkeit nur vorgegaukelt wurde.
Mit Erfolg nutzten BdP und BA die Zeit, um mit Angeboten und Drohungen an einzelne Wohngruppen eine Spaltung voranzutreiben.
Jetzt, Anfang März, haben es die Handlanger der Herrschenden geschafft, unsre Gemeinschaft aufzureiben und sind sich sicher genug, um allen nicht-integrierwilligen NutzerInnen mit Räumung zum 3o/31.3.9o zu drohen.

Für uns bedeutet die Lindenstr. 4o/41 die Basis für die Entwicklung eines Arbeits- und Lebensraums nach unseren Vorstellungen. Zusammen mit anderen Menschen und Häusern wollen wir in dieser profitorientierten Isolationsgesellschaft unsere Kultur aufbauen, um gerade jetzt der Kapital- und Konsumgeilheit der Wiedervereinigungs- und E92-geblendeten Menschen etwas entgegenzu halten.
Die Vernichtung des Wohnhauses Lindenstr. 4o/41 sehen wir als Bestandteil der Umstrukturierungsmaßnahmen hier in Berlin und anderswo.
'Es soll hier Ruhe einkehren, sie wollen die Ruhe, Friedhofsruhe, erzwingen, erknüppeln, ergasen.
Denn nur ein guter Geschäftsablauf, ein großer Haufen Geld, das ist für sie Frieden.' (Redebeitrag einiger GenossInnen aus Zürich 3o.11.89)

!!!WIR BRAUCHEN HILFE UND UNTERSTÜTZUNG!!!

Am 19.3.9o sollen die ersten Bauvorbereitungsmaßnahmen (Abriss von Werk- und Wohnanbauten) beginnen.

Volxküche/Infoabend am Freitag, 16.3.9o 19.oo Uhr Cafe Lindenstr.

HERAUS ZUM 1. Mai

SOLIDARITÄT MIT ALLEN BESETZTEN HÄUSERN

FREIHEIT FÜR INGRID STROBL

WOHNRAUM FÜR ALLE, SONST GIBS KRAWALLE

Niemandsland ist noch nicht abgebrannt!

Auch wenn alle "Teutschland-einig Vaterland" schreien - Schreien wir noch lange nich mit*!

Für Ende April planen wir ein mehrtägiges Festival auf dem Mauerstreifen beim Potsdamer Platz/Kubat△.
Vorstellungen und Interessen des Vorbereitungsplenums "Berliner Frühling" sind breit gestreut. Wir repräsentieren eine Gruppe aus diesem Zusammenhang:
Uns geht es bei dieser Aktion nicht nur um eine symbolische Besetzung. Wir wollen uns dort Raum und Zeit nehmen, um Zusammenhänge neu entstehen zu lassen und Diskussionen zu Themen führen, die uns betreffen:

- Neue Perspektiven im Kampf gegen HERRschaft und Kapital
- Wider-Vereinigung
- AusländerInnenfeindlichkeit und wiedererstarkter Nationalismus sowie verbreiteter Akzeptanz der braunen Brühe

Diese Bereiche können nicht losgelöst voneinander betrachtet werden. Außerdem ist für uns undenkbar, Diskussionen zu führen, ohne den Hauptwiderspruch Patriarchat zu berücksichtigen.

Dieser Mauerstreifen soll nicht bloß zum Diskussionsforum werden sondern gerade auch Ausgangsort für Aktionen sein.

LEBENSRAUM FÜR UNS STATT BETONBUNKER FÜR DAIMLER-BENZ!

Wir brauchen noch Leute, die uns helfen, dieses Fest bunt und kraftvoll zu gestalten.
Das Vorbereitungsplenum trifft sich am

21.3. 19.00 Uhr Kinderbauernhof, Mauerplatz, Adalbertstr., Kreuzberg
28.3. 19.00 Uhr Umweltbibliothek, Griebenowstr. 16, Prenzlauer Berg

DENK ICH AN TEUTSCHLAND IN DER NACHT, SO WERD ICH UM DEN SCHLAF GEBRACHT!



einige autonome FRAUEN

ATOMMÜLLDEPONIE IN SEGREEN: BELAGERUNGSZUSTAND UND GUERILLA

Le Bourg d'Iré, ein Dorf im Departement Maine und Loire (West-Frankreich), sieht sich seit dem 13. Dezember 1989 auf die lange Liste der französischen Gemeinden gesetzt, die "zur Wahrung übergeordneter nationaler Interessen" militärisch besetzt sind. Das Unrecht der Bevölkerung im Segréen besteht darin, sich der Lagerung von Atommüll mit langer Halbwertszeit zu widersetzen. Heute sind 800 Polizisten vollauf damit beschäftigt, die Bohrarbeiten für ANDRA (der französischen Atommüllbehörde) abzusichern, in einem Dorf mit 800 Einwohnern.

DIE ANFÄNGE DER BEWEGUNG GEGEN DIE ATOMMÜLLDEPONIE

Alles beginnt wie in einem Scenario eines politischen Romans. Ort der Handlung: Das Segréen, im Norden des Departements Maine und Loire, eine hauptsächlich ländliche Gegend, wo die früher wichtigen Industrien (Eisenerz- und Schieferbergwerke) kaum noch Bedeutung haben. Am Abend des 19. März 1987, Punkt 8 Uhr, erfahren die BewohnerInnen, die sich in weiser Voraussicht vor ihrem Fernseher eingefunden haben, daß untersucht werden soll, ob die Bodenbeschaffenheit im Segréen es zuläßt, dort langlebige nukleare Abfälle (mehr als 244000 Jahre) 1000 m unter der Erde zu lagern. Vier Gegenden mit unterschiedlichen Böden wurden für einleitende Untersuchungen ausgewählt: Segré wegen des Schiefers, Neuvy-Bouin im Departement Les Deux-Sèvres wegen des Granits, eine dritte wegen des Tons und eine vierte wegen ihrer Salzböden.

Am Anfang scheint diese Ankündigung keine größere Wirkung im Segréen zu haben. Nur ein paar Dutzend Leute, die der Bewegung der Grünen und der ehemaligen PSU (Sozialisten) nahestehen, rufen zur Gründung gegen die Atommülldeponien auf. Trotzdem gelingt es der Atommüllbehörde ANDRA in der "Nach-Tschernobyl-Ära" nicht, die Bedenken der Bevölkerung auszuräumen und sie von der Effizienz dieser Art von Lagerung zu überzeugen. Ein Aktions- und Informationskomitee wird gegründet. Dieses Komitee weist kategorisch jede nicht mehr rückgängig zu machende Lagerung von Atommüll zurück und fordert, daß der Müll solange in den AKWs bleiben soll wie noch keine technisch hundertprozentige Lösung des Problems gefunden ist. Andererseits will das Komitee den Kampf gegen die Atomabfälle nicht mit dem Kampf gegen die Atomenergie verbinden. Es handelt sich um eine strategische Entscheidung; das Komitee will die Unterstützung der Abgeordneten gewinnen und die sind fast alle für Atomenergie.

Am 27. Juni 1987 demonstrieren 1500 Personen in Segré, zugleich beginnen einige Abgeordnete vom Projekt der Atommülldeponie abzurücken. Die Informationsveranstaltungen der Atommüllbehörde ANDRA werden immer häufiger von DeponiegegnerInnen gestört. Anfang Juli 1987 versuchen ANDRA-Techniker erste Bodenuntersuchungen durchzuführen. Sie kommen nicht dazu. Jedes Mal werden sie von mehreren Dutzend bis mehreren hundert Personen daran gehindert. Schließlich müssen die Untersuchungen von einem Hubschrauber aus abgewickelt werden. Am 6. August räumen DemonstrantInnen Büros der ANDRA aus. Am 9. August wird Segré von 200 Polizisten besetzt; sie werden dort eine Woche bleiben. Am 13. August demonstrieren 1000 Personen gegen die Anwesenheit der mobilen Garden. Am 15. August hauen die Bullen ab und weitere Versuche, den Boden zu untersuchen, werden eingestellt. Diese Arbeiten werden erst im Dezember 1989 wiederaufgenommen. Ende September 1987 demonstrieren erneut 1500 Personen in Segré.

Am 26. Oktober organisieren acht betroffene Gemeinden ein Referendum; mehr als 5000 Einwohner, das sind 85% der WählerInnen stimmen gegen das Projekt. Diese Ergebnisse haben natürlich keine Wirkung auf die zuständigen Stellen, sie bringen jedoch eine ganze Reihe KommunalpolitikerInnen in Verlegenheit. Tatsächlich halten es die Abgeordneten aus dem Segréen und aus dem Departement, die in ihrer übergroßen Mehrheit politisch rechts stehen, für klüger, keine Stellung zu beziehen. Die VolksvertreterInnen werden später ein Ablenkungsmanöver versuchen und eine Projektkontrollkommission einsetzen. Aber die Initiative scheitert. Von der ersten Sitzung dieser Kontrollkommission an, Anfang Dezember 1987, nehmen nach Aufruf des CADSA (Komitee gegen den Atommüll und für die Rettung des Anjou) 200 DeponiegegnerInnen die Räumlichkeiten in Beschlag und fordern die Abgeordneten auf, sich klar gegen das Projekt auszusprechen. Was sie dann auch erst mal tun.

1988 bleibt es fast ruhig; die Atommüllbehörde ANDRA führt keine Arbeiten aus. Nichtsdestoweniger sind Gerüchte im Umlauf. Angeblich ist das Projekt aufgegeben worden, weil das Erdbeben, das den Segréen im Mai erschütterte (es erreichte auf der Richter-Skala den Wert 3,6), die Hoffnungen von ANDRA zerstört hätte. Die Presse schreibt, daß ANDRA sich für die Deponierung in Salzböden entschieden hätte. (In der Tat hat sich ANDRA stark für die Salzstöcke in Deutschland interessiert, wo Atommüll mit niedrigem radioaktiven Gehalt eingelagert worden ist.) Andere machen darauf aufmerksam, daß bisher nur die Untersuchung von Tonböden abgeschlossen wurde.

Der Präfekt des Departements Maine und Loire wiederholt jedoch beharrlich, daß Arbeiten unmittelbar bevorstünden. Am 19. März 1988, dem ersten Jahrestag des Deponieprojekts, werden 600 DemonstrantInnen von mobiler Polizei empfangen. Kurz darauf spricht sich herum, daß Angestellte der ANDRA versuchen von Bauern aus der Umgebung Land zu kaufen. Schließlich, im April

1989, findet ANDRA ein Stück Land, das sie brauchen, in La Gibaudière (Gemeinde Bourg d'Iré), ein paar Kilometer von Segré entfernt. Am 5. Juni formen 2000 Personen ein riesiges NEIN auf dem Terrain, anwesend sind auch alle KommunalpolitikerInnen. Im Verlaufe des Sommers bekräftigt der Präfekt immer wieder, daß er alle Vorkehrungen treffen wird, damit die Arbeiten im Herbst beginnen können. Die GegnerInnen des Projekts kommen nach Monaten relativer Ruhe wieder zusammen und organisieren im September Versammlungen und Feten im Segréen und in Neuvy-Bouin im Departement Les Deux-Sèvres (Bourg d'Iré und Neuvy-Bouin liegen nur ca. 100 km auseinander. Die beiden Aktionskomitees, CADSA und CIAD, stehen in ständigem Kontakt miteinander.) Am 3. September 1989 versammeln sich 15000 Personen in Neuvy-Bouin; am 17. September sind es fast 10000 in der Nähe von Segré. Im Oktober lehnt der Gemeinderat von Segré das Projekt offiziell ab (einstimmig) und fordert den Rückzug von ANDRA. Anfang Dezember ist es der Rat des Departements Maine und Loire (der politisch rechts steht), der die selbe Position einnimmt, obwohl er zugleich seine Unterstützung für die AKW-Stromerzeugung ausspricht. (Den Gipfel der Lächerlichkeit erreicht der Bürgermeister von Cholet, der sich gegen das Deponieprojekt im Segréen ausspricht, andererseits aber anbietet, Atommüll kurzer Lebensdauer - bis 300 Jahre - in seiner Gemeinde zu deponieren.)

SEIT DEZEMBER 89: MILITÄRISCHE BESETZUNG UND WIDERSTAND IM SEGREEN

Am 12. Dezember kommt eine Schwadron mobiler Polizei, begleitet von Panzerwagen in der Nähe des Deponiestandorts Trayes bei Neuvy-Bouin an. Die Polizei, die natürlich sogleich bemerkt wird (seit langem hatten die ProjektgegnerInnen Überwachungspatrouillen organisiert), wird von 500 Personen blockiert und macht kehrt. Das ist das Signal zur Mobilisation im Anjou.

Am 13. Dezember schließen 250 Polizisten Bourg d'Iré ein und gehen auf 200 mit Mistgabeln und Knüppeln bewaffnete Leute los, die sie erwarten. 5 Bullen werden verletzt. Am Abend verwüsten DemonstrantInnen mit Äxten die Büros der ANDRA in Segré. Am 14. werden die Zugangsstraßen zum Deponiestandort mit Eggen blockiert, diese werden auch in Brand gesetzt. Am Deponiestandort ist mittlerweile ein Gitterzaun aufgebaut worden; drumherum wurden tiefe Gräben ausgehoben. Am 15. gibt es neue Kämpfe zwischen Einheimischen und mobilen Polizisten, die jetzt zu 450 sind.

Überwachungspatrouillen kontrollieren jede Bewegung verdächtigen Verkehrs (Das Antideponiekomitee CADSA verfügt über 80 Überwachungsstreifen, die mit CB-Funk ausgerüstet sind und sich Tag und Nacht ablösen.) Autos einer Überwachungsgesellschaft und das Auto des Chefs einer Firma, die am Standort arbeitet, werden angezündet, ein Maschinen- Schwertransporter und ein Bagger werden beschädigt. Auch in weiter entfernten Dörfern werden in den folgenden Nächten zwei LKWs einer Firma in Brand gesteckt, die Arbeiten auf dem Bauplatz ausführt. Am 16. wird die mobile Polizeigarde auf 800 Mann verstärkt. 2000 Personen demonstrieren in strömendem Regen um den Deponiestandort herum. Am Schluß dieser Demonstration stehen ungefähr hundert Leute den Bullen gegenüber. Einem Bauer wird der Kieferknochen durch den direkten Aufprall einer Tränengaspatrone zertrümmert. Der Präfekt gibt bekannt, daß in vier Tagen insgesamt 1500 Tränengaspatronen abgeschossen wurden, davon die Hälfte innerhalb einer Stunde am Sechzehnten. Am 19. werden in der Nähe des Standorts neue Hindernisse errichtet. Die GegnerInnen der Atommülldeponie sind gut organisiert. In jedem Dorf existiert ein Telefonnetz, das es erlaubt, sehr schnell ein Maximum an Leuten zu organisieren. Die ANDRA-Techniker werden systematisch verfolgt, manchmal aufgehalten und bedroht. Am 21. Dezember kommt es zu neuen Zwischenfällen, nachdem die Aktion "Gegrillte Hühner" über die Bühne gegangen ist, die darin bestand, um den Standort herum Säcke mit Schwefel anzuzünden. Schließlich drohen die Abgeordneten sich vom Antideponiekomitee CADSA zu entsolidarisieren, wenn das Komitee nicht besser "seine Truppen" kontrollieren könnte. CADSA gibt bekannt, daß es jeden Einsatz von Gewalt ablehnt; unter diesen Umständen finden die Aktionen erst mal weiter entfernt vom Deponiestandort statt. Am 23. wird die (obligatorische) Zahlstelle auf der Autobahn bei Ancenis besetzt. Im Morgengrauen des 25. werden auf Straßen in der Nähe des Deponiestandorts neue Sperren errichtet, Wasserleitungen und Telegraphenmasten herausgerissen, Straßen werden durch ausgehobene Gräben unpassierbar gemacht. Als dies festgestellt wird, ist an den Sperren niemand mehr zu sehen.

Zu Sylvester will CADSA die Lebensmittelversorgung für die mobilen Garden, die im Schloß von Bourg d'Iré untergebracht sind, blockieren. Diejenigen, die sich nicht bei den Händlern im Dorf versorgen können, bedienen sich bei Mutter Erde. Am 28. statten 200 Personen den Supermärkten in der gegend einen Besuch ab und drohen ihnen Repressalien an, wenn sie an die Bullen verkaufen. Einem Supermarkt in Segré, der den Boykottaufruf nicht respektieren will, werden 10 Tonnen Mist vor den Eingängen abgeladen. Am 29. will eine Firma, die auf dem Bauplatz arbeitet, wegen der ständigen Repressalien nicht mehr weitermachen. Daraufhin beschlagnahmt der Präfekt das Firmeneigentum vor Ort. Am 30. trommelt CADSA über die Telefonkette ihre AktivistInnen in Segré zusammen. 300 kommen, ohne Ort und Ziel der Aktion zu kennen (übliche Strategie des CADSA). Diesmal geht es darum, die



die Eisenbahnlinie Angers - Le Mans und die Autobahn zu blockieren. Am 1. Januar 1990 bittet das Antideponiekomitee CADSA alle Leute aus dem Segréen zu einem Familienspaziergang rund um den Deponiestandort und um den Eintrag in das goldene Schandbuch: 2500 Personen machen mit. Am 2. Januar erzwingen 60 Personen die Umkehr eines Schaufelladers, der die Straßen zum Schloß, wo die mobile Polizei logiert, ausbessern sollte. Am 5. boykottieren fast 300 Kommunalverordnete die Vereidigungsfeierlichkeiten des Präfekts und fahren statt dessen nach Bourg d'Iré. Am 6. fallen 250 Personen im Bahnhof von Angers auf. Sie steigen in den ersten Zug nach Paris, mit der festen Absicht vor dem Industrieministerium zu demonstrieren. Bei der Ankunft in Paris werden sie von ebensoviel CRS (Spezialeinheit) empfangen. Die Präfektur hatte durchgegeben, daß "300 Gewalttäter" unterwegs wären. Unfreiwillig geht es mit dem nächsten Zug wieder nach Angers zurück. Dort ist der Empfang besser: 200 Leute erwarten sie zur großen Farandole (Tanz) durch die Innenstadt.

Am 11. wird abends festgestellt, daß ein Konvoi von Fahrzeugen mit Maschinen und Baumaterial im Anrücken ist. Der Konvoi wird von mobiler Polizei eskortiert. Sogleich werden in der Nähe des Bauplatzes Barrikaden aufgeworfen. Der Konvoi kann erst nach sehr heftigen Auseinandersetzungen passieren. Obwohl das Antideponiekomitee CADSA nach der gescheiterten Aktion dazu aufruft für heute Schluß zu machen, sehen das 200 Leute anders. Bewaffnet mit Bolzen, Pflastersteinen und Eisenstangen nehmen sie sich die Unterpräfektur in Segré vor. Am 15. versuchen die DeponiegegnerInnen wieder ein Fahrzeug vom Bauplatz zu blockieren, ohne Erfolg. Am 17. Januar ist ein Konvoi von Kiestransportern der Anlaß für sehr gewaltsame Auseinandersetzungen. Das Pionierregiment aus Angers soll nämlich eine Straße durch den Schloßpark bauen, damit die mobile Polizei (die im Schloß untergebracht ist) direkt zum Bauplatz fahren kann ohne Bourg d'Iré passieren zu müssen. Die DeponiegegnerInnen wissen das. Der Konvoi und die ihn begleitenden Polizisten werden in Bourg d'Iré erst mal gestoppt. Die BewohnerInnen von Bourg d'Iré, der polizeilichen Besetzung überdrüssig, tun ihr Äußerstes, teilweise stellen sie sich ihnen in den Weg, so daß es zu direkten körperlichen Auseinandersetzungen kommt. Der Kampf dauert nur 10 Minuten, hinterläßt aber Spuren. Der Boden ist mit Tränengaspatronen übersät und mehrere Bullen sind ernsthaft verletzt (gebrochenes Bein, gebrochene Rippen, tiefe Wunden). Den ganzen Tag über sind Bourg d'Iré und der Nachbarort von mehreren Hundertschaften Polizei belagert, die die Personalausweise kontrolliert, während Panzerwagen wie bei einer Parade herumfahren.

Der Präfekt nutzt die Situation aus und erklärt, daß das Aktionskomitee

die sogenannten 200 Gewalttäter nicht mehr kontrollieren könnte. Aus einem einfachen Grund, denn das Antideponiekomitee CADSA hat für den darauffolgenden Samstag, den 20. Januar zu einer friedlichen Demonstration in Angers aufgerufen. Der Präfekt läßt nun verlauten, daß es auf jeden Fall Auseinandersetzungen geben wird, daß reichlich CRS da und die Repression fürchterlich sein wird. Der Präfekt hofft so den Leuten Angst zu machen und vom Mitdemonstrieren abhalten zu können. Die Mühe war allerdings vergeblich; die Demo findet mit großer Beteiligung statt, mehr als 15000 Personen (das ist die größte Demo seit Mai 68) gehen friedlich die Boulevards von Angers entlang. Die große Mehrheit der DemonstrantInnen kommt aus dem Segréen; es sind aber auch Delegationen von anderen Atommülldeponiestandorten anwesend, u.a. aus Neuvy-Bouin (von dort sind 150 BewohnerInnen gekommen) und La Hague. Die DemonstrantInnen konnten sich davon überzeugen, daß die Koordination der Antideponiekomitees noch gut funktioniert. So wird auch bekannt, daß zwei weitere Deponiestandorte von der einheimischen Bevölkerung besetzt gehalten werden; die mobile Polizei hat es bisher für klüger befunden nicht dagegen vorzugehen.

Die Massendemonstration vom 20. Januar hat den BewohnerInnen aus dem Segréen die Moral wiedergegeben; sie sind fest entschlossen, den Abzug der ANDRA und der mobilen Polizei zu erreichen. Falls dies nicht geschieht, wird während der Bauzeit der Atommülldeponie, die auf 18 Monate veranschlagt ist, noch manches Ungemach auf Letztere zukommen.

Angers, 21. Januar 1990

P.S. Infolge der Demonstration hat der Präfekt angeordnet, die Bauarbeiten für mindestens eine Woche bis zur nächsten Sitzung zu stoppen.

Quelle: Courant Alternatif Nr. 93 (Februar 1990).
Der "Courant Alternatif" ist eine monatlich erscheinende Zeitschrift, die von der "Organisation Communiste Libertaire" herausgegeben wird.
Das Einzelheft kostet 20 Frs, das Jahresabo (10 Nummern) 180 Frs.
Kontaktadresse: OCL/Egregore, BP 1213, 51058 REIMS cedex, Frankreich.

Übersetzung: Autonome Opposition

Nie wieder Großdeutschland

In der letzten Zeit hat man den Eindruck bekommen, daß die sogenannte "Wieder"-Vereinigung schon längst beschlossene Sache ist, und nur noch die DDR-Wahlen abzuwarten sind.
Dem ist aber nicht so.

Helmut Kohl, seine Regierung, seine Anhänger, seine Wähler und alle Befürworter eines Großdeutschlands haben ihren Kampf um die DDR, die "Wieder"-Vereinigung und um die Währungsunion noch nicht gewonnen!

Auch die Parteien, die vorher für eine Eigenstaatlichkeit der DDR eingetreten sind (Grüne, SPD usw.) sind nun auf den Vereinigungskurs der Rechten eingeschwenkt.

Die nun "große Koalition" der Wiedervereiniger streut den Menschen in der DDR Sand in die Augen. Sie reden im Wahlkampf von der schnellen Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme der DDR durch einen Anschluß an die BRD, es geht ihnen aber um den Anschluß Osteuropas an den (kapitalistischen) Weltmarkt.

Der Anschluß der DDR bedeutet aber erhebliche soziale Nachteile für die DDR-Bevölkerung, weil soziale Errungenschaften wie beispielsweise billige Mieten, Lebenshaltungskosten und geringe Arbeitslosigkeit auf dem "schwarz-rot-goldenen Altar" geopfert werden müßten.

WIR FORDERN:

- Den Erhalt einer unabhängigen DDR
- Anerkennung der polnischen Westgrenze
- Keine "Wieder"-Vereinigung! Kein Großdeutschland! Kein 4. Reich!
- Streichung aller Grundgesetz-Anmaßungen (Präambel, § 23 usw.)
- Keine Währungsunion! Kein Ausverkauf der DDR!
- Frieden, Völkerverständigung und Internationalismus!
- Keine Stärkung des BRD-Imperialismus
- Gegen Sozialabbau in Ost und West

Kommt alle zur Demonstration



am Samstag, 17. März 1990 um 14.00 Uhr auf den Adenauerplatz

Route: Ku'damm, Fasanenstraße: Jüdische Gemeinde, Hardenbergstraße: Industrie- und Handelskammer/Amerikahaus, Breitscheidplatz: Gedächtniskirche

UnterstützerInnen dieses Aufrufes: AJA Autonome Jugendantifa, Antifa Bündnis Zehlendorf, Sozialistischer SchülerInnenbund Berlin (SSB-B), LandesschülerInnenvertretung, Alternative Jugendorganisation (AJW), ISKRA-AnsAll (Arbeitsausschuß für naturgemäß spaßige Angelegenheiten im ISKRA), Sozialistische Arbeitergruppe (SAG), Zusammenschluß Berliner SchülerInnen gegen Neonazis (ZBS)

Zu dieser Demonstration rufen bisher außerdem auf: Bündnis gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus, Mitglieder des Geschäftsführenden Parteivorstand der SEW, Gruppe Oktober/Revolutionäre Sozialisten, Kommunistischer Bund, VVN/VdA, Antifa Charlottenburg, Autonome KommunistInnen Westberlin, AStA FU, PROjekt WOchenzeitung, Antifagruppe der Beethoven OG, Dr. Klaus Croissant, Hanne Hiob-Brecht, Fritz Teppich, Till Meyer, Wiglaf Droste, Elefantenpress, Mittwochsrunde, Christa Kroker, Heinz Kappel, Dirk Schneider, Maria Kniesburges, Karl Heinz Roth, Anneliese und Johannes Bornheim, Benno Hopmann (MdA/AL), Brigitte Ziegler, Betriebsrätin, Aktives Museum Faschismus und Widerstand, Deutsche Friedensgesellschaft e. V.(DFG), Aktionsbündnis Vereinigte Linke: VL, Die Nelken, KPD, MKPD, Unabhängige Linke

V.i.S.d.P.: AJA, c/o ISKRA, Muthesiusstr. 18, 1000 Westberlin 41

Liebe FreundInnen und GenossInnen,

bei dem Vorbereitungstreffen zu den Demonstrationen am 17. März und 8. Mai am Montag waren anwesend VertreterInnen von:

AJW, Antifa Wedding, Bündnis gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus, Westberliner Initiative für ein antiimperialistisches Bündnis, MLPD, Autonome Antifa Berlin/DDR, SEW, ÖkosozialistInnen, Autonome KommunistInnen Westberlin, Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft Berlin/DDR, ESG-AusländerInnen-Zentrum, Mittwochsrunde, VVN/VdA, Friedenskoordination, Antifa-Plenum Charlottenburg, Antifa Bündnis Zehlendorf, Autonome Jugendantifa Südwest, Gruppe Oktober/Revolutionäre Sozialisten, Antifa Westberlin (Beobachterstatus), AJA (Autonome Jugend Antifa), Falkenladen ISKRA

Wir haben uns auf folgendes Vorgehen geeinigt:

1> Der Kreis unterstützt die Demonstration am 17. März 1990 <siehe unter2>).
Für die Demo am 8. Mai ist abgesprochen, daß sie, wenn die "Republikaner" ihre "Deutschlandkonferenz" abhalten sollten (die Informationen dazu sind widersprüchlich), dorthin mobilisiert wird. Eine Koordination mt der Hauptstadt-Linken wird angestrebt: In der Tendenz ist klar, daß es zwei Aufrufe und auch zwei Demonstrationen - vor Ort also - geben soll. Ein gemeinsames Vorgehen aber dann, wenn die "Republikaner" tagen. Ein Austausch von RednerInnen ist denkbar, aber auch eine gemeinsame Abschlußkundgebung ist in der Diskussion.
Das nächste Treffen findet am Montag, 26. März 1990 im AStA der TU um 19.00 Uhr statt. Ihr seit hiermit herzlich eingeladen.

2> Konkret für den 17. März gab es ein weiteres und erweitertes Arbeitstreffen am vergangenen Mittwoch:
Die Demo findet am 17. März um 14.00 Uhr vom Adenauerplatz aus über Ku'damm, Fasanenstraße, Hardenbergstraße bis zur Gedächtniskirche statt; vorbei an der Jüdischen gemeinde, der Industrie- und Handelskammer und dem Amerikahaus.
RednerInnen werden sein:
Karl Heinz Roth
Fritz Teppich
Renate Michalek (PDS)
Eine ausländische Genossin des ZBS (Zusammenschluß Westberliner SchülerInnen)
Angefragt sind zudem eine Vertreterin der VL sowie für einen Zwischenbeitrag vor der Jüdischen Gemeinde Michael Rohde.

Ab heute, Donnerstag-Abend, sind die Flugblätter zu erhalten bei:
AStA FU, Kiebitzweg 23, 1/33
PROWO, Eisenbahnstr.4, 1/36
SEW-Wedding, Weddingstr.6, 1/65
SEW-Zentralbüro, Wilmerdorfer Straße 165, 1/10
AJW c/o AL, Badensche Straße 29, 1/31
ISKRA-Laden, Muthesiusstr. 18, 1/41
Dort sind ebenfalls Plakate zu erhalten.
Bitte holt Euch Flugblätter und Plakate ab und verteilt sie in Eurem Umfeld; die Mobilisierung konnte nur sehr kurzfristig begonnen werden.
Am Freitag, 16. März findet eine Vollversammlung zur Vorbereitung der Demonstration im Mehringhof, Versammlungsraum um 19.00 Uhr statt.
Das nächste Vorbereitungstreffen findet am 15. März um 18.00 Uhr im ISKRA-Laden statt.
Soweit also, mit revolutionären Grüßen

Internationaler Kongreß in Italien

Mitte April wird in Triest (Italien) ein internationaler Kongreß gemacht, der sich mit der anarchistischen Bewegung in Osteuropa beschäftigt. Wenn noch andere Leute Lust haben, zu dem Treffen zu fahren, sollten sie sich zur besseren Koordination beim A-Laden Moabit melden. Das Papier ist von den GenossInnen aus Triest.
Die männliche Schreibweise ist dem Original entnommen.

Der Osten - Laboratorium der Freiheit

Jeder sieht die schnellen Veränderungen in den Ländern des Ostens, weniger bekannt dagegen ist das Wiedererwachen des Anarchismus in diesen Ländern (Polen, Ungarn, CSSR, DDR, UdSSR und andere). In fast allen Ländern des Ostens existieren libertäre/anarchistische Gruppen und Bewegungen.

In Triest, Grenzstadt zwischen Osten und Westen, treffen sich Anarchisten aus beiden Teilen Europas vom 14. - 16. April zur ersten Zusammenkunft dieser Art, eine einmalige Gelegenheit.

Dieser Kongreß hat den Zweck, den Meinungsaustausch in persönlichen Kontakten zu fördern und konkrete Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln. Das Treffen wird von der Gruppe "Germinal" organisiert, mit Unterstützung der F.A.I. (Italienische Anarchistische Föderation) und in Zusammenarbeit mit europäischen und nordamerikanischen Gruppen und Genossen.

Folgende Themen sind vorgeschlagen:

1) Die ideologische Krise des Marxismus (Bankrott des Staatssozialismus, Erstarken des Markts, Wiederentdeckung des Liberalismus, neue Nationalismen, Wiederaufleben der Religiosität...) und die institutionellen Veränderungen (demokratische Wahlen, Austausch der Führungsgruppen...).

2) Entwicklung der oppositionellen Gruppen im Osten (ökologische Tendenzen, Jugendgruppen, Feminismus, Syndikalismus, Menschenrechte etc.) und Räume für Autonomie und Freiheit (Realität libertärer Bewegungen, ihre Arbeitsperspektiven und konkreten Projekte etc.).

3) Neue und gemeinsame Perspektiven für die Anarchisten in der Folge der deutschen Wiedervereinigung und der europäischen Einheit von 1992.

4) Technische und solidarische Zusammenarbeit zwischen den Anarchisten des Ostens und des Westens.

Es ist vorgesehen, mit einer Vollversammlung am ersten Tag zu beginnen, die das gegenseitige Kennenlernen von Gruppen und Einzelpersonen ermöglichen soll. Alle werden hiermit aufgefordert, bis zum 31. 3. der Gruppe Germinal in Triest eine schriftliche Vorstellung der jeweiligen Aktivitäten und der Standpunkte zur aktuellen Situation im Osten einzureichen, zusammen mit Propagandamaterialien, auch wenn sie nicht aktiv teilnehmen können (möglichst englisch, französisch oder italienisch). Diese Papers werden übersetzt und auf dem Kongreß verteilt als "Führer" für die Teilnehmer.

Die Aktivitäten werden sich in Plenarversammlungen und Arbeitsgruppen abspielen. Am 17. wird eine öffentliche Versammlung sein.

Dieser Kongreß, der kein spektakuläres Ereignis sein will, wendet sich an alle anarchistischen Bewegungen, vor allem aber an alle Gruppen und Genossen des Ostens und an die im Westen, die besonders an diesen Veränderungen interessiert sind.

Um die Kosten zu bewältigen, besonders um den Genossen aus dem Osten die Teilnahme zu ermöglichen, bitten wir die Gruppen aus dem Westen um konkrete Unterstützung der Initiative: conto corrente postale (Postscheckkonto): Triest 16525347, gerichtet an GERMINAL (nur für Italien) oder mit internationaler Postüberweisung an GERMINAL, via Mazzini 11, 34121 Trieste (Italien).

Wer teilnehmen möchte, wird aufgefordert Kontakt aufzunehmen, schriftlich oder auch telefonisch (Tel. 40 368096, Dienstag und Freitag von 18 bis 20 Uhr)

ERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE

jeden Tag

Info-Tel. 04221/74945
oder schriftlich: Infotelefon c/o ALBUM, Oldenburgerstr. 13, 2870 Delmenhorst

Lesbisch-feministisches Infozentrum & Treffpunkt Kohlfurther Str. 40. Tel.: 614 94 98

13.00 - 20.00 Besetztes Infocafe in der Lübbenerstr. 29

14.00 - 18.00 Stadtteilladen Rat und Tat, Liebenwalderstr.16

14.00 - 20.00 Infocafe in der Nostizstr. 49

15.00 - 24.00 Café der 19.000 Wohnungslosen
in Remise Danckelmannstr. 54a

16.00 - 18.00 Infocafé Vamos,
freitags nur für Frauen. In der Marchstr.

?? - ??Infocafe Brümerstr. 52

Mo. - Fr. 10.00 -18.00 Cafe Geschwulst
im Keller des OSIs in der Ihnestr. 22.

Mo.- Sa. 15.00 - 19.30, So 11.00 - 11.30
"Nichts wie weg" Eine etwas andere Austellung zum Thema Tourismus. Alljährlich, wenn die Internationale Tourismusbörse ihre Tore öffnet, schlägt das Herz eines manchen "alternativen" höher. Die Welt liegt uns zu Füßen - wo geht es dieses Jahr hin? Und zum Glück reisen wir nicht in den Massen, sind wir keine Neckermänner/frauen, zerstören nichts. Was alles zerstört wird und wie wir daran beteiligt sind, das wollen wir mit der Ausstellung und dem Abendprogramm aufzeigen. bis zum 17.3. im Ökodorf, Kurfürstenstr. 14

Donnerstag, 15. 3.

17.00 Eritrea - Aufbau einer neuen Gesellschaft.
Infoveranstaltung mit Tonbildreihe. Seit 30 Jahren herrscht Krieg in Eritrea. Aber der längste Befreiungskampf hat nicht nur militärsche Aspekte. Unermüdlich arbeiten die EritreerInnen am Aufbau einer neuen Gesellschaft. In dieser Veranstaltung wird über die neuesten Entwicklungen in Eritrea und über den grundsätzlichen Aufbau berichtet. Im El Locco

18.00 Vorbereitungstreffen für die Demo am Samstag 17. 3. im ISKRA-Laden, Muthesiusstr. 18, 1/41

19.00 "Ediths Tagebuch"
Edith wünscht sich eine bessere Welt, so wie sie sie in ihrem Tagebuch beschreibt. aber ihre Realität sieht ganz anders aus. 16 mm Film. Im El Locco

20.00 Antifa-Plenum Charlottenburg TOPs:
1. Die antifaschistische Selbsthilfe organisieren - aber wie und in welchen Bündnissen?
2. Charlottenburg ist nicht SO 36! - Diskussion über die Vermittelbarkeit von Aktionen und Demos im Kiez;
3. Vorbereitung des nächsten antirassistischen Straßenfestes am Klausener Platz. Im Umweltladen, Kamminer Str. 34, U-Bhf. Mierendorffplatz

20.00 "Urlaubsflirt - rein zufällig?" Westliche TouristInnen auf der Suche nach Exotik und Erotik. Dias, Vortrasg Diskussion. Im Ökodorf. Siehe auch "jeden tag"

20.00 "Max Nettlau"
Vortrag und Diskussion über sein Werk. Er war Geschichtsforscher der frühen deutschen anarchistischen Bewegung. Im A-Laden, Rathenower Str. 22

21.00 "Wem die Stunde schlägt" 16 mm Film nach dem Roman von Hemingway. Im El Locco

23.00 "Die Glorreichen"
Theaterkabarett. Zwei Figuren leben in einem Haushalt, der eine ein Kid, ist ein Computerfreak, der andere, der Alte, hat den Übergang von Mechanik zu Elektronik noch nicht vollzogen. Im El Locco.

jeden Donnerstag

16.00-22.00 Frauentag im Infocafé Lübbenerstr. 29

18.00 Gruppentermin des ASTI (anarchistische Gruppe) im A-Laden, Rathenowerstr. 22.

19.00 Häuserkampfplenum in der Nostizstr. 49.

Freitag, 16. 3.

9.30 Prozeß wegen Besitzes von **1/10 Gramm Haschisch.** Im Saal 138, Amtsgericht Moabit.

19.00 VV zur Demo am Samstag. Im Versammlungsraum, Mehringhof

20.00 "Der da ist tot und der beginnt zu sterben"
Ein Film über Veränderungen in einem abgelegenen italienischen Dorf durch den Tourismus. Im Ökodorf. Siehe auch "Jeden Tag"

21.00 Frauen- und Lesben-Disco im Steps

22.00 Klezdisco im Syndikat, Weisestr. 56

19.00 "Ediths Tagebuch" Siehe Do. 19.00. Im El Locco

jeden Freitag

15.00 - 20.00 Infoladen Lunte geöffnet

19.00 Volksküche immer vegetarisch, nie Alk, im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.

21.00-3.00 Cafe des Autonomen Begegnungszentrum "Kirche von unten", Elisabethkirchstr. 21, Berlin, Hauptstadt der DDR.

Samstag, 17. 3.

14.00 Demo **"Schluß mit dem natinonalen Taumel! Für eine unabhängige DDR. Gegen den Anschluß der DDR an die BRD"**
Am Adenauerplatz. Siehe Flugi im Heft.

14.00 FestvorbereiterInnen- Treffen
für die Fete im Drugstore, ebenda.

17.00 "Unvesöhnliche Erinnerungen"
Anhand der Berichte zweier unterschiedlicher Männer wird versucht die politische und gesellschaftliche Entwicklungen aufzuzeigen: Ein Maurer, stets überzeugter Kommunist, und ein salopper, bornierter General a. D., erinnern sich an die Zeit von 1933 - 79 und an ihre verschiedenen Positionen in diesen Jahren.Im El Locco

21.00 Prozeßkostenfete der, Sylterstraßenbesetzerinnenn mit YUP, Flying Discmen, Disco, Infos und Essen. Eintritt frei! Im Drugstore, Potsdamer Str. 180

21.00 Abschlußfete der Austellung und Veranstaltungsreihe im Ökodorf (siehe auch "Jeden Tag"). Touristische Kleidung ausnahmsweise gerne gesehen.

23.00 "Wem die Stunde schlägt" 16 mm Film nach dem Roman von Hemingway. Im El Locco

jeden Samstag

11.00-14.00 Frauentag in der M99

12.00 Frühstück in der Nostitzstr. 49.

16.00-20.00 Antifa-Info-Telefon 692 15 99.
Informiert euch und uns über Überfälle, Faschoaktionen, Prozesse, ...

Sonntag, 18. 3.

17.00 In Sharpville kam es am 21. 3. 60 zu blutigen Zusammenstößen, als bei einer Demonstration gegen die Ausweispflicht, die Bullen brutal vorgingen. Die Bilanz: 71 Tote und 182 Verletzte. Anhand des Videos **"Arpartheid - Chronik der Geschichte"** wird dieser Kampf gegen die Arpartheid dokumentiert und in den ganzen Widerstand der schwarzen AfrikanerInnen eingearbeitet. Im zweiten Teil wird der Zusammenhang zur "entwickelten Praxis in der BRD bezüglich Überwachungs- und Ausweispflicht" hergestellt. Im El Locco

19.00 "Wir Wunderkinder"
Video, der die Geschichte zweier Kleinstadtfreunde erzählt, die einen völlig unterschiedlichen Lebensweg gehen. Der eine macht als Opportunist und Anpasser eine Bilderbuch-Karriere, der andere geht in die innere Emigration und beißt sich an den untersten Sprossen der sozialen Leiter durch. Im El Locco

20.00 FILM im EX, gegen die Deutschtüm(m)elei -Herrenpartie-
Auf der Rückkehr von einer feuchtfröhlichen Herrenpartie verirren sich die Mitglieder der "Liedertafel Neustadt" im jugoslawischen Karstgebirge. Sie geraten in ein Dorf, in dem nur Frauen und Kinder leben. Die Männer wurden 18 Jahre zuvor von deutschen Truppen als Geiseln erschossen. Um sich gegen den Haß der Frauen zu wehren, verfallen die Männer in ihre alten "Soldatentugenden".
EX Gneinsenaustr. 2a 1/61

ab 21.00 Anti-Wahl Fest mit Essen und Trinken, Filmen, Ditschko und Überraschungen...in **Ost-Berlin,** Köpenickerstr.137

21.00 "Sommergäste"
Video. Zu einem Sommeraufenthalt auf dem Lande versammeln sich SchriftstellerInnen, RechtsanwältInnnen, ÄrztInnen und Industrielle. Die Urlaubsgesellschaft erkennt in quälenden Auseinandersetzungen und Selbstenthüllungen ihre eigene Wertlosigkeit. Im El Locco

jeden Sonntag

14.00 Neuköllner Kiezküche. Im Syndikat, Weisestr. 56

14.00 Koordinierungstreffen der vertreterInnen der Gruppen die die Aktionswoche **Wedding bebt - Wedding lebt** für Ende April vorbereiten. Im SEW-Gebäude, Weddingstr. 6, U-Bhf Nauener Platz

16.00 Frauenkiezcafé im Falckeladen, Falckensteinstr. 46. **Kinder sind erwünscht.**

ab **18.00 Kiezküche** im Anfall, Gneisenaustr.64

Montag, 19. 3.

17.30 Demo gegen Großdeutsche Träume.
Es rufen auf: Autonome Antifa Berlin, Ring berlin, Revolutionärer Autonomer Jugendverband, Antif Marzahn. Treffpunkt: Alex

18.00 Knastkundgebung vor der JVA Moabit. Siehe Flugi im Heft.

20.30 "Das schwarze Orchester" Video.
Der moderne Faschismus ist organisiert, strukturiert, bewaffnet. Von Belgien ausgehend werden die Fäden über ganz Europa verfolgt... Im Syndikat, Weisestr. 56

jeden Montag

Redaktionschluß für den Terminkalender.
Ausnahmen nur in ausführlichst und gut begründeten Einzelfällen (nix mit Briefkasten nicht gefunden u. ä.) und mindestens zwei Tafeln Marabou oder Toblerone!!!

15.00 - 20.00 Infoladen Lunte, Weisestr. 53 **geöffnet**

18.00 - 20.00 Antifajugendcafe im Infoladen Lunte.

19.00 Autonome AlkoholikerInnen Selbsthilfetreffen im Heilehaus, Waldemarstr. 36

19.00 Volksküche im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.

20.00 Volksküche in der Nostitzstr. 49.

Dienstag, 20. 3.

19.00 "Buenaventura Durruti"
Hervorragende Biografie über den spanischen Anarchisten Durutti, über die CNT und den Bürgerkrieg mit vielen Interviews und Orginalaufnahmen.Im El Locco

21.00 "Unvesöhnliche Erinnerungen"
Siehe 17. 3. 17.00. Im El Locco

jeden Dienstag

16.00-20.00 Antifakneipe im Krümel, Weserstr.155

19.00 Gruppentermin der FAU (Freie ArbeiterInnen-Union) im A-Laden, Rathenauer Str. 22

20.00-22-00 Ermittlungsausschuß (EA)
Tel.: 692 22 22 im Mehringhof Gneisenaustr. 2a.

Mittwoch, 21. 3.

Kurzkundgebungen zum Werrablock:
16.00 Hermannstraße Post
16.20 Karl-Marx-Str. (Woolworth)
16.40 Platz der Stadt Hof (Quelle)
17.00 Rathaus Neukölln
17.20 Hermanplatz

17.00 "Buenaventura Durruti"
Siehe 20. 3. 19.00. Im El Locco

19.00 "Ediths Tagebuch" Siehe Do. 19.00. Im El Locco

21.00 "Wem die Stunde schlägt" 16 mm Film nach dem Roman von Hemingway. Im El Locco

23.00 "Die Glorreichen" Theaterkabarett. Siehe Do 15. 3., 23.00. Im El Locco.

jeden Mittwoch

15.00 - 20.00 Infoladen Lunte geöffnet

16.00-19.00 MieterInnencafé in der Lunte, Weisestr. 53

17.00 "Strafvollzug in der BRD und Westberlin"
Autonomes Seminar in der Rostlaube, Habelschwerdter Allee 45, Raum JK 25/219.

19.00 Treffen der ImmernochvolkszählungsboykotteurInnen
im Blauen Salon, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a.

19.00 - 21.00 Autonome AlkoholikerInnen Selbsthilfe, Beratung im Heilehaus, Waldemarstr. 36.

19.00-24.00 Cafe des Autonomen Begegnungszentrum "Kirche von unten", Elisabethkirchstr. 21, Berlin, Hauptstadt der DDR.

20.00 Antifa-Kneipe jeden 2 und 4. Mittwoch im Monat imFalckladen, Falckensteinstr.46

Donnerstag 22. 3.

17.00 Eritrea - Aufbau einer neuen Gesellschaft.
Siehe am 15. 3. 17.00. Im El Locco

19.00 Vorbereitungstreffen zum **3. autonomen, überregionalen ♀♀-Treffen** in Berlin Mitte Mai.
Schwerpunkthemen:
- Was ist autonome ♀♀politik, bzw. ♀♀widerstand
- wie kommen wir zur Praxis und zu einer
- funktionierenden Vernetzung unserer Kämpfe und Diskussionen(♀♀zeitung mit "interim"konzept!?).
Im Blauen Salon, Mehringhof

19.00 "Wem die Stunde schlägt" 16 mm Film nach dem Roman von Hemingway. Im El Locco

20.00 "Rudolf Rocker" Video über den deutschen Theoretiker des Anarchosyndikalismus. Rocker legte 1919 in der "Prinzipienerklärung" dar, wie der Kapitalismus durch anarchistische Organisatiosformen überwunden werden könnte. Im A-Laden, Rathenower Str. 22

21.00 "Ediths Tagebuch" Siehe Do. 19.00. Im El Locco

22.00 VV zu einer Demo **gegen die Umstrukturierung des Rudolf-Virchow-Krankenhauses.**
Siehe letzte Woche. Ort stand noch nicht fest.

23.00 "Die Glorreichen" Theaterkabarett.
Siehe Do 15. 3., 23.00. Im El Locco.

Freitag 23. 3.

Demo zum Werrablock.
Treffpunkt: Zickenplatz, U-Bhf Kottbusser Damm

Samstag, 24. 3.

14.00 Koordinierungstreffen für die **Schwarzen Tage 23.4. - 7.5.** Im A-Laden, Rathenower Str. 22

14.30 Demo zum Rudolf-Virchow-Krankenhaus
-Stop dem Betten-+ Personalabbau - Stop Gen-Tech, Euthanasie + Repromedizin
-Rücknahme aller Strafanzeigen, am U-Reinickendorfer

VOM 26. bis 29.3.

Eine **Orientierungswoche an der SFE** für Leute mit Power, die ihren Weg zur Mittleren Reife/zum Abitur selbst gestalten wollen. Anmeldung und Infos unter Tel.: 030/6937048 o.-49



SKOBLO, WIR LASSEN NICHT MEHR LOCKER!

- ***Sofortige Instandsetzung aller Wohnungen im Block auf Kosten der "IMMOBILIEN BRAUN" / SKOBLOS!***
- ***Sofortige Vermietung der über 90 leerstehenden Wohnungen, Mietverträge für die, die dort einziehen!***
- ***Schluß mit den Schikanen gegen Mieterinnen und Mieter!***
- ***Einstellung aller Ermittlungsverfahren gegen Wohnungssuchende und MieterInnen! Rücknahme aller Strafanträge!***

WIR UNTERSTÜTZEN DIESE FORDERUNGEN DER MIETER/INNEN UND WOHNUNGSSUCHENDEN:

Café Boddin, Herrmannstr. - **Linus**, Hertzbergstr. - **Taverna**, Pflügerstr. - **Call a Pizza**, Reuterstr. - **Döner Imbiß**, Karl-Marx Str./Flughafenstr. - **Orient Imbiß**, Karl-Marx Str. - **Sandmann**, Reuterstr. - **Jakob**, Weserstr. - **Pizza Zuma**, Karl-Marx Str. - **Syndikat**, Weisestr. - **Ton-Ton**, Boddinstr. - **Lumpenpuppe**, Maibach Ufer - **Rotkäppchen**, Maibach Ufer - **Ufer Cafe**, Friedelstr. - **Kroka**, Schillerpromenade - **Cafe Trilogie**, Hobrechtstr. - **Cafe Xenzi**, Selchower Str. - **Kopierladen**, Flughafenstr. - **Belegschaft Copy-Shop 18**, Schönstedtstr. - **Buchladen**, Karl-Marx Str. 72 - **Boxen Groß**, Maibach Ufer - **Waschsalon Ilona**, Herrfurth Platz - **Tischlereikollektiv**, Kottbusser Damm - **Birlik Discount**, Richardstr. - **Schallplattenladen**, Karl-Marx Str. 212 - **Blumenladen**, Flughafenstr. - **An- und Verkauf**, Herrfurthstr. - **Kohlenhändler**, Herrfurthstr. - **Kaufs im Kilo**, Herrmannstr. - **Selbstbaubedarf**, Erkstr. - **Heimtiercenter**, Wissmannstr. - **Änderungsschneiderei**, Herrfurth Platz - **Ausländische Lebensmittel**, Herrfurthstr. - **R+R Galerie**, Karl-Marx Str. - **Eierladen**, Bertelsdorferstr. - **Lokus**, Silbersteinstr. - **Radsport Hoffmann** - **Blumenladen**, Treptower Str. - **Blumenladen**, Mahlower Str. - **Änderungsschneiderei**, Reuterstr. - **Antiquariat**, Flughafenstr. - Bioläden: **Treublume**, Berthelsdorfer Str. - **Rübezahl**, Donaustr. - **Rumpelstilzchen**, Hertzbergstr. - **Kornblume**, Lipschitzallee - **Mehlwurm**, Panierstr. - **Neuköllner Oper**, Richardstr. - **Freies Schauspiel** - **Kino Passage**, Karl-Marx Str. - MusikerInnenkollektiv schwarz-rotes Kabel: **SapientiSat**, **Malakas Konsens**, **Vogelsang**, **Apoplexy** - **Krümel e.V.**, Weserstr. - **Dritte Welt-Laden**, Thomasstr. - **Antifasist Gençlik**, Gneisenaustr. 2a - **JFZ Wetzlar**, Rütlistr. - **Stadtteil und Infoladen Lunte**, Weisestr. - **Halk Evi**, Kottbusser Damm - **Hausgemeinschaft Weise 48** - **Antifa-Ini Neukölln**, Galerie Olga Benario, Boddinstr. - **Kiezküche im Syndikat** - **Antifa-Jugendfront**, Gneisenaustr. 2a - **Weserstr. 39 e.V.** - **Anarchistisches Stadtteikomitee** und **MieterInnenversammlung i.d. Lunte** - **Schülerberatung**, Richardstr. - **Berliner Mietergemeinschaft**, Möckernstr. - **AStA-TU** - **AStA-FU** - **Häuser- und MieterInnenkampfplenum** - **BewohnerInnen Brümmerstr. 52** - **Boris Becker**, Tennisas